

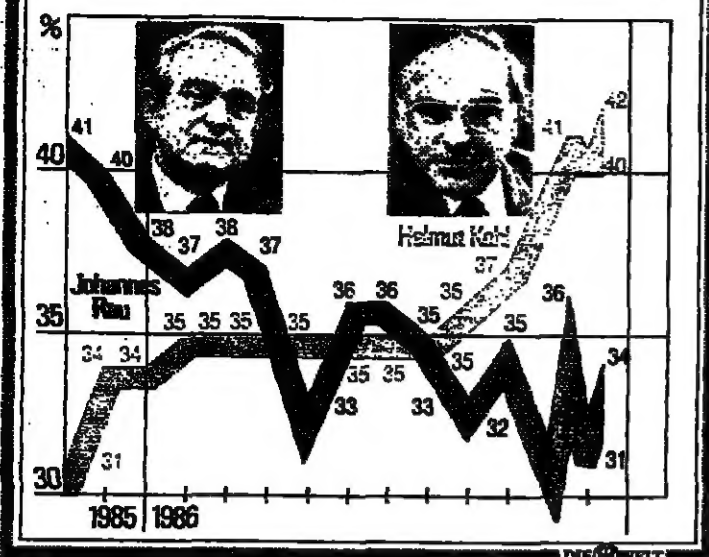
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 020 54/10 11
Vertrieb: Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (0228) 304-1 / Anzeigenabteilung Köln (0221) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 247-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p.
Italien 1600 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 20,00 Kr. Niederlande 2,20 fl.
Norwegen 6,50 skr. Österreich 14 Sch. Portugal 150 Esc. Schweden 6,00 skr.
Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Ptas. Kanarische Inseln 185 Ptas. Türkei 850 TL.

exklusiv in der WELT

Kanzlerpräferenzen

99 Wer wäre Ihnen nach den nächsten Bundestagswahlen als Kanzler lieber? 99



CDU setzt sich im Norden durch

Bundeskanzler Kohl hat bei den Meinungsumfragen weiterhin einen Vorsprung von acht Punkten vor seinem Herausforderer Rau. Die CDU/CSU liegt zur Zeit bei einem Zweitstimmen-Anteil von 46,9 Prozent (SPD: 33,4 - Grüne 10,8 - FDP 8,5 Prozent). In den letzten Wochen hat die Union vor allem in Norddeutschland an Boden gewonnen, wo sie die SPD von Platz 1 verdrängt hat. Elisabeth Noelle-Neumann analysiert die Umfrageergebnisse für das WELT-Wahlbarometer. Seite 6

Heute in der WELT

Flexible Mediziner

Die Wohngemeinschaft verliert bei den Studenten immer mehr an Interesse; eine Ausnahme bilden dabei Sozial- und Erziehungswissenschaftler. Mediziner wechseln die Hochschule am häufigsten, Ingenieur- und Naturwissenschaftler am seltensten. Die meisten, die auf ein anderes Fach umsteigen, entscheiden sich für Jura und Wirtschaftswissenschaften: Eine Analyse der Hochschul-WELT. Seite 9

POLITIK

Stürzender: Nachrichten und Kommentare im Programm der Deutschen Welle zum Besuch von Außenminister Genscher in Bulgarien sind dort überhaupt nicht oder nur stark verzerrt zu hören gewesen. - Stürzender in Osteuropa gehen systematisch vor.

Polem: Das ständige polnische Fernsehen wird in diesem Jahr erstmals die von Papst Johannes Paul II. gelebte Mittelmittel-Christenheit aus dem Petersdom in Rom übertragen.

Häft: Der ehemalige KZ-Aufseher Otto Heidemann ist in Berlin wegen Mordes in einem Fall zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Andere Morde, die er verübt haben soll, blieben unbewiesen.

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die Wirtschaft geht in guter Kondition ins neue Jahr. Zuversicht überwiegt, auch wenn die exportabhängigen Industriezweige nicht mehr ganz so optimistisch sind. (S. 11)
Börse: Die Kurse an den deutschen Aktienbörsen lagen zu Beginn der Weihnachtswoche nach äußerst lustlosem Geschäft schwächer. Auch am Rentenmarkt war die Umsatzaktivität sehr gering. WELT-Aktienindex: 275,67 (276,95). BHF-Rentenindex: 106,570 (106,597). BHF-Performance-Index: 108,441 (108,439). Dow-Jones-Index (19.12.): 1928,85. Dollarmittelkurs: 1,9858 (2,0065). Mark Goldpreis je Feinunze: 394,60 (394,80) Dollar.

KULTUR

Albert Ehrenstein: Ein fast vergessener Name, ein fast vergessenes Werk von Prosa, Lyrik, Essays und Übersetzungen. Wiens Beitrag zum Expressionismus. Der 100. Geburtstag. (S. 17)

"Tessa": Giancarlo del Monaco hat Puccinis Oper in Bonn als ein opulentes Mahl angerichtet, in einer üppigen Ausstattung. Starsänger aus aller Welt tummeln sich in der "operbonn". (S. 17)

SPORT

Fußball: Nationalspieler Lothar Matthäus hat seinen Vertrag mit dem FC Bayern München um weitere drei Jahre bis 1990 verlängert. Matthäus war von italienischen Klubs umworben worden. (S. 15)

Theorie: Die DDR-Sportführung erwartet bei den Olympischen Spielen in Seoul 50 Goldmedaillen. Der Bundesausschuss Leistungssport rechnet mit 38 für die Bundesrepublik. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Zur K&K: Dichtgedrängt parken die Busse am Rheinufer. Sie bringen tagtäglich Tausende Niederländer nach Düsseldorf, denn die Stadt lockt zu ausgedehnten Einkaufsummärschen. (S. 18)

"Dekadenz": Das Ergebnis war niederschmetternd - sechs Prozent der 14jährigen in einer Moskauer Schule waren süchtig. Drang zur Flasche, zu Tabletten und Hasch in Moskau. (S. 18)

Leserbriefe und Personalien
Umwelt - Forschung - Technik
Fernsehen
Wetter: Dauerfrost, Schneefälle

Seite 5
Seite 6
Seite 16
Seite 18

Schnee und Eis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten unsere Abonnenten um Verständnis für eventuelle Verspätungen.

Unsicherheit über Gorbatschows Pläne für neue „Kaderpolitik“

Augenzeugen berichten von 22 Toten in Kasachstan / Truppen eingesetzt?

DW/RMB, Moskau
Die Unruhen in der asiatischen Sowjetrepublik Kasachstan, die nach westlichen Informationen erheblich ernster waren, als von der Kreml-Spitze zugegeben, haben offenbar eine für die KPdSU prekäre innenpolitische Situation geschaffen.

Bis gestern nachmittag war unklar, wann das Zentralkomitee der Partei zu seiner seit langem angekündigten Sitzung über die „Kaderpolitik“ zusammentreten wird. In Moskau wurde damit gerechnet, daß das ZK-Plenum auf jeden Fall noch in diesem Jahr stattfinden soll. Die jüngsten Schwierigkeiten waren möglicherweise auch der Grund dafür, daß Außenminister Eduard Schewardnadse seinen angekündigten Besuch in Ost-Berlin nicht angetreten hat. Schewardnadse ist im Politbüro eine der maßgeblichen Stützen von Parteichef Michail Gorbatschow.

Augenzeugen berichteten westlichen Journalisten in der Sowjetunion, daß bei den Ausschreitungen nach der Ablösung des bisherigen Parteichefs von Kasachstan, Kunajew, 15 Studenten und sieben Polizei-

sten ums Leben gekommen sind. Aus Moskau sickerte durch, es seien Grenztruppen nach Alma Ata gebracht worden, um wieder Ordnung herzustellen. In der ersten Meldung der Nachrichtenagentur Tass einen Tag nach den Auseinandersetzungen hatte es geheißen, daß Studenten von „nationalistischen Elementen“ gesteuert worden seien. Das Politbüro-Mitglied Michail Solomentsew,

SEITE 2:
Der Osten und die Freiheit

Vorsitzender der Kontrollkommission der KPdSU, wurde zur Unterstützung der regionalen Parteiführung nach Alma Ata entsandt. Dies gilt als ein Hinweis darauf, daß die Kreml-Spitze mögliche weitere Unruhen in Kasachstan befürchtet.

Solomentsew meldete sich mit einer scharfen Kritik an der regionalen Parteiführung zu Wort, die seit Mitte vergangener Woche einen neuen Chef hat: den Russen Kolbin. Auf einer erweiterten Sitzung des kasachischen Ministerrats wurden am Sonntag erhebliche Mängel in der Landwirt-

schaft, im Baubereich sowie in der medizinischen und Lebensmittelversorgung in der Bevölkerung scharf kritisiert. Möglicherweise war die Angst vor einer „Russifizierung“ dieser asiatischen Sowjetrepublik nicht der alleinige Grund der Unruhen.

Seit Beginn der Amtszeit von Generalsekretär Gorbatschow sind die Verhältnisse in Kasachstan wiederholt angeprangert worden. Erst im vergangenen Monat wurde der kasachische Transportminister wegen Verwicklung in einen Bestechungs-skandal verhaftet.

Heute wird mit dem Eintreffen des Ehepaares Sacharow in der sowjetischen Hauptstadt gerechnet. Gorbatschow hatte bereits am Dienstag mit dem prominenten Regimekritiker in Gorki telefoniert. Sacharow bezeichnete die Unterordnung als „kompliziert“. Er hatte dem Generalsekretär der KPdSU ummißverständlich zu verstehen gegeben, daß er auch nach der Rückkehr nach Moskau nicht daran denke, seinen Kampf für die Menschenrechte einzuschränken.

Höfner: Gestörtes Verhältnis zur Natur

Der Kardinal nennt die Vertrauenskrise vieler Bürger zu den Politikern „gefährlich“

GERNOT FACIUS, Bonn
Kardinal Joseph Höfner hat eine Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zur Bundestagswahl in Aussicht gestellt. In einem WELT-Interview formulierte Höfner, der morgen sein 80. Lebensjahr vollendet, als Maxime: „Die christlichen Staatsbürger sind berechtigt, sich nach den Grundsätzen ihres Glaubens politisch zu betätigen. Es wäre krankend, wenn man von den christlichen Bürgern verlangen würde, ihren Glauben im politischen Bereich aufzugeben und nach sonstigen - nicht christlichen - Leitbildern zu handeln.“ Der Kardinal verband diese Aussage mit der Betonung der „eigenen Verantwortung“ und fügte hinzu: „In diesem grundsätzlichen Sinne halte ich auch ein Wort der Deutschen Bischofskonferenz zur kommenden Bundestagswahl für denkbar.“

Höfner hatte im Sommer dieses Jahres mit Äußerungen über die Nicht-Wählbarkeit der Grünen großes Aufsehen erregt. Er bezog dies vor allem auf deren Haltung zur Ab-

treibung. Jetzt stellte er nochmals heraus: „Aufgabe des kirchlichen Amtes ist es, für die Würde des Menschen, für Gerechtigkeit und Liebe unter den Menschen, Rassen und Völkern, für den Frieden in der Welt und für ein maßvolles Umgehen mit den Kräften und Schätzen der Natur einzutreten.“ Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz entwarf einen „Politikspiegel“, der

SEITE 8:
WELT-Interview

auch die Forderung enthält, „Mut zu unpopulären Entscheidungen“ zu zeigen. Er bezeichnete die „Krise des Vertrauens vieler Bürger zu den Politikern und zahlreicher Politiker untereinander“ als „gefährlich“.

Der Kardinal diagnostizierte eine andere Bewertung von Wissenschaft und Technik als Folge aus der Katastrophe des Jahres 1986. Der Stolz auf den technischen Fortschritt werde „mehr und mehr von der Angst vor seinen Folgen verdrängt“. Es zeige

sich, daß die für das technische Zeitalter charakteristische Art und Weise der Beherrschung der Natur „im Grunde auf einem gestörten Verhältnis zur Natur beruht“. Als „Herausforderung unserer Zeit“ gilt für Höfner nach wie vor der Schutz des Lebens. Er will diesen Schutz aber nicht auf die 218-Diskussion beschränkt wissen. „Inhuman handelt, wer als Arzt die Tötung auf Verlangen durchführt. Das strafgesetzliche Verbot einer solchen Tötung ist Ausdruck der Achtung und Würde des Menschen.“ Zwischen dem Sterbenlassen und dem aktiven Herbeiführen des Todes gebe es keinen fließenden Übergang. „Im ersten Fall handelt es sich um passive Sterbehilfe, im zweiten um absichtliche Tötung. Der Arzt wird dem sterbenden Patienten durch menschliche Zuwendung helfen und seine Schmerzen lindern.“ Er sei aber nicht verpflichtet, Maßnahmen der Lebensverlängerung durchzuführen, wenn der Tod nach ärztlicher Erkenntnis sicher bevorsteht.

Agenten-Austausch erst nach der Wahl

Will Ost-Berlin 1987 höhere Prämien für politische Gefangene? / Treffen dementiert

WERNER KAHL, Bonn
Erstmals seit 1964 wird es zum Ende dieses Jahres zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ keinen Agentenaustausch geben. Das wurde der WELT gestern von zuständigen Stellen beider Seiten erklärt. Der „eingefrorene“ Gefangenentausch wird in politischen Kreisen in Bonn mit einem härteren Auftreten des „DDR“-Staatsicherheitsdienstes in Zusammenhang gebracht.

Von Ostberliner Seite wurde der WELT erklärt, man sei über die Bonner „Scheit“ vor allem für die Menschenrechtspolitik der „DDR“ verstimmt. Zugleich wurde jedoch betont, daß wegen der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 keine neuen Vereinbarungen getroffen werden sollen.

Mit dem vorerst letzten Häftlings-transport von Ost nach West waren am 10. Dezember im Notaufnahmelaager Gießen 36 Männer und Frauen aus Zuchthäusern in Mitteldeutschland eingetroffen. Durch die besonde-

ren Bemühungen der Bundesregierung konnten in diesem Jahr 1380 politische Gefangene freigelassen werden. Der Bundesminister für innere Deutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), appellierte an die Verantwortlichen in Ost-Berlin, alle politischen Gefangenen freizulassen.

In Bonn geht man von gegenwärtig etwa 2000 „DDR“-Bewohnern aus, die wegen Opposition gegen das Regime inhaftiert wurden. Von ihnen sind der Bundesregierung mehr als 1000 Personen namentlich bekannt. Daneben gibt es eine Dunkelziffer von Häftlingen, die zum Teil in Sonderanstalten des Staatssicherheitsdienstes gefangen gehalten werden.

Aufmerksam wird in Bonn verfolgt, welche Bedingungen die Ostberliner Führung für den Fall neuer Häftlingsfreilassungen stellt. Es spricht einiges dafür, daß die „DDR“ unter dem Druck des Staatssicherheitsdienstes nach der Bundestagswahl höhere „Kopffpreise“ erzielen will. Eine Fortsetzung der Haftentlassungen im Rahmen humanitärer Aktionen

wird nicht vor dem Frühjahr erwartet. Bis dahin wird es, wie zuständige Stellen gegenüber der WELT erklärten, auch nicht zu einem Austausch von Spionen kommen.

Spekulationen, im Januar würden sich die Bevollmächtigten beider Seiten zu Verhandlungen treffen, bei denen ein Austausch der Bonner Spionin Margarete Höke gegen die Ostberliner Ärztin Christa Karin Schumann im Vordergrund stehe, wurden gestern als gegenstandslos bezeichnet. Für die Freilassung der Ärztin, die als frühere Lebensgefährtin des „DDR“-Konteradmirals Winfried Baumann in eine Spionageaffäre verstrickt wurde und eine fünfzehnjährige Freiheitsstrafe in einem Sondergefängnis verbüßt, hat sich jetzt auch Bundesminister Windelen eingesetzt. Die Ärztin ist bereits seit 1979 in Haft. Ihr Lebensgefährte war unter der Beschuldigung, für den Westen spioniert zu haben, ohne Prozeß erschossen worden. Gegen eine vorzeitige Freilassung sperrte sich bisher der „DDR“-Geheimdienst.

Streit um die Sozialattachés

HH, Bonn
Nach langem Tauziehen können 1987 die Sozialreferentenposten an sechs deutschen Botschaften besetzt werden. Mit der Einigung zwischen dem Arbeitsministerium und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) über eine Vorschlagsliste für das Auswärtige Amt sind jedoch die Meinungsverschiedenheiten nicht beigelegt, die zwischen Blüm und dem DGB einerseits und Blüm und Genscher andererseits bestehen. Das Arbeitsministerium will zwar Personalvorschläge des DGB für die Besetzung der insgesamt 19 Sozialreferentenposten an deutschen Botschaften auch künftig „wohlwollend“ prüfen, aber dem DGB kein „faktisches Besetzungsrecht“ mehr einräumen, wie es in der Vergangenheit üblich war. Auch sollen andere Gewerkschaftsorganisationen zum Zuge kommen. Genscher möchte die bisherige Praxis nicht ändern.

Tausend tauschten Führerschein um

R.Z., Bonn
Führerscheine gegen Freifahrtsschein: Seit Februar 1984 bieten die Bonner Stadtwerke älteren Mitbürgern von 60 Jahren an die Möglichkeit, ihren Führerschein gegen eine Halbjahres-Freifahrtkarte umzutauschen. Jetzt hat sich die tausendste Seniorin von ihrem Führerschein getrennt, sie darf deshalb ein ganzes Jahr lang in Bonn und Umgebung kostenfrei Bahn und Bus fahren. Die auf zwei Jahre angelegte Aktion wurde bis Februar 1988 verlängert.

BGAG muß 58 Millionen zahlen

breu, Düsseldorf
Die Gewerkschaftsholding BGAG kann die Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen nur erhalten, wenn sie innerhalb von sechs Wochen an ihre Firmentochter in Düsseldorf 58 Millionen Mark zurückerstattet. Mit dieser abschließenden Entscheidung billigte gestern der nordrhein-westfälische Städtebauminister Zöpel (SPD) einen entsprechenden Vorschlag des Düsseldorfer Regierungspräsidenten. Damit wurde nach 26 Monaten ein von der Oberfinanzdirektion Düsseldorf gestellter Antrag erledigt, der wegen schwerer Verstöße gegen das Gemeinnützigkeitsrecht die Aberkennung der Steuerprivilegien der NH-Tochter gefordert hatte. Mit dieser Rückzahlung, durch die auch Schäden für das gemeinnützige Vermögen der überschuldeten NH-Tochter ausgeglichen werden sollen, erklärte sich auch Bundesfinanzminister Stoltenberg einverstanden.

DER KOMMENTAR

Winteranfang

JOACHIM NEANDER

Würden Autofahrerflüche Rauch entwickeln, über Mitteleuropa wäre an diesem Wochenende vor Weihnachten so etwas wie ein Atompilz gen Himmel gestiegen. Flüche gegen Petrus, weil der sich doch für seinen Winteranfang wirklich ein anderes Datum hätte aussuchen können; Flüche gegen die Behörden, weil nicht gestreut wurde, Flüche gegen die anderen Autofahrer, die allesamt soviel unvernünftiger oder einfach schlechter fahren als man selbst.

In jedem Jahr von neuem muß man staunen, wie leicht die Masse der zivilisierten Menschen durch ein paar Zentimeter oder sogar nur Millimeter Schnee und Eis aus der Fassung zu bringen ist. Wer nicht flucht, macht sich Selbstvorwürfe. Wieder zu spät an die Winterreifen gedacht. Wieder vergessen, daß - wenn der Fernsehwetterschrauber mit Zahnpastazähnelektroden weißer Weihnacht säuselt - dies wirklich ungetrübte Wonne immer nur für Skiläufer und Schlittschuhfahrende Kinder

fermab von jedem Autoverkehr bedeutet. Dem Atompilz der Verwünschungen und Vorwürfe folgen in der Regel die Vorsätze. Nie mehr mit dem Auto in den Winter, schon gar nicht am Wochenende. Nie mehr Geschenke im letzten Moment besorgen. Nie mehr an der Kreuzung auf sein Schleudertalent oder sein Autofahrerglück vertrauen. Zuletzt, sozusagen als Quintessenz - nie mehr fluchen, schon gar nicht zu Weihnachten.

Das Merkwürdige ist nur: Es nützt nichts. Jeden Winter die gleiche erste Rutschpartie, der gleiche Ärger. Wer mit seinem Urlaubsauto in den Stau oder in den Graben geschludert ist und dennoch dem Himmel dankt, daß es nicht noch schlimmer kam, ist fast ein menschliches Wunderkind. Die meisten schaffen es erst Tage später. Vielleicht hat die Natur das sogar mit Bedacht so eingerichtet. Alle Jahre wieder zu merken, daß man nichts dazugelernt hat, ist nicht die schlechteste Lehre.

Parteichef in Schanghai erklärt Protestaktionen jetzt für illegal

„Im Gegensatz zur Kulturrevolution Initiative von unten“

DW, Schanghai
Die chinesischen Behörden haben ihre Bewertung der dreitägigen Massendemonstrationen der vergangenen Woche in der Hafenstadt Schanghai geändert. Während bis einschließlich Sonntag die Rechtmäßigkeit von Demonstrationen versichert worden war, ließ der örtliche Parteisekretär in gestrigen Plakaten in der Stadt anschlagen, in denen mitgeteilt wurde, daß alle nicht ausdrücklich genehmigten Versammlungen verboten seien.

Rund 2000 Polizisten hielten den Platz des Volkes abgeriegelt. Passanten wurden scharf kontrolliert. Über Lautsprecher vor dem Gebäude des Volkskongresses warnten die Behörden davor, daß „Kriminelle“ aus der „chaotischen Situation“ Nutzen ziehen könnten.

Trotz des Versammlungsverbots überquerten mehrere hundert Studenten mit Spruchbändern den Platz des Volkes entlang einer Kette von Polizisten und zogen zum Rathaus. Sie wurden von Polizisten auseinandergetrieben. Außerdem versammelten sich mehrere tausend Arbeiter vor dem Parteigebäude und am Platz des

Volkes. Weitere 15 000 Menschen drängten sich in den Straßen und schienen die weiteren Ereignisse zunächst abzuwarten. Zugleich starteten die Behörden eine Propaganda-Kampagne. In der Tageszeitung „Wen Hui Bao“ hieß es: „Kriminelle“ hätten eine Gelegenheit genutzt, mit Demonstrationen, die zu schweren Verkehrsproblemen, Produktionsausfällen und Störungen der sozialen Ordnung geführt hätten, „Ärger“ zu machen. Radio Schanghai warnte die Bürger, sich nicht in „Aktivitäten einer kleinen Gruppe von Leuten mit schlechten Absichten“ hineinziehen zu lassen. Es war das erste Mal, daß Schanghai Medien auf die Proteste eingingen.

Die überwiegende Mehrheit der Studenten nahm wieder an den Vorlesungen teil. An den Eingängen werden alle Studenten kontrolliert. Studentenvertreter lehnten Vergleiche mit den Massendemonstrationen während der Kulturrevolution ab. „Damals kam die Anweisung von oben und ging nach unten“, sagte ein Hochschüler. „Aber diesmal kam die Initiative von unten.“

Wieder Anschläge in Hamburg

DW, Hamburg
In Hamburg sind gestern morgen weitere Brandanschläge verübt worden, nachdem es am Sonntag bereits acht solcher Terrorakte gegeben hatte. In einem Kaufhaus in der City lösten nach Polizeiangaben zwei Brandsätze die automatische Löschanlage aus. In einem Geldinstitut im Stadtteil Bergedorf wurde später im Briefkasten ein Brandsatz entdeckt. Die Polizei schloß einen Zusammenhang mit den Protesten gegen die geplanten Hausräumungen im Stadtteil St. Pauli nicht aus.

Stuttgart fordert Geld von Sandoz

gu, Stuttgart
Baden-Württemberg wird von dem Schweizer Chemiekonzern Sandoz eine erste Entschädigungsleistung in Höhe von rund acht Millionen Mark fordern. Wie Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) gegenüber der WELT erklärte, werden bei dieser Zwischenbilanz der Totalverlust des Aalbestandes im Oberrhein mit fast fünf Millionen Mark und die „ökologische Maßnahmen“ baden-württembergischer Umweltbehörden mit 2,5 Millionen Mark veranschlagt. Außerdem vertritt Stuttgart 62 geschädigte Berufsfischer.

Iran-Affäre: Überlegungen über Straffreiheit verworfen

US-Regierung fürchtet eine „politische Katastrophe“

DW, Washington/London
Die amerikanische Regierung ist jetzt von ihrer früheren Überlegung wieder abgerückt, den an der Iran-Affäre beteiligten Mitarbeitern des Weißen Hauses Straffreiheit zu gewähren, falls sie zu den Hintergründen dieser Affäre aussagen würden. Ein hoher Regierungsbeamter erklärte dazu, der Vorschlag für Straffreiheit sei zwar vorgebracht, aber nicht wirklich in Betracht gezogen worden. Als Grund gab er an, dies wäre „eine politische Katastrophe“.

Leistungen Reagan immer kritischer. In einer Meinungsumfrage der Zeitung „Der Moines Register“ erklärten jetzt 53 Prozent der Befragten, sie seien mit der Amtsführung des Präsidenten nicht zufrieden. Innerhalb von drei Monaten ist diese Zahl damit um 16 Prozentpunkte gestiegen. 24 Prozent forderten Reagan Rücktritt. Aufgrund dieser Entwicklung sorgen sich die Republikaner bereits darum, daß die Affäre 1988 einem demokratischen Kandidaten zum Einzug ins Weiße Haus verhelfen könnte.

Die unter anderem von Präsident Reagan ins Spiel gebrachte Überlegung sollte vor allem den zurückgetretenen Sicherheitsberater Poindexter und dessen entlassenen Mitarbeiter North zum Reden bringen. Vor den Kongressausschüssen, die die Waffengeschäfte und die Abzweigung von Geldern für die Contras in Nicaragua untersuchen, hatten beide die Aussage mit der Begründung verweigert, sie würden sich möglicherweise selbst belasten.

Im Zusammenhang mit der Iran-Affäre beurteilen die Amerikaner die

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kommt Attentat

Von Uwe Bahnsen

Bundesrepublik, wir lieben dich brennend! skandierten vermummte Demonstranten am Sonnabend, während sie als „revolutionärer Block“ durch die Hamburger Innenstadt zogen. Wenig später legten bisher unbekannte Täter in etlichen Kaufhäusern Feuer.

In ähnlicher Weise haben Brandanschläge schon einmal, am 5. Oktober vorigen Jahres, nach einer Demonstration an einem verkaufsoffenen Sonnabend Millionenschäden angerichtet. Wie man sieht, folgt also der Parole die Tat. Das ist nichts Neues. Man erinnert sich an den Frankfurter Kaufhausbrand vom April 1968. Und an den Weg, den seine Urheber Gudrun Ensslin und Andreas Baader nahmen.

Ein anderer Schlachtruf der Hafenstraße vom vergangenen Wochenende lautete „Kommt Zeit, kommt Rat, kommt Attentat!“. Der Staat tut nicht nur gut daran, sondern seine Sicherheitsorgane sind verpflichtet, auch diese Drohung so ernst zu nehmen, wie sie offenbar gemeint ist.

Die Krise der inneren Sicherheit in Hamburg als Folge der Zustände an der Hafenstraße steht erst noch bevor – darüber sind sich die Experten ziemlich einig. Während die Brandstifter an Werke sind, deuten politische Biedermänner das Geschehen, natürlich in getragener, staatsmännischer Manier. Zu ihnen gehört der Hamburger SPD-Landesvorsitzende Ortwin Runde. Auf dem SPD-Landesparteitag am 12. Dezember belehrte er seine Genossen und die Öffentlichkeit dahingehend, daß man die Begriffe Hafenstraße und Gewalt nicht gleichsetzen dürfe, denn „da wohnen auch Menschen“. Demzufolge dürfe es nicht heißen „da hausen die Chaoten“.

Nach der „Demonstration“ vom Wochenende wurde er gefragt, welche Auswirkungen sie wohl haben werde. Runde, der mit Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und dem SPD-Fraktionschef Henning Voscherau an einem „Arbeitsprogramm“ für eine Bürgerschaft ohne SPD-Mehrheit strickt, sprach: „Ich vermag heute nicht zu sagen, welche Auswirkungen sie entfalten wird.“ Die Bürger, die offenbar fürchten sollen, beim Weihnachtseinkauf ihr Leben zu riskieren, haben eine ziemlich klare Vorstellung von dem, was sich da entfaltet.

Protest der Mohadschirs

Von Peter Dienemann

Der Konflikt zwischen Paschtunen und der urdu-sprechenden Bevölkerung in Karatschi, den Mohadschirs, ist fast so alt wie das 1947 gegründete Pakistan selbst. Doch haben die Schiiten in Karatschi, die von der Armee trotz Ausgangssperre nicht unter Kontrolle gehalten werden können, ein Ausmaß angenommen, das den Bestand Pakistans bedroht.

Daß es soweit kommen konnte, ist einmal dem Regime Ziaul Haq anzulasten. Nicht nur, daß unter ihm Paschtunen und Pandshabis gehätselt wurden, weil sie beide in Grenzregionen – die einen mit Afghanistan, die anderen mit Indien – leben und aus Sicherheitsgründen bei der Stange gehalten werden müssen. Unter dem Militärregime Zia hatte die Armee jahrelang freie Hand im Waffen- und Rauschgifthandel zwischen der paschtunischen Nordwest-Grenzprovinz mit Afghanistan und der Hafenstadt Karatschi. Zum anderen ist die Karatschi-Krise auch eine Folge der sowjetischen Besatzung Afghanistans.

Denn nur wegen ihr, wegen der unsicheren Situation im afghanischen Grenzgebiet, war es den Armeeführern möglich, Waffen „umzuverteilen“, die für afghanische Freiheitskämpfer bestimmt waren; konnte unter den Augen der Armee Roh-Opium in der Grenzregion zu Heroin destilliert werden.

Daß damit Schluß sein müsse, hat Pakistans Verbündeter Amerika, daß einen weltweiten Kampf gegen den Drogenhandel führt, unlängst Zia zur Bedingung für weitere Unterstützung gemacht. Die Tragik ist, daß einmal mehr die Schwächsten unter den Machenschaften jener leiden, die mit indirekter staatlicher Protektion ihre illegalen Geschäfte betreiben.

Premier Mohammed Khan Junejo hat schnell auf mögliche internationale Vorwürfe und verstärkte Opposition im Lande reagiert, indem er seine Minister zum Rücktritt bewog. Doch auch mit einer fairen Besetzung des Kabinetts, sodaß Paschtunen und Pandshabis nicht mehr dominieren, wird er die Mohadschirs kaum befähigen können. Nur die von ihnen geforderte Gleichberechtigung mit den Belutschen, Sindhis, Paschtunen und Pandshabis, mit der Erklärung der Mohadschirs zur fünften Nationalitätengruppe Pakistans, kann den Frieden im Land bringen.

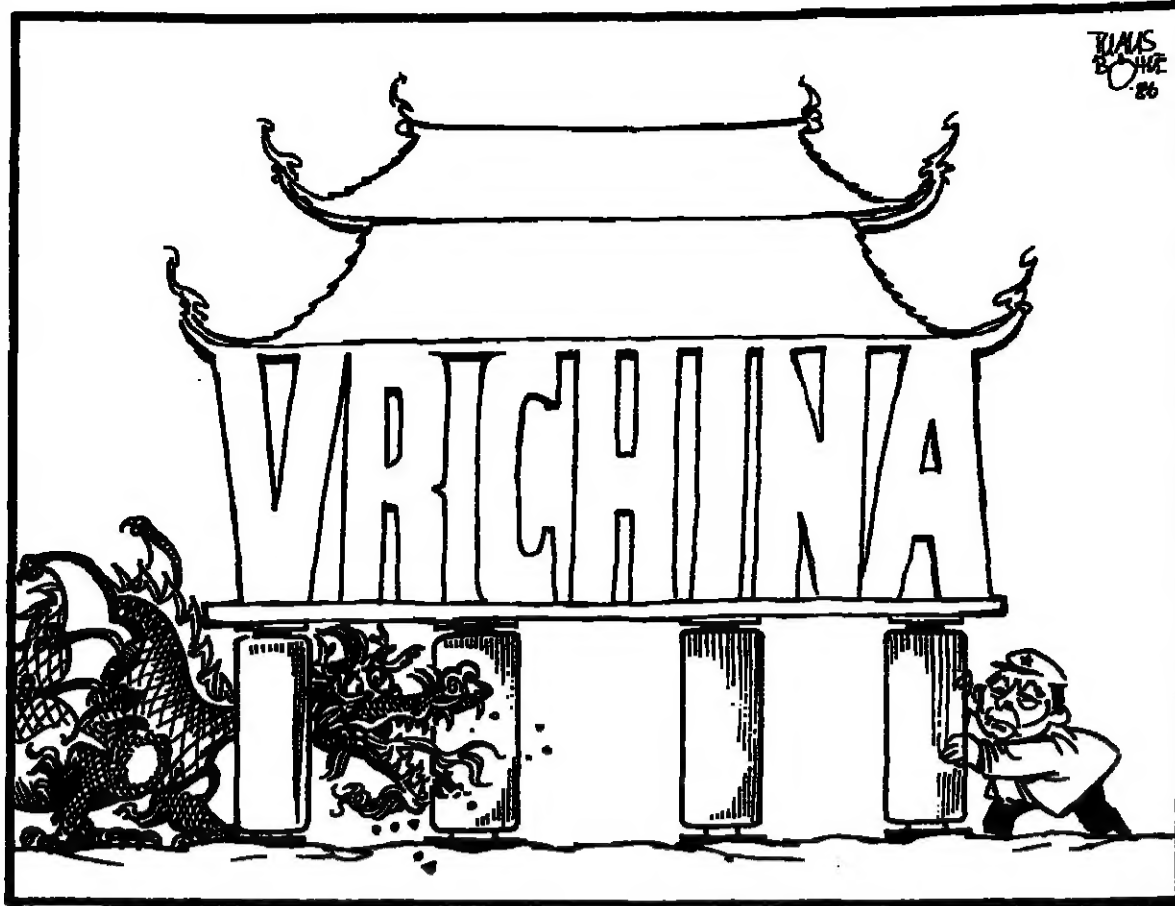
Noch eine Denkschrift?

Von Enno v. Loewenstern

Man muß es nicht goutieren, aber man muß es irgendwie bewundern, wie einfallreich die Kräfte von Frieden, Fortschritt und Systemveränderung alles zu unterlaufen wissen, selbst die Kirche. Das Rezept klingt simpel, aber die Ausführung will organisatorisch gekonnt sein. Erstens: man gründe nicht etwa eine Kampfgruppe, sondern viele Gruppen. Das liest sich dann stark in der Aufzählung. Zweitens: man verleihe ihnen klingvoll-christlich-friedliebende Namen. Drittens: man finde geeignete Herren als Galionsfiguren. Viertens: man produziere medienwirksame Papiere. Fünftens: man unterwandere die Synoden und verschaffe sich Mehrheiten unter den Christenmenschen von jenem Typus, der auch vor Jahrzehnten schon für die Richtigen stimmte.

Derzeit kurbeln die Wölfe im Talar an dem Vorhaben, der EKD eine neue „Ostdenkschrift“ abzunötigen, „an die Völker der Sowjetunion“. Mit dem eindrucksvollen Aufhänger der „unerlöschlichen“ Schuld der Deutschen. Sind nicht zwanzig Millionen Sowjetbürger im Zweiten Weltkrieg umgekommen? Am Ende soll dann eine „Sicherheitspartnerschaft“ stehen und der „Antikommunismus“ soll gebrandmarkt werden.

Einfach wäre eine solche Denkschrift nicht. Sie müßte nämlich damit beginnen, den Völkern der Sowjetunion ihren Antikommunismus vorzuwerfen, als ersten jetzt den Kasachen. Sie müßte neben den zwanzig Millionen Opfern des Nationalsozialismus („unsere Schuld“) die, nach Robert Conquest, wohl sechzig bis achtzig Millionen Opfer des Sowjetkommunismus (vermutlich niemandes Schuld) zur Sprache bringen. Sie müßte besonders jene Sowjetvölker ansprechen, die durch unsere Schuld – oder unser Verdienst? – des Segens des Prokommunismus teilhaftig und entsprechend dezimiert wurden; die Polen, Litauer, Letten usw. Sie müßte die Rolle der orthodoxen Kirche, insbesondere ihrer Patriarchen, im Sowjet-System würdigen. Und sie müßte so abgefaßt werden, daß die hiesige Kirche sich nicht wieder eines absehbaren Tages anklagen muß wie im August 1945, nicht stärker geglaubt, gebetet und geliebt zu haben. Aber unsere Antikommunisten werden ihr schon die Feder zu führen wissen.



KLAUS BÖHLE

Der Osten und die Freiheit

Von Carl Gustaf Ströhm

Kurz nachdem in der Sowjetrepublik Kasachstan Studenten und Schüler schwere Unruhen ausgelöst hatten, gingen in Schanghai – und, wie man hört, auch in anderen Städten Chinas – gleichfalls Studenten auf die Straße. Beide Ereignisse scheinen in einem tieferen Zusammenhang zu stehen: Es geht den Kasachen um mehr nationale Freiheit und um den Kampf gegen die russische Überfremdung. Den Studenten von Schanghai, denen sich inzwischen sogar Arbeiter angeschlossen haben, geht es um persönliche Freiheit (nicht zuletzt um Pressefreiheit) und Demokratie.

Nun ist das kommunistische System seit jeher mit der Behauptung aufgetreten, es habe sowohl die Frage der nationalen wie der individuellen Freiheiten gelöst. Arbeiterklasse, werktätige Bauern und „schöpferische Intelligenz“ stünden unverwundlich in monolithischer Einheit hinter der ideologischen Führungsmacht der Partei, die als „Avantgarde“ ohnedies alle Antworten bereits im Vorhinein wisse. Zwar ist diese kühne Behauptung mehr als einmal durch die geschichtlichen Ereignisse widerlegt worden. Von den Kronstädter Matrosen bis zu den Millionen von Russen, die im Zweiten Weltkrieg gegen die Russen kämpften, haben sich die Deutschen angeschlossen, weil sie vom System genug hatten; von den Rebellen in den von Moskau unterworfenen Ländern bis jetzt nach Alma Ata und Schanghai zieht sich eine Kette von Widerstandsbewegungen. Doch ist es bisher vor allem der Sowjetunion gelungen, diese Zeichen der Unzufriedenheit unter den Teppich zu kehren.

Es gab, wie wir heute wissen, seit dem Zweiten Weltkrieg in vielen Gebieten der UdSSR Häftlingsrevolten und Aufstandsbewegungen. In Rostow am Don wurden sogar Panzer eingesetzt. In der unbesetzten Hauptstadt kam es nach einem Fußballspiel zu „anti-weißen“, das heißt: anti-russischen Ausschreitungen, ähnlich wie jetzt in Kasachstan. In Reval, der estnischen Hauptstadt, fanden zuletzt 1981 Studentendemonstrationen gegen das Regime statt.

Alle diese Vorgänge blieben im Westen unbemerkt. Oder man erfuhr spät davon, als sie längst Geschichte waren: da wir aber im audiovisuellen Zeitalter leben, in dem die Ereignisse der letzten Woche von neuen Eindrücken überlagert

werden, blieb in weiten Kreisen der westlichen Welt ein seltsames Bild des Ostens bestehen.

Da drüben, so schien es, lebten Völker, die ihr Schicksal – nämlich die Unfreiheit – wenn schon nicht verdient hatten, dann doch durch ihre „Leidensfähigkeit“ tragen konnten und mußten. So konnte es auch geschehen, daß – zur gleichen Zeit, da sich Gorbatschow an die Spitze der Menschenrechtsfrage um den russischen Bürgerrechtler Andrej Sacharow zu lösen, und als in Kasachstan der nationale Unmut überkochte – die angeblich liberale „Zeit“ wider den „Mißbrauch der Menschenrechte“ zeternde und das Problem mit der Frage vom Tisch wischte, ob denn wirklich, die Demokratie, so wie wir sie verstehen, unbedingt die Zukunft der ganzen Menschheit sein muß?

Sie predigt die Angst vor der „Destabilisierung“, aber es zeigt sich, daß der Osten sich in Wirklichkeit selber destabilisiert. Von Lenin stammt die Erkenntnis, daß eine revolutionäre Situation dann gegeben sei, wenn die Herrschenden nicht mehr können und die Beherrschten nicht mehr wollen. Nun wäre es vorsehnlich, eine Revolution in der kommunistischen Welt anzukündigen. Aber die inneren Widersprüche des Systems treten gerade jetzt deutlich hervor.

Bemerkenswert ist, daß Menschen ganz verschiedener Kulturen und Mentalitäten offenbar ganz ähnlich reagieren. Die weitverbrei-



Nach Konfuzius und Mao der Ruf nach Demokratie: Schanghai
FOTO: HARTUNG

tete Meinung, daß etwa die Chinesen – dank ihrer konfuzianischen Tradition und des Fehlens von westlicher Aufklärung, Renaissance und Reformation in ihrer Geschichte – für persönliche Freiheit nichts übrig hätten, ist jetzt auf den Straßen Schanghais zumindest in Frage gestellt worden.

Was die Russen betrifft: Wir haben uns unter dem Einfluß marxistischer Geschichtsmethoden angewöhnt, sie als ein dummes Volk von Untertanen zu betrachten – und die asiatischen Sowjetvölker als Hinterlassenen des Imperiums, von denen allenfalls ein wenig Exotik zu erwarten ist. Im übrigen: Sind die Sowjetmenschen nicht glücklich und froh, weil es ihnen doch um so viel besser geht als unter dem Zaren? Sogar bürgerliche westliche Historiker merken nicht, wie sie der Propaganda der Gegenseite aufgesessen sind – denn im Rufland des Zaren gab es unvergleichlich viel mehr intellektuelle Freiheit und Freizügigkeit als heute in der UdSSR.

Es ist deshalb wichtig, sich gerade jetzt daran zu erinnern, daß die Völker des Ostens auch eine lange Geschichte des Aufbaus gegen ausgeübene Herrschaft haben. Jetzt werden wir Zeugen eines unheimlichen Vorgangs: Die erste große russische Revolution begann, als das Riesengebiet im Osten von der industriellen Revolution aus dem Westen erreicht wurde. Heute, sieben Jahrzehnte später, sieht sich die kommunistische Welt mit der technologischen Revolution, mit dem Zeitalter der Informatik, des Computers, der weltweiten Verbindungen konfrontiert.

Es ist das Unheil dieser kommunistischen Systeme, daß sie auf absoluter Wahrheit und absoluter Herrschaft aufbauen. Beides ist nicht mehr zu verwirklichen, es sei denn, man zöge sich aus dieser Welt zurück und bliebe auf dem Niveau von Nordkorea oder Rumänien stehen. Die kommunistischen Führer sind vor die Notwendigkeit gestellt, die Fenster zu öffnen und frische Luft hereinzulassen. Dabei kann es passieren, daß der Sturm das gesamte ideologische Mobiliar aus dem Haus fegt. Der Westen muß sich auf schwierige und vielleicht nicht ungefährliche Entwicklungen in der gesamten kommunistischen Welt gefaßt machen. Gesundeten aber rettet das System nicht.

IM GESPRÄCH Hans Hartl

Filser modern – und rot

Von Peter Schmalz

Einem mächtigen Rundschädel bedeckt er gern mit einem Dachauer Trachtenhut. Als Hans Hartl in seiner mit Silberblechen geschmückten Jacke und den schwarzen Schafstiefeln zur ersten Sitzung des neuen Bayerischen Landtags den Plenarsaal betrat, da schien es, als habe Ludwig Thoma seinen Josef Filser endlich lebhaft ins Maximilianeum geschickt.

Nur: Der Hartl Hans ging nicht hinüber zu den Konservativen, sondern nahm Platz in den Reihen der Sozialdemokraten, wo er hingehört, wie er und seine Wähler meinen. Daß aber seine Fraktions-Genossen und auch der südbayerische Bezirksvorstand ihn am liebsten wieder draußen sehen würden, das ist eine Geschichte, an der auch ein Thoma seine Freude hätte.

Hartl ist, wie er selbst sagt, kein geborener, sondern ein gewordener Sozialdemokrat. Vor zwölf Jahren war der heute 61-jährige für ein knappes Jahr Mitglied der CSU. „Eine Jugendsünde“, sagt er jetzt. Im Sog des Kreuther Beschlusses gründete er eine christliche Wählervereinigung, kandidierte in seiner Heimatstadt Dachau zum Landtag und kam von Null auf 28 Prozent. Der SPD-Konkurrent blieb bei 22 Prozent, zur Stichwahl gegen den CSU-Gewinner fehlten Hartl 364 Stimmen. Wenig später wurde er Stadtrat. 1980 trat er zur SPD über.

Es war der südbayerische SPD-Chef Jürgen Böddrich, dem Hartl angenehm auffiel als einer, der, statt im Hinterzimmer zu theoretisieren, dort Politik macht, wo die Menschen sind. „Die SPD“, sagt Hartl, „muß eine Volkspartei bleiben und muß sich entwickeln zu einer modernen Partei, die bei allem Engagement für den sozial Schwächeren Heimat wird für die Ingenieursgesellschaft.“ Nur Minderheiten nachzulaufen scheint ihm fruchtlos. „In der Politik werden aus



Die SPD muß sich der Ingenieursgesellschaft öffnen: Hartl FOTO: DPA

zehn mal fünf Prozent keine 50, sondern höchstens 25 Prozent.“ Auch außerhalb der Politik weiß der Vater zweier halbwegsiger Kinder mit Prozenten erfolgreich zu jonglieren. Er ist Rechtsanwalt – im selben Anwesen, in dem auch Ludwig Thoma seine Kanzlei hatte – und wurde wohlhabend als Inhaber einer mittelständischen Wohnungsbau-Gesellschaft. Daß er einen Teil seines Vermögens während des bayerischen Landtagswahlkampfes dafür verwendete, eine Million Bürger in Oberbayern um ihre Zweitstimme zu bitten, und daß er dadurch ein Mandat erhielt, kreiden ihm nun die Genossen an. Von Stimmkauf ist die Rede.

Doch Hartl, der die Paragraphen kennt, kann darin nichts Ehrenrühriges finden. Nach bayerischer Wahlrecht sei es jedem Kandidaten gestattet, im gesamten Regierungsbezirk um Zweitstimmen zu werben. Nun will man ihn aus der Partei ausschließen. Böddrich war gegen dieses Strafgericht und zog die Konsequenz, indem er als Vorstand zurücktrat. Aber Hartl will kämpfen: In Dachau jedenfalls stünden 90 Prozent hinter ihm.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie schreibt zu den Hamburger Krawallen: An der Spitze des Zuges marschieren Jungsozialisten zusammen mit Mitgliedern der DKP und der Grünen Alternativen Liste... Dieser Gruppe folgt in Hamburg ein „revolutionärer Block“ von 800 bis 1000 maskierten und behelmten Provokateuren. Sie rufen unter anderem „Solidarität mit der RAF“ und „Wir lieben dich brennend, Bundesrepublik“. Es ist bekannt, daß solche Leute Fenster-scheiben einschlagen und Autos demolieren. Dabei ist es die Pflicht der Polizei, diesen Schlägertrupp zu belegen – ähnlich wie es die Bobbys in London bei viel harmloseren Anlässen tun. Was soll man davon halten, daß die Jungsozialisten im Verein mit der DKP von einer „unbeschreiblichen Provokation“ der Polizei sprechen? Sind ihnen die maskierten Gewalttäter recht, damit sie nach der erwarteten Auseinandersetzung an ihrem Zerkirb des „Polizeistaats“ zeichnen können?

THE TIMES

Die Londoner Zeitung meint zu den chinesischen Studentenunruhen: Wenn die Studenten in China im Namen der Demokratie zu marschieren beginnen, dann ist dies eine laute Warnung der Geschichte. Die chinesischen Studenten sind bei jeder Wende in Chinas dauernder Revolution seit Beginn des Jahrhunderts in der Avantgarde gewesen.

Kieler Nachrichten

Das Blatt kritisiert das Fahrverhalten vieler: Die Landespolizei stellte fest, daß 98,8 Prozent – also fast alle – von 2241

Schwerlastern zu schnell fahren, einige sogar mit 115 km/h über die Autobahn jasteten. Die Ursache des während der Polizeikontrolle festgestellten Fahrverhaltens kann nicht nur in fährlicher Selbstüberschätzung, Abgestumpftsein gegenüber dem Anblick schwerer Unfallfolgen, teilweise Veranwortungslosigkeit liegen. Einige sollen von ihren Betrieben das zu erwartende Verwaltungsverfahren gleich mit auf den Weg bekommen haben, die Polizei spricht von eingepflanzten und damit vorsätzlich begangenen Verstößen.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung bemerkt zu den französischen Streikenden: Die Streikwelle ist nicht aus einer festgelegten Lage entstanden. Sie ergab sich vielmehr aus einer Vielzahl von Faktoren, aber doch entscheidend die Beurteilung der Widerstandsfähigkeit der Regierung. Sie wurde als schwach genug angesehen, um nachgeben zu müssen; hinreichend aus der Fassung gebracht, um zur Ohnmacht verurteilt zu sein. So beginnt man nun, das Ausmaß des Schadens abzuschätzen, den sie sich selbst zugefügt, als sie den Fall der Studenten und Schüler so mangelhaft behandelte.

Basler Zeitung

Sie kommentiert als Glücksspiel: Pokern ist als Glücksspiel in sehr vielen Ländern in öffentlichen Lokalen aus moralischen Gründen verboten. Für die 13 Opec-Länder ist es jedoch die Grundlage ihres Geschäfts. Sie spielen regelmäßig Poker, am liebsten vor Festtagen, wenn die abendliche Welt nicht auf dem „Quivive“ ist, wie gerade jetzt wieder in Genf. Als Heiz- und Benzinverbraucher sind wir gezwungen, normalen alle Mitspieler.

Die Familie hat sich durchgesetzt und setzt sich durch

Wie sich das Weihnachtsfest gegen den Progressismus behauptet / Von Peter R. Hofstätter

Die frühesten Darstellungen der Geburt Christi sind uns aus römischen Sarkophagen des 4. Jahrhunderts überliefert. Sie zeigen das in Windeln gewickelte Jesuskind in einem geflochtenen Korb und daneben die beiden Tiere, Ochs und Esel, die in den Evangelien überhaupt nicht vorkommen. Legitimiert ist ihre Erscheinung durch die Worte des Propheten Jesaja (1,3): „Ein Ochs kennt seinen Herrn und ein Esel aber kennt nicht.“ Der Ochs wird dabei als Vertreter des Judentums gedeutet, während der mit der Sünde des Götzendienstes behaftete Esel – das heilige Tier des Dionysos-Kultes – das Heidentum repräsentiert. Später erst tritt in den Reliefs der Hirte als Symbol für die auf Erlösung wartende Menschheit hinzu.

Seltsamerweise fehlt zunächst die Mutter des Kindes. Erst nachdem sie das Konzil von Ephesus im Jahre 431 als Gottesgebärerin anerkannt, findet Maria einen festen Platz an der Krippe – allerdings nur dann, wenn zugleich auch die Heiligen drei Könige zu sehen sind. Viel später erst erscheint Joseph in der Szene. Diese konnte anfangs kein Familienbild sein, weil Jesus selbst die Bindung an seine Herkunftsfamilie abgelehnt hat: Wer sein Jünger sein will, darf Vater oder Mutter, Sohn oder Tochter nicht mehr lieben als ihn (Matth. 10,37). Ja, er muß sie sogar hassen (Luk. 14,26), denn seine Jünger sind für ihn Mutter und Brüder (Matth. 12,49; Mark. 3,35; Luk. 8,21).

„Weib, was habe ich mit dir zu schaffen?“, fragt Jesus unwirsch Maria auf der Hochzeit zu Kana (Joh. 2,4). Die religiöse Gemeinschaft wird denn auch in manchen Sekten an die Stelle der Familie gesetzt – „denn auch seine Brüder glaubten nicht an ihn“, heißt es im Johannes-Evangelium (7,5).

Trotzdem ist unser Weihnachtsfest seit dem Mittelalter in ganz besonderer Weise zum Fest der Familie, der andächtigen Begrüßung des neuen Lebens, der elterlichen Freude über Kinder und der kindlichen

Geborgenheit in der Liebe der Eltern geworden. Von erheblicher Bedeutung war dafür ein Wesenszug des Christentums, das von Anfang an und zum Unterschied von nahezu allen anderen Kulturen seiner Entstehungszeit eine Lehre für beide Geschlechter war. Dagegen war der Sonnenkult des Mithras, dessen Geburt am 25. Dezember gefeiert wurde, eine durchaus maskuline Religion.

Nach einigem Zögern hat freilich auch das Christentum die Feste seines Kirchenjahres an den Sonnenlauf gebunden. Indem er sich recht willkürlich auf ein Wort des Täufers bezog – „er muß wachsen, und ich muß abnehmen“ (Joh. 3,30) – stellte schon Augustinus um 395 die Geburt von Johannes dem Täufer am Tag der Sommersonnenwende (25. Juni) und von Jesus an dem der Wintersonnenwende (25. Dezember) gegenüber, da „an dem Tag die Tage wieder länger zu werden beginnen“ (Serm. 194).

Das Fest der wiederkkehrenden Sonne („Sol invictus“), das Kaiser Aurelian im Jahre 274 in den heid-

nischen Staatskult am 25. Dezember eingefügt hatte, gab offenbar auch den Christen einen Halt angesichts der sich ausbreitenden Dunkelheit. Noch um 450 klagte Papst Leo der Große darüber, daß sich die Besucher der Weihnachtsmesse in St. Peter vor dem Betreten der Basilika umwandten, um die aufgehende Sonne zu begrüßen.

Das Weihnachtsfest ist ein Bekenntnis zum Glauben an das Leben, das mit dem Jubel der Lichter über die aus der Finsternis aufsteigende Urangst siegt. Gewiß, es ist auch ein Fest der gläubigen Gemeinde, jedoch hat sich sein Schwerpunkt verlagert, seit die Mitglieder der Gemeinden ihre Tage eher neben- als miteinander verbringen. Aus vollem Herzen das Leben zu feiern gelingt uns mit vielen Jahren nur selten. Dagegen versinkt der Lebensmut vieler, die auf allein gestellt sind, am Ende eines jeden Jahres leicht in unbestimmten Ängsten und in Depressionen. Da hilft es nicht viel, wenn man sich in aller Stille über-

legt, daß es nun laut Kalender wieder heller werden wird und daß man eigentlich ja nur das elektrische Licht anzuknippen braucht. Derlei Vernünftigkeit bleibt wirkungslos an der Oberfläche.

Zwischen der fremd gewordenen Gemeinde und den Zweifeln gegenüber ohnmächtigen einzelnen stellt sich die Frage nach den Menschen, mit denen man zusammen sein und unmittelbar die lebensbejahende Freude empfinden und ausdrücken kann, um auf diese Weise ein wirkliches Fest zu feiern. Das ist im Regelfall unserer Gesellschaft – allen Protesten „Progressiver“ zum Trotz – die Familie.

Auch wenn ihr und dem traditionellen Weihnachtsfest die Angriffe von politischer Seite nicht erspart bleiben, hat sie sich doch seit einigen Jahren überall in der westlichen Welt wieder gegen die als „Reformen“ gepriesenen Surrogate durchgesetzt. Leidvollen Irrwegen verdanken wir die Erfahrung, daß nur die Familie das Bollwerk gegen die Angst und der Garant der Lebensfreude ist.

Im Erzgebirge ist der Nußknacker der Herr geblieben

Im deutschen Weihnachtsland, dem Erzgebirge, heißen die Nußknacker heute zu 90 Prozent für den West-Export. Doch auch Pyramiden und musterbildende Engel sind eine rare Ware in den Geschäften der „DDR“. Bedrängt werden die traditionellen Spielzeughersteller von Billig-Importen aus dem Fernen Osten.

Von HANS-R. KARUTZ

Der Bus kurvt durch das mittel-deutsche „Allgäu“. Sanfte Kurven, liebliche Dörfchen, seit Jahrzehnten wie unter Mehltau begraben – ein gottverlassener Winkel an der Grenze zur CSSR. Auf dem Kamm jenseits des Baches des ersten verdorrten, wie im Todeskampf erstarrten Fichten. Ein knapper Viertel der 4,5 Millionen Hektar tschechischen Waldes sind nicht mehr zu retten – auf der deutschen Seite sieht es ein wenig freundlicher aus.

Die Grenze scheint belanglos: „Halt, Staatsgrenze – Passieren verboten“, steht auf den weißen Schildern. Die Luft schmeckt nicht nach Braunkohle. Das Gift in der Luft tödtet die Fichten geruchlos.

Noch einige Windungen seitab der Landstraße hinauf in einen Talkessel: Seiffen, Deutschlands Spielzeugdorf. Sommers über wandern hier die Urlauber der Staatsgewerkschaft FDGB und spähen – „antizyklisch“, wie man drüben kaufen muß – schon hin und wieder nach Festtagsdingen aus. Denn wenn nicht in Seiffen, wo sonst im Erzgebirge?

650 Meter hoch, 3880 Seelen, vier Staatsbetriebe, die Produktionsgenossenschaft „Seiffener Volkskunst“ und knapp 100 private Handwerksmeister – mehr als zehn Mitarbeiter sind allerdings nicht erlaubt. Seiffen, da wird die Nußknacker-Suite in sozialistischem Dur gegliedert. Hinter vielen sägespänebestäubten Werkstatt-scheiben beiderseits der Hauptstraße wercken die Künstler der Volkskunst das ganze Jahr über.

Struwwelpeter-Dichter Heinrich Hoffmann schrieb diese Hymne auf die traditionsreichste Holzfigur dieses Landstrichs: „König Nußknacker, so heißt ich / Harte Nüsse, die zerbeiß ich / Süße Kerne schluck ich feiglich / doch die Schalen, ei, die schmeiß ich / lieber andern hin, / weil ich König bin.“

Könige, nein Monarchen, sind im anderen deutschen Staat nicht einmal mehr als Weihnachts-Zierat geblieben: Apfel-Nuß- und Mandelkern-Atmo-

in Bergmannskluft und als Jägersmann (mit dem Schießgewehr), als Engel mit kostbarem Kleid und grünen Flügeln – andere Nußknacker-Motive stehen nicht auf dem Produktionsprogramm.

In der Schauwerkstatt marschieren die Herren mit dem starken Gebiß in Blau-Rot-Tönen in Reih und Glied auf. In den Vitrinen kleine Schildchen mit dem Text „Schaustücke, unverkäuflich“. Denn Hersteller ist das eine, Kaufen-Können in „DDR“-Läden das andere.

„90 Prozent der Dinge gehen in den Export. Wenn etwas übrig ist, verkaufen wir es hier“, lautet die freundliche Auskunft im winzigen Büro der Schauwerkstatt. „Und die Preise?“ „28 Mark für den großen, 21 Mark für den kleinen Nußknacker.“

Preiswert, wenn man diese Ost-Preise mit den Fest-Offerten des SED-eigenen „Genex“-Versandhauses in Kopenhagen zum Beispiel vergleicht. 28 und 35 Mark. West wohlge-merkt, kosten der Typ „Förster“ (Katalogtext: „Der Freund aus dem Walde ist auch ein Freund der Kinder“) und Typ „Weihnachtsmann“ („Er darf zum Fest nicht fehlen“).

Irgendwo dudelt ein kleines Radio. In der Werkstatt, wo die Fachmänner und -frauen vor aller Augen die eingefahrenen Handgriffe vollführen, ertönen sonst nur gedämpfte Arbeitsgeräusche. Im Vorraum hängt, augenfällig unter Glas placiert, eine Urkunde. In Anerkennung und Würdigung hervorragender Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb und Verpflichtung im Karl-Marx-Jahr 1983: „Man erinnert sich, daß jene zwölf Monate vor drei Jahren auch drüben eher als Luther-Jahr begriffen wurden. Der Erfurter Mönch hatte schließlich die „Kindleinsbescherung“ am Heiligen Abend eingeführt.“

Die Räucherstämmlein im Verkaufsraum hinter dem stattlichen Spielzeugmuseum schmecken ihr sozialistisches Pfeiflein: Engel oder Nußknacker? Nein, leider nicht“, bedauern die jungen Blondinen hinter dem Verkaufstisch.

Dafür hält das Kollektiv für 15 Mark einen soliden Autotransporter aus Holz, „made in Poland“, bereit. Oder läßt für 4,60 Mark aus dem „VEB Plasteform Gräfenthal“ einen Plaste-Panzer T 54 S vertreiben: tanngrün, mit um 360 Grad beweglichem Turm und Plaste-Rädern. „Für Kinder ab vier Jahren“, lautet die Empfehlung auf der Pappverpackung.

Apfel-Nuß- und Mandelkern-Atmo-



Advent im Erzgebirge: Die Weihnachtspyramide gehört zur Tradition FOTO: BPH

sphäre umfängt den West-Besucher indessen im benachbarten Spielzeug-museum. Weihnachtspyramiden-Flügel kreisen. Die kinderaugenbeglänzte Welt des Behütetseins und Behagens breitet sich aus.

Direktor Dr. Bilz, seit 32 Jahren Museumsdirektor, erzählt auch von Sorgen: „Aus dem Fernen Osten kommen Nachahmungen, die unseren Erzeugnissen täuschend ähnlich sehen.“ Importeure aus der Bundesrepublik – die besten Kunden der „Wäldler“ – fochten juristisch gegen die schützende Nachahmungskunst – mit geringem Erfolg.

Eine Schautafel führt ein wenig die Geheimnisse um den Exportanteil in Richtung Westen: 1979 seien 22 Millionen Einheiten hergestellt, acht Millionen exportiert worden. Heute wäre das Verhältnis von 9:1 wohl korrekt – neun gegen Valuta in die festlich ausgeleuchteten Kunstgewerbeläden – zum Beispiel einige Autostunden südlich im Nürnberger Zentrum – gebracht, ein Weihnachtsmann für die „DDR“-Kundschaft.

250 000 Touristen bevölkern jährlich die ehemalige, 1936 in Konkurs gegangene Strumpfweberei, die heutige Museum: „Darunter 15 000 Ausländer aus mehr als 40 Ländern“, berichtet der Direktor. Eine Arche Noah mit 200 Tierarten entzückt. Irgendwo steht der Spruch „Mei Hoamit is in

Aczgebirg“. Auch wenn die Tannen nicht mehr rauschen, weil die Nadeln fehlen.

Nicht nur der uralte Werbespruch „Das Spielzeug aus dem Seiffener Land ist in der ganzen Welt bekannt“ berichtet von diesem Dörfchen. Seine Kirche, auf einer Anhöhe gelegen, schmückt Hunderttausende von Postkarten.

Hier wohnen noch immer fromme Leute. „Zur Ehre Gottes und zum Heil der Menschen, geweiht 1779“, heißt es über dem Portal. „Jesus läßt dich ein“, verheißt ein Plakat im Schaukasten.

Nah dem alten Kriegerdenkmal („Für das Vaterland fielen im Weltkrieg 1914-18“) mit seinen 64 Namen hängt ein Anschlag im Rathaus-Kasten für die „Lieben Gäste“. „Auch wenn dies eine Grenze zu einem sozialistischen Staat ist, muß diese geachtet und geschützt werden.“ Ein anderer Ton als an anderen deutschen Orten ist das schon.

Als der Bus wieder auf die Landstraße einbiegt, summt jemand das Lied: „Die Pfefferkuchenfrau, die Pfefferkuchenfrau, mit ihrem Mann aus Olbernhau; er knackt ihr eine Nuß, er knackt ihr einen Kern, und hat sie, auch, zum Fressen gern. Weihnacht, Weihnacht, Weihnacht ist ein schönes Fest. etc.“

diesem Erfolg mit dem Hinweis auf den aus der Bundeshauptstadt mitgebrachten Schiedsrichter mäkelte: Es war der dem Auswärtigen Amt entlehnte Walter Eschweiler.

In jenen Tagen wurde ein Star auf dem grünen Rasen geboren. Obwohl er heute Verteidigungsminister ist, entwickelte sich damals Manfred Wörner (CDU), der Flugzeugpilot, zum Stürmer und Torjäger mit viel Spielwitz. Dem Hang zum Angriff sagen Mitspieler. fronte er allerdings manchmal etwas ungestüm. Sein späterer Vorgänger auf der Hardthöhe, Hans Apel (SPD), führte raues Regiment in der Abwehr, allerdings manchmal nicht ganz nach dem Geschmack seines Fraktionsvorsitzenden. „Was du da treibst, hab' ich früher mit links gemacht“, soll Herbert Wehner einmal vom Spielfeldrand rübergerufen haben.

Richard Stücklen gehörte auch zu



Der Abgeordnete Adolf Müller-Emmert: Internationaler Star auf dem grünen Rasen FOTO: JUPP DÄRCHINGER

„Fußball ist in Bonn unsere einzige Freude“

Viele Volksvertreter verlassen in diesen Tagen das Parlament, für immer. Einer wird – zumindest ein Teil der Abgeordneten – besonders fehlen: der Abgeordnete Adolf Müller-Emmert, seit 21 Jahren Spielführer der parlamentarischen Fußballer.

Von KLAUS J. SCHWEHN

Sie benötigen keine Transfer, meist aber Landeslisten: von Abblössesummen ist nichts bekannt. Man weiß nicht genau, wie man ihre Mannschaft einordnen soll – als heimisches Nationalteam oder als Wasserwerksmannschaft. Die Rede ist von der Fußball-Elf des Deutschen Bundestages, die jetzt nicht nur das Ende der Legislaturperiode feierte, sondern mit Wehmut Abschied nahm von ihrem Spielführer, der immerhin 21 Amtsjahre in den Waden hat.

Dr. Adolf Müller-Emmert (SPD), sportfreudiger Volksvertreter aus Kaiserslautern, ist zwar nach Ansicht seiner Sportfreunde mit 64 Jahren noch nicht zu alt für das parlamentarische Fußball-Geschäft mit Querpaß und Steilvorlage – aber er steht nicht mehr auf der Landesliste. 1961 war „die Walz von der Pfalz“ in den Bundestag eingezogen, vier Jahre später gründete der Parlamentarier mit Gleichgesinnten aus den verschiedensten Fraktionen die Fußballmannschaft. Und nicht nur dies, er war auch Vorsitzender der Gesamt-Sportgemeinschaft des Deutschen Bundestages, die sich, wer weiß es schon, mit 1400 Mitgliedern in 14 Abteilungen zu einem Großverein gemauert hat.

„Fußball ist unsere einzige Freude, die wir in Bonn haben“, sagte Müller-Emmert häufig. Was sein bisheriger Stellvertreter, der Mannschafts-Mitbegründer und Nürtinger CDU-Parlamentarier Anton Stark seinem SPD-Kapitän lebhaft bestätigt. Und Stark nennt einen wichtigen Punkt: „Unser Team hat alle Koalitionen überdauert.“

Bei der Abschiedsfeier jetzt in Bonn ging mancher Blick zurück, aber keiner im Zorn. Die Elf war immer eine große Koalition, aber nicht, weil sie zur Zeit der großen politischen Koalition gegründet worden war. Den Auftakt machte seinerzeit ein Match vor 3000 Zuschauern im Bonner Gronau-Stadion gegen eine

Prominenten-Elf der Münchner Lach- und Schießgesellschaft. Weil der frisch gekürte Sport-Staatssekretär im Innenministerium, Wolfram Dorn (FDP), trotz Goldenem Sportabzeichen und einiger Praxis im Tor des Dorvereins Werdohl ein Unsicherheitsfaktor war, verpflichtete man gegen Sammy Drechsel u. Co. Weltmeister-Torwart Toni Turek. Es half nicht viel, die Elf mit Bundesminister Bruno Heck (CDU), dem früheren Handball-As Konrad Porzner (SPD), Minister Richard Stücklen (CSU) und Müller-Emmert unterlag mit 4:7.

Doch der Fußball-Ehrgeiz trieb die Bonner weiter. 1983 kam es zur ersten internationalen Begegnung – gegen die Schweiz. Mit einem stolzen 5:1-Sieg trikot das Bonner Team – weißes Trikot, schwarze Hose, Adler überm Herzen – am 21. September Bern, die Stätte deutschen Fußball-Ruhms. Nur böse Zungen konnten an

den eisernen Burschen im Team, wie Mitglieder der „Bunten Tinte“, das ist die Fußballmannschaft der Bonner Parlamentsjournalisten, zu berichten wissen. Auch der Hamburger Abgeordnete Wilhelm Nölling (SPD), ein Verteidiger alter Schule mit dem Motto „Kraft ist oft wichtiger als Technik“, war beim Gegner gefürchtet. Im Eröffnungsspiel für den neuen Bonner Sportpark Nord aber tat es plötzlich ein Schrei, und Nölling fand sich wenig später in dem Gebäude wieder. das er als Mitglied des „Krankenhaus-Ausschusses“ auch von innen kennen sollte. Diagnose: Wadenbeinbruch. Dem entgang der Bundesminister Erhard Eppler (SPD), dem man viel Ballgefühl auch im Spiel gegen junge afrikanische Diplomaten (5:3) nachsagte. Die Chronik hat indessen nicht registriert, wie oft er ins Abseits lief.

„So trimmt sich Bonn ...“ Die Akteure haben ihre Geschichten vor Jahren schon einmal in einem Buch aufgeschrieben, jetzt, bei Müller-Emmerts Abschied, wurden sie aufgefrischt.

Die Tradition ist gewahrt. Das Spiel der großen Fußball-Koalition – die sich zwischen durch auch von Wolfgang Overath ausfeilen ließ – geht weiter, neuerdings auch mit Grünen auf dem grünen Rasen. Die Akteure haben sich inzwischen, ohne an parteipolitischen Proporz zu denken, auf einen Nachfolger für Müller-Emmert geeinigt. Es ist der Vilsböhner CDU-Abgeordnete Klaus Rose, der auch die internationalen Kontakte – zusammen mit SPD-Mitglieder und Staatssekretär a. D. Fred Zander – emsig pflegt.

So ist es kein Wunder, daß auf dem Spielplan für 1987 beispielsweise ein Match in Luxemburg und im September eine Begegnung gegen römische Parlamentarier in der Höhe der Tifosi steht. Die Bonner Presse wollen sich die Parlamentarier dann im November wieder vorknöpfen.

Einladungen gibt es zuhauf, immer wieder in dem 15 Jahre alten Zehnminuten-Fußball. Fröhliche Weihnachten und ein gutes Neues Jahr – BSG Gewerkschaft Deutscher Lokomotiv-Beamten, Bahnbetriebswerk Kaiserslautern. Wir würden uns freuen, wenn wir im Jahr 1971 bei Ihnen einen Termin zu einem Spiel bekämen.“

Müller-Emmert (SPD) geht. Klaus Rose (CSU) hat jetzt das Team zu formen, und der Ball ist rund.

Deutsch lernen ohne die Tortur der Grammatik

Deutsch, das war bis 1968 für jeden Holländer, der eine weiterführende Schule besuchte, Pflichtfach. Heute, achtzehn Jahre nach der großen Schulreform, lernt nur noch jeder zweite – freiwillig – die Sprache des Nachbarn. Eine Aktion „Deutsch macht Spaß“ soll den Trend umkehren, denn vor allem die Wirtschaft klagt über fehlende Deutschkenntnisse.

Von HELMUT HEITZEL

Als der Pausengong ertönt, stürmen die Schüler scharenweise auf einen weißgedeckten Tisch zu. Dort gibt es Kaffee und Milch. Jeder will der erste sein. Gejohle und Gegröhle erfüllt den Raum. Es ist der letzte Schultag dieses Jahres. Anstatt des normalen Unterrichts steht eine Weihnachtsfeier auf dem Stundenplan. Die meisten Schüler sind bereits in Ferienstimmung.

Die Schule, in der gerade der Kaffeeduft durch das Foyer zieht, steht im Haager Stadtteil Bezuidenhout, besitzt sogar ein eigenes Restaurant und wurde auf den Namen „François Vatel“ getauft. Vatel war Gourmet und Meisterkoch. Er nahm sich das Leben, als er für den Sonnenkönig Ludwig XIV. ein Menü zubereiten sollte und erfuhr, daß der dazugehörige Fisch nicht mehr rechtzeitig zum Servieren der Speisefolge eintreffen würde. Da griff Vatel zu seinem Degen und beging Selbstmord.

Ausgebildet wird an der Schule der Nachwuchs für das Dienstleistungsgewerbe. Die Vatel-Schule ist ein Schultyp, den es in dieser Form in der Bundesrepublik nicht gibt. Sie ist allgemeinbildend und berufsqualifizierend zugleich. Eine Fachschule für Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren. Wer einmal Koch oder Kellner, Hotelmanager oder Rezeptionist(in) in einem Hotel werden will, der ist hier richtig.

Da dieses Dienstleistungsgewerbe traditionell viel mit Tourismus zu tun hat – im letzten Jahr buchten rund zwei Millionen Deutsche in Holland ein Zimmer –, stehen auch die Fächer „Englisch, Deutsch und Französisch“ regelmäßig auf dem Stundenplan.

Deutsch, so meint man, müßte aufgrund der überwältigenden Übernachtungszahlen hier und anderswo in Holland als Fach eigentlich sehr stark gefragt sein. Doch dem ist nicht so, obwohl einer der Deutschlehrer, Emil Lut, zwar mächtig die Werbetraktat für „sein Fach“ rührt. Lut ist auch einer der niederländischen Pädagogen, die sich für die seit kurzem bestehende Initiative „Deutsch macht Spaß“ engagiert haben. Einer Initiative, deren Ziel es ist, das Erlernen der deutschen Sprache in den Niederlanden wieder populärer zu machen. Bisher nämlich ist es um die deutsche Sprache in Holland schlecht bestellt.

Deutsch ist in den Niederlanden seit langem auf dem Rückzug. In den letzten zehn Jahren nahm die Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen, die Deutsch als Examensfach wählten, um 15 Prozent ab. An den Pädagogischen Hochschulen sank die Zahl der Erstsemester für Germanistik um 33 Prozent und an den Universitäten um 27 Prozent.

Wer Deutsch spricht, hat bessere Berufschancen

In den öffentlichen weiterbildenden Schulen, die etwa zwei Drittel der Schüler unterrichten, wurde das Fach Deutsch 1980 noch von etwa 58 Prozent der Schüler belegt. 1985 waren es nur noch etwa 54 Prozent. Wenn man vergleicht, daß es vor 1968 noch 100 Prozent waren, ein dramatischer Rückschritt.

Das ist nicht nur eine „alarmierende Entwicklung“, wie Emil Lut meint, sondern es sind leichtsinnig vergebene und oft hervorragende Berufschancen für zahlreiche niederländische Schüler, die sie mangels Qualifikation einfach links liegenlassen.

Denn Hollands Wirtschaft sucht händlergebende Fachkräfte, die das Deutsche gut bis perfekt in Wort und Schrift beherrschen. „Sie sind einfach nicht zu finden“, klagen in letzter Zeit immer mehr Firmen. „Rund 60 Prozent der Unternehmen“, so fand Frans Beersmans vom Fremdspracheninstitut der Universität Tilburg in einer Studie heraus, geben an, daß sie mit Englisch und Deutsch zu tun haben.“ Beide Sprachen, das Englische und das Deutsche, rangieren also gleichauf. „Nur circa 43 Prozent der Betriebe benötigen Franzö-

sisch“, dennoch wollen immer weniger Niederländer Deutsch lernen.

Was sind also die Gründe für dieses Sprachdefizit? Woher kommt das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt, wo Deutschkenntnisse so heiß begehrt sind? Boykottieren niederländische Schüler etwa das Deutsche? Hege-n sie noch immer Ressentiments gegenüber der Sprache, die von den Soldaten gesprochen wurde, welche vor nunmehr 46 Jahren das Land besetzten?

„Das spielt für uns überhaupt keine Rolle mehr“, sagt die 14jährige Karin Baun. „Das ist doch vorbei, und wir sind eine ganz andere Generation.“ Auch ihre Mitschülerin Genevieve de Verteuil (15) schließt sich dieser Meinung spontan an: „An den Krieg denke ich in der Deutschstunde nie.“ Die drei Jungen, die bei dieser Diskussion mit am Tisch sitzen, Dick, Martin und Martijn, sehen das ebenso. Trotzdem: „Deutsch lernen“, sagt Martijn, „Deutsch lernen ist doch heutzutage absolut überflüssig. Es reicht mir, wenn ich Englisch sprechen kann.“

Das ist eine in der letzten Zeit viel gehörte These im einst so vielsprachigen Holland, wo es bis in die sechziger Jahre nicht nur zum guten Ton, sondern auch zur schulischen Grundausbildung gehörte, Deutsch und auch Französisch so zu beherrschen, daß man sich in diesen Sprachen ausdrücken konnte. Doch dann kam 1968, das sogenannte „Mamoeitwet“, jene Schulreform, die das klassische dreigliedrige Bildungssystem fast völlig umkrempelte und auflöste und den Schülern die Möglichkeit gab, sich ihre „Examenspakete“ weitgehend selbst zusammenzustellen. An kaum einer holländischen Schule gibt es seither noch die Pflicht, dem Prüfungspaket eine Fremdsprache beizumischen. Wenn überhaupt, dann wird allenfalls Englisch gewählt.

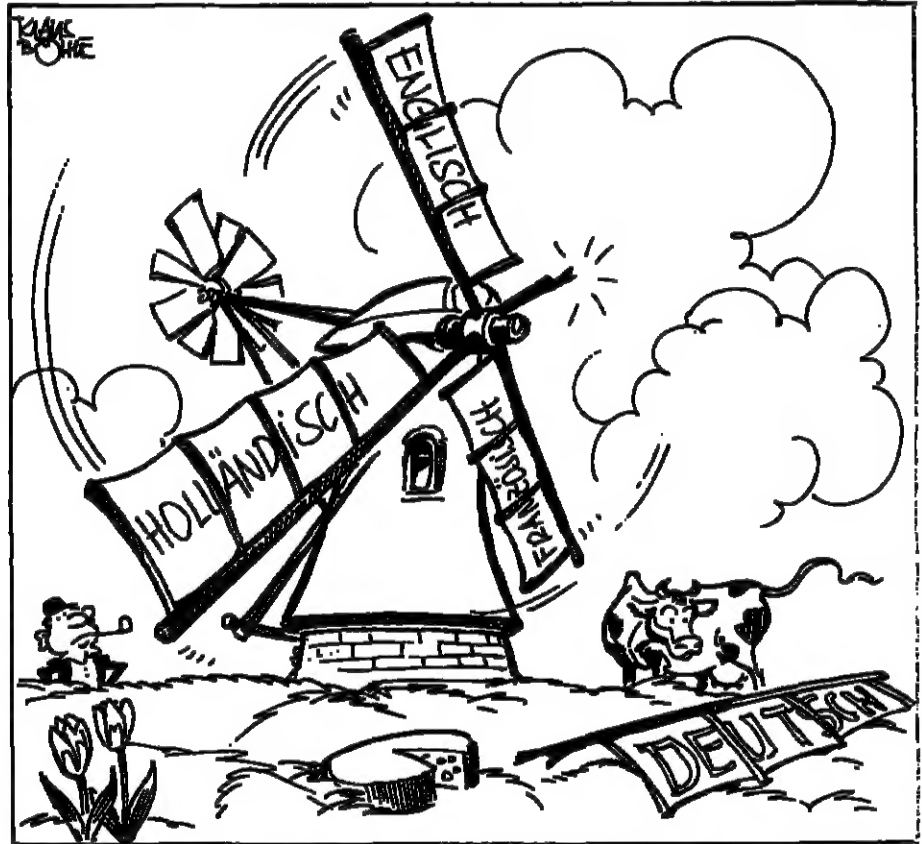
Deutschlehrer in Holland modernster Unterrichtsmaterial, veranstaltet Freischausschreiben und legt Kontakte zu deutschen Schülern, die nur einen Steinwurf über die Grenze in Kleve, in Münster oder in Emmerich wohnen. Anstatt nur Grammatik zu pauken, sollen die niederländischen Schüler jetzt in erster Linie die Sprechfertigkeit erlernen. Mit Hilfe eines lockeren „Hallo, wie heißt du?“ mit einem „Märchenprogramm“ oder in einem durch die Niederlande fahrenden „deutschen Kulturladen“ der „Lust und Frust in der Schule“ behandelt, hofft man dies alles erreichen zu können.

Schirmherr ist der deutsche Botschafter

Unterstützt wird diese Offensive für die deutsche Sprache von dem Goethe-Institut in Amsterdam und Rotterdam. Als Schirmherr der Aktion „Deutsch macht Spaß“ stellt sich der deutsche Botschafter Otto von der Gablentz zur Verfügung.

Auf Genevieve de Verteuil scheint diese neue Unterrichtsmethode motivierend zu wirken. Sie will, wenn sie im nächsten Jahr die Vatel-Schule erfolgreich absolviert haben wird, „weiter Sprachen und auch noch mehr Deutsch lernen“, so ihr Berufswunsch, und eines Tages „Hotelanaglerin werden“. Dick Meulijk hat sogar einen weiteren Vorteil der deutschen Sprache entdeckt: „Deutsch ist gut“, meint er, „damit kann man auch mit den Türken reden.“ Dick kennt einige gleichaltrige türkische Jugendliche, die mit ihren Eltern aus der Bundesrepublik in die Niederlande übersiedelten.

Die fünf Vatel-Schüler, die sich in der letzten Deutschstunde mit ihrem Lehrer „übers Auto unterhielten“, diskutieren allerdings auf niederlän-



ZEICHNUNG: KLAUS BOHLE

Hinzu kam, so argumentiert Adrie Keij, Sekretär der neugegründeten „Stiftung zur Förderung der deutschen Sprache in den Niederlanden“, die Anglisierungswelle nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Anglisierungswelle, die auch maßgeblich durch die zahlreichen über das dichte holländische Kabelnetz zu empfangenden englischsprachigen Satellitenkanäle wie „Sky Channel“ unterstützt wurde, habe auch mit zur eingeschränkten Dominanz der englischen Sprache beigetragen. „Außerdem“, so meint Keij weiter, „hätten sich die Holländer anscheinend darüber gefreut, daß sie Deutsch abwählen und auf Englisch umsteigen konnten.“ Haben sie damit nur einem allgemeinen Trend hin zum Englischen Rechnung getragen?

„Fest steht, daß dieses Umsteigen auf Englisch den Niederländern so leicht gemacht wurde, weil der Deutschunterricht hierzulande lange Zeit altmodisch und fast völlig auf die Grammatik fixiert war“, erklärt Gisela Delwel, die in Leiden Deutschlehrer ausbildet, die holländischen Aversionen gegenüber eine doch im Grunde vom Wortstamm her ähnliche und daher für Niederländer leicht erlernbare Sprache.

Die hierzulande allseits bekannte Anekdote vom autoritären Deutschlehrer, der mit der Stoppuhr seinen Schülern die Präpositionen „durch, für, ohne, hinter, neben, in, über, vor, zwischen“ abhörte, kam der Realität des Deutschunterrichts in Holland lange Zeit ziemlich nahe. Und als die Schüler dann vom Gesetzgeber endlich die Chance bekamen, aus dieser grammatikalischen deutschen Tortur auszusteigen, da taten sie das auch und sagten dem Deutschunterricht ade.

Hier setzt die Initiative „Deutsch macht Spaß“ nun mit Verbesserungen an. In einer großangelegten Werbekampagne unter dem gleichnamigen Titel verschickte man an alle 6000

disch und ganz angeregt jede gestellte Frage nach ihrem Deutschlandbild. Dann fallen Antworten wie: „Alles ist dort so sauber, die haben fast gar keinen Dreck auf der Straße“ und Karin, die mühelos die Überschriften deutscher Tageszeitungen lesen und ins Niederländische übersetzen kann, findet sie, gemeint sind die Deutschen, „alle ganz nett“. Auf die Frage, ob sie denn wüßten, warum es zwei deutsche Staaten gibt, antworten sie mit plakativer und unendifferenzierter Offenheit: „In dem einen Teil wohnen die Deutschen und hinter der Mauer, das sind die Russen.“ Dennoch sind die Bundesrepublik und die „DDR“ für sie „ein Land“. Antworten auf das „Warum?“ der Teilung allerdings haben sie nicht parat.

Heifer sind „Derrick“ und „Tatort“

Auf die Frage: „Welchen deutschen Schriftsteller kennt ihr überhaupt?“ fällt ihnen nur der Name Siegfried Lenz ein. Bei Heinrich Böll, dessen Werke in allen niederländischen Buchhandlungen zu finden sind, kommt eine provokante Gegenfrage: „Hat er auch Comics geschrieben?“ Die englischsprachigen Pop-Sendungen in den niederländischen Kabelnetzen, die in der Regel zwölf Programme anbieten, bekommen von deutscher Seite manchmal auch mächtig Konkurrenz. Wenn „Derrick“ oder „Tatort“ flimmern, schalten diese niederländischen Jugendlichen auf das deutsche Fernsehen um. Aber auch die „Lindenstraße“ ist in ihren Augen „ganz prima“. Befragt, ob ihnen denn auch spontan irgendein deutscher Satz einfiel, wird nur Martin in seinem Gedächtnis fundig. „Herliche Weihnachten und eine glückliche neue Jahr“, sagt er mit unverkennbar niederländischem Akzent.

[illegible]

Die Contras fühlen sich im Stich gelassen

Auflagen des US-Kongresses erschweren Operationen / Auswirkungen der Iran-Affäre befürchtet / Versorgungsmängel

WERNER THOMAS, Managua
Die, die überleben, taumeln oft mit letzter Kraft zurück in die honduranischen Basenlager. Ausgemergelte Männer, physisch und psychisch erschöpft. Sie tragen zerschlissene Uniformen und Waffen ohne Munition. Als letzte Woche eine dieser Rückkehrer-Gruppen der antisandinistischen Contras die Zeitstempel bei Yamales erreichte, war zu hören: „Ein Wunder, daß sie es geschafft haben.“

Der Krieg der Contras gegen das sandinistische Regime in Managua scheint die Endphase zu erreichen. Frustration kennzeichnet die Stimmung der Rebellen, aber auch Faszinosität über die bizarren Ereignisse in Washington.

Rebellen glauben nicht mehr an einen Sieg

Enttäuscht sind sie, und sie fühlen sich im Stich gelassen. Die „New York Times“ zitierte Anfang Dezember Elliott Abrams, den Lateinamerika-Chef des State Departments, mit den Worten: „Sie (die Contras) sind jetzt auf sich selbst angewiesen. Wir können beim Kongreß nichts mehr für sie tun.“

Viele Contras befürchten, daß die Untersuchungen in Washington wegen der heimlichen Waffenlieferungen der Regierung an Iran und dem

illegalen Geldtransfer für ihren Kampf fatale Auswirkungen signalisiert. Wird der Kongreß unter diesen Umständen noch einmal finanzielle Mittel gewähren? Ein Führer der Demokratischen Kräfte Nicaraguas (FDN), der größten Guerilla-Bewegung, bekannte: „Die Aussichten stehen schlecht.“

Aber schon vor der Iran-Krise waren sich die Contra-Kommandanten nicht mehr sicher, ob sie diesen Krieg gewinnen können. Die mit der Billigung von 100 Millionen Dollar verbundenen Kongreß-Auflagen erschweren die Operationen. So dürfen die Rebellen keine Ziele angreifen, wenn Zivilisten gefährdet sind. Ein Angriff auf die einzige Ölfabrik Nicaraguas in Managua wäre aus diesem Grund nicht möglich. Der Kongreß bestand auf der Einrichtung einer Menschenrechtskommission und ließ diese gerade finanzieren (drei Millionen Dollar).

Ausbildungskosten verschlangen einen großen Teil der bereits verteilten 60 Millionen Dollar. Bisher reichen die Mittel nicht zur Reparatur der beiden defekten Versorgungszüge oder zur Anschaffung anderer Maschinen. Vergangene Woche trafen in dem „Comando Estratégico“, dem Basislager, die ersten Lebensmittellieferungen seit Monaten ein. Ein FDN-Vertreter führt die hohen Verluste in den letzten 18 Monaten auf

die akuten Versorgungsmängel zurück. Seit September 1985 hätten die Rebellen 3000 Mann verloren. Die Schätzungen der gesamten Truppenstärke liegen weit auseinander, zwischen 6000 und 20 000.

Die Invasion von etwa 1500 sandinistischen Soldaten und der schweren Grenzwachenfälle in der ersten Dezemberhälfte haben den von linken Kreisen geschürten Druck auf die Regierung des Präsidenten José Azcona Hoyo verstärkt, die Contras ultimativ zum Verlassen des Landes aufzufordern.

Manchmal marschieren sie drei Wochen lang

„Es gibt kein Ultimatum“, wird von Contra-Seite versichert. Die Azcona-Regierung will jedoch die Basislager in ein Gebiet 50 Kilometer von der Grenze verlegen lassen, um weitere Konfrontationen mit der sandinistischen Volksarmee zu verhindern. Damit würden die Marschwege der Rebellen noch länger werden. Sie marschieren manchmal drei Wochen, um Nicaragua in den weniger scharf kontrollierten östlichen Regionen zu erreichen. Die Rückkehr verläuft ähnlich. Niemand weiß genau, wie viele Contra-Kämpfer sich ständig in Nicaragua aufhalten. Politische Beobachter in der honduranischen

Hauptstadt Tegucigalpa zweifeln an den von einem FDN-Sprecher genannten Zahlen, die zwischen 6000 und 8000 liegen. Es seien weniger.

Die Contras fühlen sich unter Leistungsdruck. Sie sollen mit Blick auf den Kongreß militärische Erfolge bringen, so lautet eine Empfehlung Washingtons. Die Sandinisten sind jedoch mittlerweile zu stark für spektakuläre Operationen.

„Die Amerikaner liefern das Geld und wir die Todesopfer“, sagte ein Rebellenführer bitter. Er erinnerte daran, daß die Kommandanten 1984 und 1985 einen entscheidenden Vorsprung erzielt hätten, als der Kongreß die militärische Hilfe stoppte. Allein in diesem Jahr seien die sowjetischen Waffenlieferungen an Nicaragua höher gewesen als die gesamte bisherige Militärlieferung der Amerikaner an die Contras. „Der Krenel kennt keinen Kongreß-Hürden“, bemerkte ein Diplomat in Tegucigalpa.

Schon fragt man: Was tun mit einer geschlagenen Guerrilla-Armee? Niemand kennt die Antwort. Es fällt das Stichwort „Schweinebucht“. Vor fast 27 Jahren war die Invasion einer vom Geheimdienst CIA formierten exil kubanischen Brigade gescheitert, Präsident John F. Kennedy, wenige Wochen zuvor ins Weiße Haus gekommen, wollte damals keine militärische Rückendeckung leisten.

Der „wilde Streik“ trifft Chiracs Schwäche

Der Ausstand der Transportunternehmen / Mitterrands Rolle

PETER RUGE, Paris
Kaum hat sich die Regierung Chirac vom Alptraum der Studentenunruhen erholt, sieht sie sich unvermittelt mit einem „wilden Streik“ der Transportunternehmen in Frankreich konfrontiert.

Die Franzosen sind verärgert, ihre Vorwürfe richten sich gegen die Streikenden. Doch: Je länger der Ausstand anhält, desto eher läßt sich eine Richtungsänderung der Stimmungslage erzielen. Der Unmut wird letztlich die Regierung treffen, weil sie in den Augen der Bevölkerung dem Chaos kein Ende bereitet.

Premier Chirac hatte sich auf eine neue „soziale Runde“ bereits eingestellt. Streiks vor Feiertagen sind in Frankreich nämlich ein erprobtes Mittel, Forderungen durchzusetzen. Um also vor Überraschungen gefeit zu sein, hatte die Regierung für den 8. Januar zu einer Verhandlung eingeladen.

Die Gewerkschaften stimmten zu. Keine Streiks stellten Vorbedingungen. Jeder Streikabsicht schien damit der Boden entzogen zu sein. Daß der Ausstand dennoch losbrach, muß folglich andere Ursachen haben.

Weder Regierungsmitglieder noch Gewerkschaften waren es bisher offen auszusprechen, daß hinter der Protestbewegung dieselben Agitationen vermutet werden, die auch die Schüler und Studenten „politisierten“. Trotzistische und marxistisch-leninistische Gruppen.

Jede Aufstachelung hätte, wie sonst üblich, bei den Arbeitern abprallen müssen. Eine rein sozialistische Ideologie hätte kaum verlangen, wenn nicht Umstände eingetreten wären, die nun das Bild der 5. Republik zeichnen.

Da ist einmal das erneute Versagen der Gewerkschaften. Ihr Führungsanspruch steht im Widerspruch zu der aufkommenden Eigendynamik der Basis. Die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Transportbereich in Frankreich hat sich von der etablierten Arbeitneh-

mervvertretung abgewandt und radikalisiert. Sie läuft den Gewerkschaften aus dem Ruder und ist damit unkontrollierbar geworden.

Es ist zum anderen das Verhalten der Regierung selbst, das überzogene Erwartungen auslöst: Die Auffassung macht sich allort breit, jeder Widerstand der Bürgerlichen könne mit Druck der Straße gebrochen werden. Dem Marsch auf Paris Anfang Dezember durch die Jugend schloß sich die Traktoren-Parade der Bauern vor wenigen Tagen an.

Doch schon vorher hatte die Regierung Chirac Schwächen gezeigt, bei der Abwehr des internationalen Terrorismus. Um den Bombenterror auf Paris im September zu stoppen, um aber auch die französischen Geiseln im Nahen Osten freizubekommen, erlebte Frankreich einen Premier, der nach starken Worten auf die weiche Welle umzuschalten schien.

Das mußte Begehrlichkeiten erwecken: Orientalische Preise seien nach Nahost gezahlt worden, wird in Paris gemunkelt – den Studenten offerierte Chirac seinen Hochschulminister – den Bauern waren angeblich zwei Milliarden Franc für die Brüsseler Agrarbeschlüsse versprochen.

Chirac trägt seither das Image eines „Regierungschefs auf dem Rückzug“. Dazu beigetragen hat auch sein gutgemeintes Wort von der „Verschnaufpause“, die Regierung wolle das Tempo des Reformkurses vorerst einmal drosseln.

Der dritte Umstand für ein Umschlagen des sozialen Klimas ist bei Staatspräsident Mitterrand zu suchen. Seit drittem Jahr gegenüber Chiracs Reformen hat die Regierung nicht an ihrem Kurs irritiert, aber es hat deren Rhythmus gestört.

Mitterrand machte seine Sympathien für den Jugendprotest deutlich, was viele Franzosen jetzt als Ernüchterung verstehen, ihrerseits auf die Barrikaden zu gehen. So wurde das eigentliche Signal ausgelöst für die sich ausweitende „wilde“ Streikbewegung.

Spaniens Wirtschaft muß mit Schwarzarbeit leben

Nur so bleibt soziale Ruhe erhalten / Drei Millionen ohne Job

ROLF GÖRTZ, Madrid
Die Zahl der Arbeitslosen in Spanien hat nach Schätzungen des Arbeitsministeriums Ende dieses Jahres zum ersten Mal die Drei-Millionen-Marke erreicht. Unter ihnen seien ungewöhnlich viele Schulgänger. Bei einer aktiven Bevölkerung von etwa 13 Millionen sind dies 23 Prozent.

Das Amt für Statistik ermittelt zwar nur 2,86 Millionen Beschäftigungslose, also etwa 21 Prozent. Nach Ansicht des Arbeitsministeriums müßten hierzu jedoch noch 180 000 Tagelöhner gezählt werden, die durchschnittlich weniger als sieben Tage im Monat beschäftigt sind.

Diesen Zahlen hielt vor kurzem der Minister für Wirtschaft und Finanzen, Carlos Solchaga, eine andere, wesentlich realistischere Aufzeichnung entgegen. Danach sind mindestens eine Million der registrierten Arbeitslosen durch Schwarzarbeit versorgt. Solchaga stieß mit dieser Gegenüberstellung auf heftigste Kritik der kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften sowie des linken Flügels der regierenden Sozialisten.

Wirtschaftskreise aber zweifeln nicht an dieser Feststellung. Tatsächlich dürfte es nur der Schwarzarbeit zu verdanken sein, daß bisher größere soziale Unruhen vermieden werden konnten.

Die unterschiedlichen Kostenstrukturen Spaniens und der übrigen EG-Länder griff der Präsident des Unternehmerverbandes, José María Cuevas, auf, um die Regierung vor einem weiteren Rückgang des Exportes zu warnen. Da die bürgerliche Opposition im Parlament in einer schweren Führungskrise steckt, kommt der geharnischten Kritik von Cuevas auch eine politische Bedeutung zu. Denn er vertritt zwei Millionen „Unternehmer“, darunter viele Kleinunternehmer und „Autonome“, die in manchen Statistiken als Arbeiter erscheinen. (SAD)

den konnten. Die Regierung drückt ein Auge, manchmal auch beide zu. Die Ungenauigkeiten, die sich in der Arithmetik der einzelnen Ministerien spiegeln, zeugen von einem Spielraum, ohne den die spanische Wirtschaft an den Normen der Europäischen Gemeinschaft scheitern müßte.

So haben manche Zulieferbetriebe für die Automobilindustrie im Madrid der Industriegürtel aufgrund zu hoher Kosten schließen müssen. Als Arbeitsstätten blieben diese Kleinbetriebe jedoch als Kooperativen der Arbeiter erhalten. Diese Firmen sind nur deshalb wettbewerbsfähig, weil sie geringere Löhne zahlen und Sozialabgaben auf einen Mindestlohn – wenn überhaupt – berechnen.

Die unterschiedlichen Kostenstrukturen Spaniens und der übrigen EG-Länder griff der Präsident des Unternehmerverbandes, José María Cuevas, auf, um die Regierung vor einem weiteren Rückgang des Exportes zu warnen. Da die bürgerliche Opposition im Parlament in einer schweren Führungskrise steckt, kommt der geharnischten Kritik von Cuevas auch eine politische Bedeutung zu. Denn er vertritt zwei Millionen „Unternehmer“, darunter viele Kleinunternehmer und „Autonome“, die in manchen Statistiken als Arbeiter erscheinen. (SAD)

Manila unterbreitet „Versöhnungsplan“

AP, Manila

Das philippinische Kabinett hat gestern einen Plan für „nationale Versöhnung und Entwicklung“ gebilligt. Er soll heute als Teil des Ende November unterzeichneten Waffenstillstandsabkommens den kommunistischen Aufständischen vorgelegt werden. Teil des Regierungsplanes sind unter anderem eine Amnestie für Häftlinge der kommunistischen Neuen Volksarmee und eine Reihe ländlicher Entwicklungsprojekte. Rebellenführer Zume forderte unter anderem eine Landreform.

Entwicklungshelfer wieder frei

dpa, Bonn

Ein am 8. November von regierungsfreundlichen Rebellen in Moskau entführter deutscher Entwicklungshelfer, seine Lebensgefährtin und deren dreijährige Tochter sind gestern an der Grenze zum Nachbarstaat Malawi freigelassen worden. Das teilte das Auswärtige Amt in Bonn mit. Der Entführer war Leiter eines Entwicklungsprojektes der EG. Bundesaußenminister Genscher dankte Großbritanniens, das den EG-Vorsitz hat, und dem Roten Kreuz für die Bemühungen um die Freilassung.

Mängel in der Produktion mit Lagerhaft bestraft

AFP, Moskau

Drei Leiterinnen einer Textilfabrik in der Ukraine sind wegen mangelhafter Produktion des Betriebs zu zwei Jahren Arbeitslager und hohen Geldstrafen verurteilt worden. Das meldete gestern die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass.

Die Direktorin, die Chef-Ingenieurin und die Chef-Inspektorin des Werks wurden wegen „systematischer Herstellung unvollständiger und nicht normgerechter Produkte schlechter Qualität“ bestraft. Ihre Geldbußen belaufen sich auf 10 000 Rubel, was mehr als ihrem Jahresgehalt entspricht.

Dieses Urteil ist exemplarisch. Bisher wurden derartige Fälle mit Geldstrafen oder Entlassung geahndet. Der mangelhafte Betrieb hat offenbar im vergangenen Jahr wegen seiner fehlerhaften Produktion, die keine Abnehmer fand, einen Verlust von 200 000 Rubel gemacht.

Die Bestrebungen, die Industrieproduktion qualitativ zu verbessern, um international konkurrenzfähig zu werden, stehen in der Sowjetunion seit der Machübernahme von Partei-Chef Michail Gorbatschow im Vordergrund. Am 1. Januar des kommenden Jahres treten darum neue Kontrollverfahren in Kraft.

Karatschis Krieg um Drogen und Waffen

Moslems bekämpfen Moslems / Das Los der ungeliebten Mohadschir / Neues Kabinett

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi
„Auch wenn Karatschi nicht zu einem Klein-Beitritt wird“, so rechnen westliche politische Beobachter, „wird es niemals mehr die gleiche Stadt sein wie noch vor einigen Monaten“. Etwa 200 Tote, Hunderte von Verletzten, unvorstellbare Grausamkeiten der sich Straßenschlachten liefenden Bevölkerung, Plünderungen: In der pakistanischen Hafenstadt bekämpfen sich die aus Indien stammenden Mohadschir und Paschunen, die aus dem Grenzgebiet mit Afghanistan kommen.

Am Wochenende ist die Regierung von Premier Mohammed Khan Junejo zurückgetreten, gestern wurde ein neues Kabinett vereidigt. „Als Pakistan geschaffen wurde“, meint ein junger Führer der Mohadschir-Bewegung, „dachten wir alle eine Nation zu sein, gemeinsam mit Pandshabis, Sindhis, Pathanen und Belutschen. Die anderen haben uns Mohadschir genannt, nicht wir.“

Eigene Kultur

Tatsächlich waren jene moslemischen Flüchtlinge, die mit der Teilung Indiens 1947 ihren indischen Heimatstaat Bihar erst nach Bangladesch und dann Richtung Pakistan verlassen hatten, bisher stets ein Fremdkörper in Pakistan betrachtet worden: Sie sprechen Urdu, leben als Gemeinschaft in geschlossenen Stadtvierteln und halten ihre eigene Kultur und Tradition hoch.

Sie haben sich vor allem in Karatschi niedergelassen, in einer Stadt, die in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr von den aus dem Nordosten Pakistans, der an Afghanistan grenzenden Nordwest-Provinz stammenden Paschunen beherrscht wurden.

Sie kontrollieren den internationalen und einheimischen Drogenhandel und verfügen seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan und dem damit verbundenen Waffenfluß über die pakistanisch-afghanische Grenze über immense Waffenlager in Karatschi. Unterstützt wurden sie bislang in dem profitfruchtigen Rauschgift-Waffen-Geschäft von einflußreichen Angehörigen der Armee – gegen entsprechende Gewinnbeteiligung.

Zu den blutigen Ausschreitungen in der Hafenstadt kam es, als eben jene Armee auf Order von Präsident Ziaul Haq, der damit wiederum einem Wunsch seiner amerikanischen Verbündeten folgte, in der vergangenen Woche einen entscheidenden Schlag gegen illegale Handel in Karatschi führte. Es wurden große Mengen Rauschgift beschlagnahmt, Waf-

fen sichergestellt und führende Drogenhändler verhaftet.

Doch statt den Sicherheitskräften eine Schlacht zu liefern, eröffneten die Paschunen aus den immer noch reichlich vorhandenen Waffen das Feuer auf die verhassten Mohadschir.

Denn schließlich galt es auch noch eine Rechnung zu begleichen. Der ethnische Konflikt zwischen den beiden Volksgruppen begann im Oktober durch einen Busunfall: der Fahrer war ein Paschune, die Toten und Verletzten aber waren Mohadschir.

Bitterkeit und Haß

Der Schlag der Paschunen trifft die Verwundbarsten der pakistanischen Volksgruppen. Paschunen und Pandshabis genossen schon immer die Unterstützung der Herrschenden in der Hauptstadt Islamabad, die meist Angehörige dieser Volksgruppen waren.

„Die frühere Loyalität der Mohadschir gegenüber der Regierung“, so meint einer ihrer Führer, „ist vor allem unter der Jugend, die keine Jobs findet, Bitterkeit und Haß gewichen.“ Politische Folge dieses Umschwungs: Die Mohadschir unterstützen seit diesem Jahr die oppositionelle pakistanische Volkspartei Benazir Bhuttos. Sie fordern, als künftige Nationalität anerkannt zu werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Aids und Volksgesundheit

Was macht ein Kranker eigentlich, wenn er weiß, daß er Aids hat? WELT vom 16. Dezember

belegt werden, wie dies bereits in München und Karlsruhe geschieht.



Anneliese Augustin, MdB, CDU

Ich begrüße die Äußerungen von Frau Prof. Süsmuth, die sie in ihrem Gespräch mit Ihrer Zeitung gemacht hat, insbesondere die Ablehnung der allgemeinen Meldepflicht. Angesichts des spezifischen Krankheitsbildes, fehlender Heilungsmöglichkeiten sowie der langen Latenzzeit zwischen Infektion und möglichem Ausbruch der Krankheit würde eine allgemeine Meldepflicht zu gesundheitspolitisch kontraproduktiven und schädlichen Auswirkungen führen, weil ihre eigentlichen Ziele, Vermeidung neuer Infektionen und Erkennung der Infektionsquelle, nicht oder nicht mehr erreicht werden können.

Allerdings bin ich der Meinung, und habe dies dem Ministerium gegenüber schon geäußert, daß bei der turnusmäßig festgesetzten Untersuchung der nach Paragraph 5, Abs. 2 Geschlechtskrankheitsgesetz erfaßten Personen, künftig auch auf HIV geprüft werden sollte, mit der Konsequenz, daß zum Beispiel infizierte Prostituierte mit einem Berufsverbot

Ich halte es für untragbar, daß, wie es in meiner Heimatstadt Kassel geschieht, eine den Behörden bekannte infizierte Prostituierte weiterhin ihrem Beruf nachgehen kann.

Mit freundlichen Grüßen
Anneliese Augustin, MdB, CDU
Mitglied im Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Kollektivschuld auf ewig?

„Was ist denn einzigartig in der Geschichte der Völker?“, Gedanke WELT vom 13. Dezember

Seit einem halben Jahr führen in verschiedenen Zeitschriften Historiker die sogenannte „Revisionismus-Debatte“ um die NS-Vergangenheit. Dabei taucht der Begriff von der Kollektivschuld aller Deutschen immer wieder auf, der durch die These von der Einzigartigkeit ihrer Verbrechen in der Geschichte erhärtet werden soll.

Während ausländische Stimmen, vor allem im Westen, das Gespräch versachlichen, indem sie den Begriff von der Kollektivschuld ablehnen oder eingrenzen, ist es vor allem die deutschen Wortführer, die ihn am gründlichsten verteidigen und am unterschiedlichsten gebrauchen.

Da ist das besessene Urteil des amerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred de Zayas zu begrüßen: Einzigartig waren die deutschen Kriegsverbrechen keineswegs, wenn sie auch heute noch als verabscheuungswürdig gelten müssen, Abstufungen zwischen Stalins („verwerflich“) und Hitlers („besondere Verwerflichkeit“) greifen wirken grotesk, und darum kann von Einzigartigkeit deutscher Schuld, die als kollektiv gültig anzusehen sei, nicht gesprochen werden. Im politischen, historischen oder juristischen Sinne ist dies nicht anwendbar, nur im sittlichen.

Wie ist demgegenüber die innerdeutsche Überreaktion zu erklären? Die übertriebene Beschäftigung mit sich selbst verführte hierzulande zu einem maßlosen Nationalismus in der Vergangenheit, heutzutage zu einer

ebenso maßlosen Selbstbezüglichkeit. Dieser schon metaphysisch zu nennende Hang zur Maßlosigkeit bestimmt auch die in ihrer Art sicher ehrlichen und gründlichen Beiträge vieler Autoren bei uns!

Dr. de Zayas ist zu danken, daß er als unverdächtige Stimme, nämlich als Amerikaner nichtdeutscher Abstammung, zur Entkrampfung in der Diskussion beiträgt. Von ihm können wir lernen, die Beschäftigung mit sich selbst zu versachlichen, damit die Vergangenheit ohne Vorurteile betrachtet und die Gegenwart oder gar die Zukunft von ihr nicht beschlagnahmt wird.

Dr. Roland Vetter, Wiesbaden

Im Grunde ist diese Einzigartigkeitsthese noch viel unemenschlicher als die Behauptung einer Kollektivschuld, denn nach christlichem Verständnis kann jede Schuld durch Reue und Buße gesühnt werden. Die Behauptung, daß diese Verbrechen einzigartig seien aber ist ein Rückfall in die Justiz der Sieger von 1945, die

Wort des Tages

„Es ist keine Kunst, geistreich zu sein, wenn man vor nichts Respekt hat.“

Johann Wolfgang Goethe (1749-1832)

Personen

EHRUNGEN

Reinhold Vöth, Intendant des Bayerischen Rundfunks (BR), ist von Papst Johannes Paul II. für seine Verdienste um die katholische Kirche zum Komtur des Ritterordens des heiligen Gregorius ernannt worden.

Für ihre Verdienste um die Kriminalpolitik und die kriminologische Wissenschaft hat die Deutsche Kriminalwissenschaftliche Gesellschaft den früheren österreichischen Justizminister Dr. Christian Broda aus Wien und den amerikanischen Kriminalwissenschaftler Professor Dr. Albert G. Hess aus Florida mit der Beccaria-Medaille ausgezeichnet. Der Preis ist nach dem italienischen Strafrechtsreformer Cesare Beccaria benannt.

Der Joost-van-den-Vondel-Preis der Hamburger Stiftung F. V. S. ist für 1986 Professor Gilbert de Smet aus Gent in Belgien zugesprochen worden. Der 1960 gestiftete Preis ist mit 20 000 Mark dotiert und wird für hervorragende kulturelle Leistungen im nordniederländischen, flämischen und niederdeutschen Raum vergeben.

GEBURTSTAGE

Gerechnet hatte er damit nicht mehr. Schon mehrfach war Professor Ernst Raska, der am Donnerstag seinen 80. Geburtstag feiert, für den Physiknobelpreis vorgeschlagen worden. Es sei schon „sehr merkwürdig“, für eine vor über 50 Jahren gemachte Entdeckung den Nobelpreis zu bekommen, war einer seiner ersten Kommentare, als er von der Vergabe dieser höchsten wissenschaftlichen Auszeichnung an ihn erfuhr. Rund zwei Wochen vor seinem 80. Geburtstag nahm er am 10. Dezember aus der Hand des schwedischen Königs den Nobelpreis für die Entwicklung und Konstruktion des ersten Elektronenmikroskops entgegen. Das Elektronenmikroskop gilt als eine der wichtigsten Erfindungen dieses Jahrhunderts. Es hat heute seinen festen Platz in

der Medizin und Biologie und auch in der Festkörperphysik. Zu Beginn der Entwicklungsjahre glaubten nur wenige Wissenschaftler an seine Realisierung, bei den meisten stieß es auf Skepsis.

Der Ehrenpräsident des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), Otto Freiherr von Feury, feiert am Samstag seine 80. Geburtstag. Er, der über 20 Jahre lang die Geschicke



Otto Freiherr von Feury

des größten deutschen Landesbauernverbandes geleitet hat, fehlt heute noch auf kaum einer Präsidiumssitzung seines Verbandes. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt im Jahre 1977 ist sein Interesse an der Agrarpolitik so wenig erloschen wie das an der Bundes- und Landespolitik. Bodenständigkeit und Weltläufigkeit waren und sind diesem bedeutenden Repräsentanten der deutschen Landwirtschaft gleichermaßen eigen.

ERNENNUNG

Als Senior der deutschen Verfassungsschutzämter ging jetzt der Berliner Senatsschlichter Franz Natsch mit 63 Jahren in den Ruhestand. Sein Vorgesetzter, Innensenator Professor Wilhelm A. Kewenig, lehnte eine mögliche Hausberufung ab und gewann den bisherigen Verfassungsschutz als Nachfolger. Dr. Dieter Wagner (53), Präsident des Landesamtes in Stuttgart, Natsch war 33 Jahre beim Verfassungsschutz.

in Nürnberg keine Diskussion über Katyn, Dresden und die Vertreibungsverbrechen an Deutschen zuließen.

Diese amerikanische Stimme ist um so wichtiger, als es leider auch deutsche Staatsmänner und Politiker gibt, die immer nur von den Jahren 1933-1945 reden, als ob es davor 1918 kein Versailles gegeben hätte. Durch diesen Diktatfrieden wurde Deutschland schon einmal die Alleinschuld aufgebürdet, und ohne ihn hätte der Nationalsozialismus im deutschen Volk keine Chance gehabt.

Ich selbst gehöre noch zur Kriegsgeneration und glaube, daß von uns seither wohl genug Beweise dafür erbracht wurden, daß es uns um die Verurteilung der in jener Zeit begangenen Verbrechen ernst ist.

Dr. Walter Vorbach, Heidelberg

Sehr geehrte Herren, dem jungen Historiker Alfred Maurice de Zayas sei mitgeteilt, daß ein betagtes Relikt der Wehrmacht kein Verständnis dafür hat, wenn durch vielfältige Hinweise auf die Greuel in der Weltgeschichte die Singularität der Nazi-Verbrechen in Frage gestellt wird. Im großen Rückblick hat sich der erste Satz in dem berühmten Thomas-Mann-Essay „Brüder Hitler“ als ein Axiom erwiesen: „Der Bursche ist eine Katastrophe!“

Es ist nicht zu fassen, daß für den falschen Nachruhm dieser Kreatur Millionen Menschen qualvoll sterben mußten und große Teile Europas in Trümmer sanken. Das darf nie vergessen werden.

Deshalb sind solche Beiträge wie die des Historikers de Zayas der Entwicklung eines gesunden politischen Bewußtseins keineswegs dienlich!

Kurt Asendorf, Beppin/Thedinghausen

Gefahr Alkohol

„Trunkenheit am Steuer: Weniger Verurteilungen“, WELT vom 6. Dezember

Die Überschrift des Artikels erweckt leider vordergründig den Eindruck „Aha, es ist also gar nicht mehr so schlimm mit der Trunkenheit im Straßenverkehr“ – mit der voraussetzenden verheerenden Folge, daß sich dann wieder mehr Kraftfahrer gehen lassen werden, wenn es darum geht, nur nüchtern ein Fahrzeug im Straßenverkehr zu lenken.

Die Gefährlichkeit der Trunkenheit im Straßenverkehr wäre richtig gekennzeichnet worden, wenn als Überschrift der im Text stehende Satz gewählt worden wäre: „Jeder zweite verurteilte Verkehrsstraftäter war bei seiner Tat betrunken.“

Bitte helfen Sie uns – auch durch den Abdruck dieser Zuschrift – in unserem Kampf gegen das Delikt „Trunkenheit im Straßenverkehr“.

Franz Thiedemann, Bund gegen Alkohol im Straßenverkehr e. V., Hamburg

BERUFUNG

Die Medienpädagogin und Journalistin Imme de Haen (44) ist vom Vorstand des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik (GEP) zur neuen Leiterin der Fachabteilung Christliche Presse-Akademie (cpa) berufen worden. Die bisherige Leiterin, Verena Metzke-Mangold (40), übernimmt nach mehr als zehnjähriger Tätigkeit im Gemeinschaftswerk am 1. April 1987 die Leitung der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit beim Hessischen Rundfunk.

KIRCHE

Papst Johannes Paul II. hat den 57-jährigen Franc Perko zum neuen Erzbischof von Belgrad ernannt. Der Papst hat gleichzeitig das Rücktrittsansuchen des bisherigen Erzbischofs Alojz Turk angenommen. Perko, 1953 zum Priester geweiht, unterrichtet seit 1963 orientalische Theologie und Kirchenlehre in Laibach. Er spricht neben Slowenisch und Serbokroatisch auch Deutsch, Italienisch, Französisch, Englisch, Russisch und Griechisch.

GESTORBEN

In Köln ist kurz nach Vollendung seines 80. Geburtstages der frühere Direktor des Kölner Kunstgewerbemuseums, Erich Köllmann, gestorben. Er hat nicht nur große Verdienste um den Wiederaufbau der Kölner Sammlungen nach dem Krieg, sondern sich auch international als maßgebliche Experte mit zahlreichen Publikationen für Berliner Porzellan profiliert. Eine Überarbeitung seines großen Werkes über Berliner Porzellan stand unmittelbar vor der Vollendung.

Die politische Stimmungslage vor der Bundestagswahl am 25. Januar ist stabil. Wenn man Wahlabsichten und Kanzler-Präferenz nur von Woche zu Woche vergleicht, erkennt man fast keine Bewegung. Aber bei genauerem Hinsehen zeigen sich Verschiebungen, die langfristig Bedeutung haben können. - Dies ist der fünfte Bericht des WELT-Wahlbarometers. Er stützt sich auf wöchentliche Allensbacher Umfragen mit mehr als 1000 Interviews.

Die CDU legt im Norden und bei den Männern zu

Von ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Die erste Halbzeit des Wahlkampfes ist vorbei. Das Bild, das die WELT seit November Woche für Woche gezeichnet hat, kann jetzt zusammengefasst werden.

Die Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP haben bei der Zweitstimmenvorwahlabsicht der Bevölkerung ihren Anteil von 52,9 auf 55,4 Prozent gesteigert. Die Grünen hielten ihren Anteil zweistellig nahezu konstant, 10,0 Prozent am Beginn der Beobachtungszeit, jetzt 10,8 Prozent. Der ganze Zugewinn der Koalitionsparteien wurde der SPD abgenommen, die von 36,6 Prozent auf 33,4 Prozent zurückfiel (Tabelle 1).

Bei den Koalitionsparteien hat vor allem die FDP profitiert, die mit leichtem Auf und Ab von 8,4 auf 8,5 Prozent Zweitstimmanteil gestiegen ist.

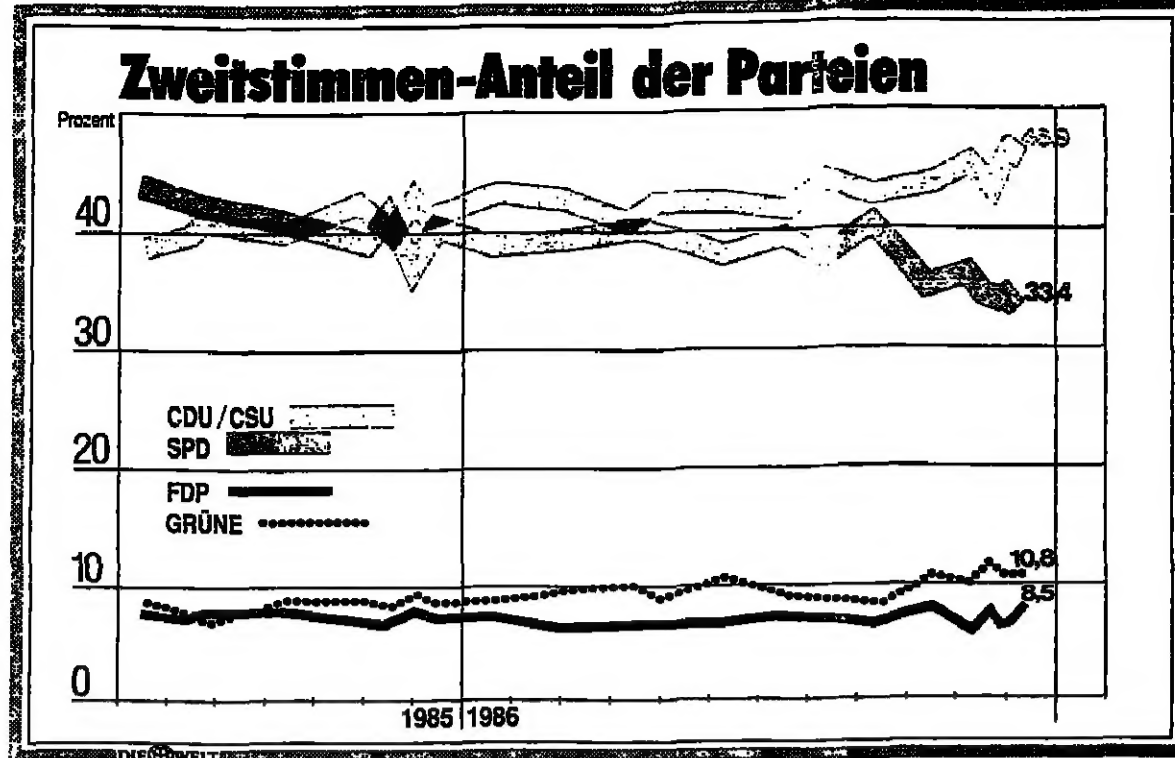
Von einem Höhenflug der CDU/

Wenn Sie die ersten Beiträge von Elisabeth Noelle-Neumann versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54/10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

CSU mit Aussicht auf eine absolute Mehrheit ist noch immer nichts zu erkennen. Aber gekräftigt ist die Union, vor allem, wenn man an 1985 und das erste Halbjahr 1986 denkt, als ihr Zweitstimmanteil zwischen 43 und 49 Prozent lag, während er jetzt um 47 Prozent beträgt.

Bei welchen Wählergruppen hat sich die CDU/CSU verbessert? Überwiegend da, wo sie eher auf kritische Wähler stößt: Sie hat sich verbessert bei Männern, nicht bei Frauen (Tabelle 2); eher in Norddeutschland (Tabelle 3), eher bei jungen Leuten mit höherer Schulbildung, so daß die CDU/CSU in dieser Wählergruppe jetzt die SPD übertrifft und hat sogar die Grünen, die bei jungen Leuten mit höherer Schulbildung gute Chancen hatte, stärkste Partei zu werden (Tabelle 4); schließlich bei kirchennahen Protestanten (Tabelle 5).

Eine Tendenz der Wähler, die Zweitstimme der FDP zu geben, zeigt sich vor allem bei kirchennahen Katholiken und Protestanten. Stetig wächst hier die Absicht, FDP zu wählen. Es ist nicht schwer zu entnehmen, daß es sich für diese Wähler



darum handelt, die Koalition zu stützen, also der FDP über die Fünf-Prozent-Hürde zu helfen (Tabelle 5). Die kalkulierenden Wähler haben verstanden, daß die Zweitstimme der FDP hilft. Bei der einfachen „Sonntagsfrage“, bei der man sich, ohne von Erst- oder Zweitstimme zu reden,

Dabei wirkt besonders irritierend, daß die meisten Wähler seit 1983 wieder vergessen haben, welche Bedeutung die Zweitstimme eigentlich hat. Auf die Frage: Wissen Sie, welche Stimme für die Stärke der Parteien im Bundestag den Ausschlag gibt: die Erststimme oder die Zweitstimme, oder sind beide gleich wichtig? antworten nur 33 Prozent richtig: „Auf die Zweitstimme kommt es an.“ Kaum besser sieht es bei den Wählern aus, die ausdrücklich sagen, daß sie ihre Stimme splitten wollen: Auch unter ihnen wissen nur 34 Prozent über die

Überblickt man die Entwicklung in der ersten Halbzeit des Wahlkampfes, so fällt auf, daß die Absicht, bestimmt wählen zu gehen, stetig abnimmt: Anfang November erklärten noch 72 Prozent der Befragten, sie würden „ganz gewiß wählen gehen“. Mitte November gaben nur 70 Prozent diese Antwort und Anfang Dezember nur noch 68 Prozent.

Ob das mit Weihnachten zu tun hat oder auch mit der weit verbreiteten Überzeugung, die bisherige Regierungskoalition werde siegen? (Anfang Dezember rechneten 69 Prozent damit, daß CDU/CSU und FDP zusammen die meisten Stimmen bekommen, nur 11 Prozent erwarteten einen Sieg von SPD und Grünen.) Die Antwort auf diese Frage werden wir Anfang Januar erhalten.

Am nächsten Dienstag lesen Sie in der WELT:

Politiker-Profile und Partei-Profile - Ist Bangemann in den Augen der Wähler der beste FDP-Chef oder wer wäre der beste? - Soll Strauß nach Bonn? - Wenn ja: Welche Aufgabe sollte er dort übernehmen?

WELT ? Wahlbarometer

nur erkundigt: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, wie würden Sie wählen?“, entfallen nur 4,6 Prozent Stimmen auf die FDP.

Aus den 4,6 Prozent werden erst dann 8,5 Prozent, wenn man das Thema Zweitstimme und Zweitstimme anspricht und ausdrücklich nach der Zweitstimmenvorwahlabsicht fragt.

Bedeutung der Zweitstimme Bescheid (Tabelle 6).

Bis Mitte Dezember hatten sich die Stärkeverhältnisse zwischen Kohl und Rau nicht wesentlich verschoben. Kohl liegt als bevorzugter Kanzler mit einer klaren Führung von sieben bis acht Prozent vor Rau (Graphik auf Seite 1).

3. SPD verliert in Nordrhein-Westfalen, CDU verbessert sich in Norddeutschland

| | Norddeutschland | | | NRW | | | Südwest | | | Bayern | | |
|----------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | 29.10.-10.11.1986 | 14.11.-25.11.1986 | 28.11.-09.12.1986 | 29.10.-10.11.1986 | 14.11.-25.11.1986 | 28.11.-09.12.1986 | 29.10.-10.11.1986 | 14.11.-25.11.1986 | 28.11.-09.12.1986 | 29.10.-10.11.1986 | 14.11.-25.11.1986 | 28.11.-09.12.1986 |
| Zweitstimm-Anteil: % | | | | | | | | | | | | |
| CDU/CSU | 41,0 | 42,7 | 44,7 | 40,9 | 43,4 | 42,9 | 48,8 | 46,9 | 48,8 | 57,4 | 53,7 | 55,8 |
| FDP | 6,3 | 9,2 | 7,9 | 5,9 | 6,3 | 6,9 | 8,2 | 8,6 | 4,8 | 5,4 | 7,0 | 7,0 |
| SPD | 41,4 | 37,8 | 36,2 | 43,6 | 38,6 | 38,4 | 34,1 | 31,4 | 31,3 | 24,4 | 30,4 | 29,3 |
| Grüne | 10,5 | 10,1 | 10,9 | 9,6 | 11,3 | 10,8 | 8,5 | 13,1 | 11,0 | 12,6 | 10,1 | 8,5 |

5. Bei kirchennahen Wählern wächst die Neigung zur FDP

| | Protestanten | | | Katholiken | | |
|----------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | Kirchennah | Kirchenfern | Kirchenfern | Kirchennah | Kirchenfern | Kirchenfern |
| | 29.10.-10.11.1986 | 14.11.-25.11.1986 | 28.11.-09.12.1986 | 29.10.-10.11.1986 | 14.11.-25.11.1986 | 28.11.-09.12.1986 |
| Zweitstimm-Anteil: % | | | | | | |
| CDU/CSU | 47,1 | 46,9 | 51,3 | 31,3 | 30,2 | 33,3 |
| FDP | 6,1 | 8,3 | 9,3 | 8,4 | 7,7 | 8,3 |
| SPD | 41,1 | 37,1 | 32,0 | 48,4 | 45,3 | 43,8 |
| Grüne | 4,9 | 7,5 | 7,4 | 11,9 | 16,2 | 13,4 |

1. Die Koalition baut ihren Vorsprung aus

| | 29.10.-10.11.1986 | 14.11.-25.11.1986 | 21.11.-25.11.1986 | 28.11.-09.12.1986 | 09.12.-1986 |
|---------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------|
| Zweitstimm-Wahlabsicht: % | | | | | |
| CDU/CSU | 46,5 | 45,2 | 47,2 | 48,0 | 48,9 |
| FDP | 6,4 | 8,2 | 6,5 | 6,9 | 8,5 |
| CDU/CSU und FDP zusammen | 52,9 | 53,4 | 53,7 | 54,9 | 55,4 |
| SPD | 36,6 | 34,6 | 34,7 | 35,0 | 33,4 |
| Grüne | 10,0 | 11,7 | 11,2 | 10,0 | 10,8 |

2. CDU/CSU gewinnt bei Männern, Grüne gewinnen bei Frauen

| | Männer | | | Frauen | | |
|---------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | 29.10.-10.11.1986 | 14.11.-25.11.1986 | 28.11.-09.12.1986 | 29.10.-10.11.1986 | 14.11.-25.11.1986 | 28.11.-09.12.1986 |
| Zweitstimm-Wahlabsicht: % | | | | | | |
| CDU/CSU | 45,2 | 47,2 | 49,5 | 47,5 | 45,4 | 45,5 |
| FDP | 5,1 | 8,0 | 7,6 | 4,8 | 5,8 | 7,8 |
| SPD | 37,8 | 36,1 | 34,0 | 35,8 | 33,3 | 34,4 |
| Grüne | 10,3 | 8,5 | 8,5 | 9,7 | 14,1 | 12,1 |

4. Der Kampf um die jüngeren Wählergruppen

| | Unter 30-jährige mit Volksschul-Abschluß | | | Höherem Schulbesuch | | |
|---------------------------|------------------------------------------|-------------------|-------------------|---------------------|-------------------|-------------------|
| | 29.10.-10.11.1986 | 14.11.-25.11.1986 | 28.11.-09.12.1986 | 29.10.-10.11.1986 | 14.11.-25.11.1986 | 28.11.-09.12.1986 |
| Zweitstimm-Wahlabsicht: % | | | | | | |
| CDU/CSU | 35,2 | 32,2 | 30,2 | 27,6 | 31,7 | 35,9 |
| FDP | 7,8 | 4,8 | 8,3 | 5,9 | 6,2 | 8,8 |
| SPD | 39,8 | 43,6 | 37,9 | 36,8 | 29,0 | 30,9 |
| Grüne | 19,4 | 18,9 | 19,8 | 29,9 | 32,8 | 24,6 |

6. Bei der Bundestagswahl kommt es ja vor allem darauf an, wieviele Abgeordnete eine Partei in den Bundestag bringt. Wissen Sie zufällig, welche Stimme für die Stärke der Parteien im Bundestag den Ausschlag gibt: die Erststimme oder die Zweitstimme, oder sind beide gleich wichtig?

| | Vor der Bundestagswahl 1983 | | Vor der Bundestagswahl 1987 | |
|----------------------|-----------------------------|-----------------------------------------|-----------------------------|-----------------------------------------|
| | Wahlberechtigte insgesamt | Wähler, die ihre Stimme splitten wollen | Wahlberechtigte insgesamt | Wähler, die ihre Stimme splitten wollen |
| Ausschlaggebend ist: | | | | |
| Zweitstimme | 63 | 33 | 34 | |
| Erststimme | 10 | 24 | 29 | |
| Beide gleich wichtig | 19 | 32 | 27 | |
| Weiß nicht | 8 | 11 | 10 | |

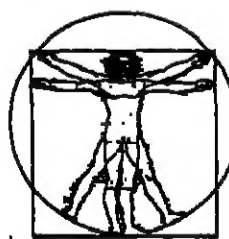
NOTIZEN

Vogel des Jahres

Bonn (dpa) - Eine positive Bilanz hat der Deutsche Bund für Vogelschutz (DBV) für die Rettung der Sackkrähe, „Vogel des Jahres 1986“, gezogen. Wie der Verband gestern in Bonn mitteilte, sei es den etwa 1000 Ortsgruppen des DBV gelungen, für die verbleibenden 18 000 Brutpaare Baumstämme als Nistplätze zu erhalten. Rabenvögel hätten als „Gesundheitspolizei“ wichtige Aufgaben im Naturhaushalt.

Weniger Industriemüll

Wiesbaden (dpa) - Die Menge des Mülls, der von der Industrie deponiert oder verbrannt wird, ist leicht zurückgegangen. Nach vorläufigen Ergebnissen, die das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden veröffentlichte, wuchs der Abfallberg aus der Produktion



und aus Krankenhäusern 1984 verglichen mit 1983 zwar um 4,6 Millionen Tonnen auf 196 Millionen Tonnen an. Davon wurden aber fünf Millionen Tonnen mehr als 1982 weiterverarbeitet oder wiederverwendet. Damit fielen 1984 400 000 Tonnen weniger Abfall an als zwei Jahre zuvor.

Aids in der DDR

Ostberlin (tr) - Die DDR hat der Weltgesundheitsorganisation (WHO) das erste Aids-Opfer gemeldet. Gestern hieß es, der junge Mann, der an Hämophilie (Bluterkrankheit) gelitten habe, sei Anfang des Monats an der Immunschwäche verstorben. Ein klinischer Fall von Aids aus der DDR war bislang nicht bekannt, obwohl nach offiziellen Angaben das Aids-Virus bereits bei etwa einem Dutzend Menschen nachgewiesen werden konnte. In der DDR ist Aids meldepflichtig.

Durch den Einsatz von über zweihundert Kläranlagen ist es in der Bundesrepublik gelungen, die Konzentration von Phosphaten in den Abwässern deutlich zu reduzieren. Damit ist aber nur ein Teil der Probleme gelöst: Was geschieht mit den Abfällen im Klärschlamm?

Wie man aus Schlamm nützliche Rohstoffe zurückgewinnen kann

Von ARNO NÖLDECHEN

Phosphate im Klärschlamm, die aus Waschmittel-Resten und natürlichen Quellen stammen, können als Düngestoffe für die Landwirtschaft und als Rohstoffe für die chemische Industrie weiterverwendet werden. Prinzipiell gibt es zwei unterschiedliche Verfahren, um Phosphate aus den Abwässern zu entfernen: ein Fällungsverfahren durch Zugabe von Eisen- oder Aluminiumsalzen sowie die biologische Aufbereitung.

Beide Verfahren führen zu einer Wasserqualität, die den vorgegebenen Normen (ein bis zwei Milligramm Phosphat pro Liter) entspricht. Verfahrenstechnisch ist die biologische Weg zwar mittelfristig kostengünstiger, aber bei großen Schwankungen der Phosphatkonzentration im Abwasser oder in den Wintermonaten wird die Norm überschritten. Die Gründe sind bislang nur unzureichend erforscht, da die Zusammenhänge der abbauenden Kleinlebewesen (Bakterien, Pilze, Algen, Würmer) schwer zu verfolgen ist.

So entdeckten beispielsweise Mikrobiologen der amerikanischen Cornell University kürzlich, daß im Abwasser lebende Einzeller (Protozoen) die Bakterien nicht an die abzubauenen Stoffe heranlassen oder sie sogar verzögerten Abbau der Schlammstoffe. Professor Ivan Sekoulov (Hamburg), der sieben biologische Kläranlagen in Norddeutschland untersucht, ist der Auffassung, daß auch der Einfluß von Tageslicht eine wichtige Rolle spielt. Wenn der Abbau phosphatreicher Abwässer in den frühen Morgenstunden begonnen werden kann, funktioniert die Phosphatent-sorgung zufriedenstellend.

Demersprechend können sich die kommunalen Kläranlagen der billige-

ren biologischen Verfahren bedienen, solange die Normmengen eingehalten werden. Erst bei ihrer Überschreitung ist es erforderlich, auf die chemischen Behandlungsverfahren zurückzugreifen. Die Kombination von biologischem und chemischem Abbau hält die Kosten in vertretbaren Grenzen. Sie können aber völlig wegfallen, wenn es gelingt, aus dem Klärschlamm verkäufliche Wertstoffe zurückzugewinnen.

Hierzu gibt es zahlreiche ermutigende Lösungen, die bereits in einigen Kläranlagen erprobt werden: die Verbrennung zur Energiegewinnung, die Pyrolyse zur Ölgewinnung oder aber auch die Rückgewinnung von Phosphaten, die wieder als Dünger oder als Chemierohstoff benutzt werden können.

Der hohe Phosphatanteil im Klärschlamm macht seine Anwendung als Dünger sinnvoll. Es gibt allerdings zahlreiche Landwirte, die wegen der Schwermetalle, die in Klärschlämmen vorhanden sind, zögern, ihn als kostengünstigen Dünger auf die Felder zu streuen. Es wäre wünschenswert, wenn nachgewiesen werden könnte, ob aufgebrauchte Schwermetallreste eine Gefährdung für die Nahrungskette darstellen.

Auch der Hinweis, daß Pflanzen einige dieser Metalle als Spurenelemente dringend benötigen, ist bis jetzt weder quantitativ noch qualitativ erforscht. So gehört beispielsweise Cadmium zu den wichtigsten Gärungsfaktoren in Champignons. Es kann aber vom menschlichen Organismus weder verdaut noch in sich aufgenommen werden.

Daher scheint auch einem großen Teil umweltbewusster Bürger eine Verarbeitung von Giftstoffen aus den Klärschlämmen als die derzeit beste Lösung des Problems. Die Verbrennung läßt sich relativ einfach bewerkstelligen, obwohl zur Zündung



Trotz der Klärwerke fließen immer noch erhebliche Phosphatmengen in die Gewässer, wie hier am Einfluß der Escher in den Rhein FOTO: DIE WELT

und zum Dauerbetrieb Kohlenstaub oder Heizöl zugegeben werden muß. Leider reicht bei den meisten derartigen Verbrennungsanlagen der Energiegehalt des Schlammes zur Stromerzeugung nicht aus. Im günstigsten Fall können die Kosten zwischen dem zusätzlichen Aufwand und der erwirtschafteten Energie ausgeglichen werden. Allerdings bleibt das Problem mit den anfallenden Aschen, die nur ganz selten zu Wertmetallen aufgearbeitet werden können: sie müssen schließlich doch deponiert werden.

Vielversprechender scheint es hingegen, mittels Pyrolyse Heizgas, Öle

oder andere wiederverwendbare Chemierohstoffe zurückzugewinnen. Nicht minder interessant ist eine Verfahrenstechnik, die Techniker der deutschen und niederländischen Hoechst AG herausgefunden haben: Fall können die Kosten zwischen dem zusätzlichen Aufwand und der erwirtschafteten Energie ausgeglichen werden. Allerdings bleibt das Problem mit den anfallenden Aschen, die nur ganz selten zu Wertmetallen aufgearbeitet werden können: sie müssen schließlich doch deponiert werden.

Eine entsprechende Pilotanlage wird im kommenden Jahr in Holland in Betrieb gehen. Sie soll das Abwasser einer etwa 10 000 Einwohner zählenden Landgemeinde aufarbeiten.

Geladener Lückenbüßer

Batterie-Speicher ersetzt in Berlin veraltete Generatoren

Von RICHARD SCHWALBE

Die erste Batteriespeicheranlage der Welt für ein Stromnetz hat jetzt in Berlin ihren Betrieb aufgenommen. Sie gleicht mit mehr als 7000 Akkumulatorzellen Schwankungen aus, die das An- und Abschalten elektrischer Geräte im Netz bewirken. Der Batteriespeicher ersetzt mehrere veraltete Stromgeneratoren in den Berliner Kraftwerken. Von deren Stilllegung versprechen sich die Planer eine verminderte Luftbelastung in Berlin und eine wirtschaftlichere Netzregelung.

Generatoren überflüssig

Die in der Bundesrepublik übliche Wechselspannung von 220 Volt hat eine Frequenz von 50 Schwingungen in der Sekunde. Das bedeutet, daß sich in der Steckdose Plus- und Minuspol 50 Mal in der Sekunde umkehren. Diese Frequenz kommt durch eine entsprechend hohe Drehzahl der Stromgeneratoren in den Kraftwerken zustande.

Höherer Stromverbrauch, beispielsweise beim Einschalten der Straßenbeleuchtung, bremst nach den physikalischen Gesetzen die Generatoren. Geringerer Verbrauch beschleunigt sie entsprechend. Die Schwankungen müssen deshalb durch höhere oder geringere Stromproduktion ausgeglichen werden. Dafür schaltete man bisher weitere Generatoren zu, oder - bei sinkendem Verbrauch - auch ab.

Das erfordert einen großen technischen Aufwand, da die tonnenschweren Generatoren sich nicht in beliebig kurzer Zeit in Schwung bringen lassen. Batterien besitzen dagegen den Vorteil, nach dem Anschalten den Strom sofort in der gewünschten Stärke zu liefern oder ihn aufnehmen zu können.

Die Frequenzregelung mit Batterien wird jetzt erstmals im Berliner Kraftwerk Stieglitz erprobt. Der Batteriespeicher, der in einem eigenen zweigeschossigen Gebäude untergebracht ist, besteht aus insgesamt fast 1500 Einzelbatterien zu je fünf Zellen. Die damit erzeugte Spannung beträgt 1180 Volt. Sinkt die Frequenz auf einen kritischen Wert ab, so schaltet eine elektronische Steuerung die Batterien an das Netz. Der in den Akkumulatoren gespeicherte „Saft“ ersetzt

damit den Strom aus einem zusätzlichen Generator.

Umgekehrt können die Batterien beim Ansteigen der Frequenz automatisch aus dem Netz aufgeladen werden. Sie übernehmen dann die Funktion eines zusätzlichen Stromverbrauchers. Sind die Batterien zu mindestens 90 Prozent geladen, stellen sie bis zu 15 Minuten lang über 1000 Ampere bereit. In dieser Zeit kann eine der schnellstartenden Gasturbinen auf volle Leistung gebracht werden. Regelturbinen, die bisher im Leerlauf - aber mit vollem Brennstoffverbrauch - zur Überbrückung dieses Zeitraums mitleiden mußten, sind so überflüssig geworden. Bei Störungen im Netz läßt sich die Leistung des Speichers sogar kurzzeitig noch steigern, so daß er dann auch die Funktion eines Notstromaggregats übernehmen kann.

Als Batterien verwendet man in Berlin Bleiakumulatoren, die ähnlich wie die viel kleineren Fahrzeugbatterien arbeiten. Ein automatisches Wassernachfüllsystem und ein besonders großer Auffangraum für den entstehenden Batterieschlamm machen die ganze Anlage fast wartungsfrei.

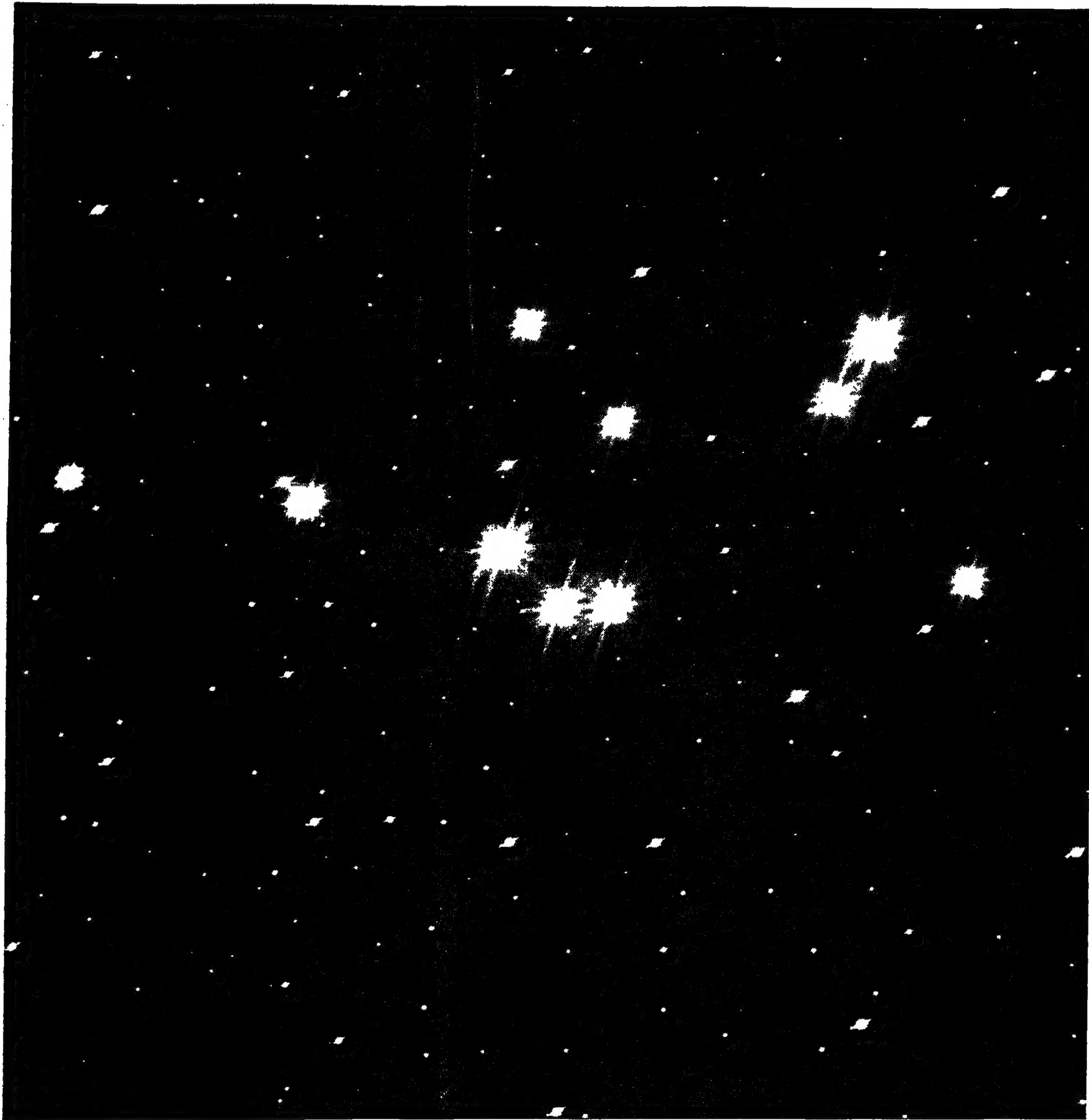
Das Berliner Stromversorgungsunternehmen Bewag will deshalb jetzt die bisher zur Frequenzregelung eingesetzten Generatoren abschalten. Sie sind technisch veraltet und erfordern neben einem hohem Bedienungsaufwand auch eine intensive Wartung. Außerdem können in die zugehörigen Kessel keine Filter zur Abgasreinigung eingebaut werden.

Kostengünstiger Betrieb

Weil Berlin nicht an das Stromverbundnetz der Bundesrepublik angeschlossen ist, lassen sich die alten Generatoren, wie sonst üblich, nicht durch den Stromtausch mit benachbarten Versorgungsgebieten ersetzen.

Der 25 Millionen Mark teure Batteriespeicher arbeitet wesentlich billiger als eine vergleichbare Kraftwerkseinheit. Bei positiven Erfahrungen will man daher in Berlin weitere ähnliche Anlagen bauen. Interesse haben inzwischen auch schon andere Stromversorger angemeldet. Inselnetze wie in Berlin gibt es beispielsweise auch in Singapur, Hongkong und in Israel.

**Über 15 Millionen Fluggäste 1986
sind ein schönes Kompliment.
Wir danken für Ihr Vertrauen.**



 **Lufthansa**

Kardinal Joseph Höffner wird morgen 80 Jahre alt / In einem WELT-Interview äußert er sich zu Fragen der Zeit

„Vielleicht haben wir in den letzten Jahren zu viel diskutiert und genörgelt“

Herr Kardinal, Sie sind kurz vor Ihrem 80. Geburtstag in 14 Tagen um die Welt gereist. Mit Ihrer Konstitution haben Sie jüngere Reisebegleiter verblüfft. Ganz schlicht die Frage: Wie schaffen Sie das?

Höffner: Gott hat mir die entsprechenden Voraussetzungen bis ins hohe Alter hinein geschenkt. Dafür bin ich sehr dankbar. Ich habe diese Reise in Hoffnung und großer Zuversicht angetreten. Man kann selbst dazu beitragen, daß ein solches Programm bewältigt wird. Hier spielt der Schlaf, die richtige Ernährung, aber auch eine innere Gelassenheit eine große Rolle.

Ihre Äußerungen in Mittelamerika sind hierzulande stark beachtet worden. Aussagen wie die, arme Länder bräuchten ihre Schulden bei reichen Industrieländern nicht zurückzahlen, wenn es für sie unzumutbar sei, haben Verwunderung erregt. Die gängige Einschätzung: Ansichten, die man in Mittelamerika vom Vorsitzenden der Bischofskonferenz der als überwiegend „konservativ“ eingestuften Kirche in Deutschland nicht erwartete. Resultieren diese Bemerkungen aus dem Eindruck vor Ort, oder sind sie Bestandteil Ihrer politisch-ökonomischen Philosophie?

Höffner: Was ich in den einzelnen Ländern gesagt habe, ist natürlich in die konkrete Lage vor Ort hineingesprochen. Andererseits finden sich aber viele grundsätzliche Aussagen und Überlegungen in meiner vor mehr als zwanzig Jahren erschienenen „Christlichen Gesellschaftslehre“ wieder. Das hängt damit zusammen, daß die christliche Soziallehre normative Vorgaben kennt, die dann konkretisiert werden müssen. Die Unverzichtbarkeit des „normativen Charakters“ der christlichen Gesellschaftslehre wird immer deutlicher und bestärkt die Glaubwürdigkeit kirchlicher Aussagen.

Die „Befreiungstheologie“ hat Sie in den vergangenen Jahren stark beschäftigt. Sind Sie während Ihrer jüngsten Reise zu einer anderen Bewertung gekommen?

Höffner: Es gibt mittlerweile verschiedene „Theologien der Befreiung“. Sofern diese Formen auf dem Fundament der christlichen Gesellschaftslehre beruhen, sind sie legitim und notwendig. Auch wenn die Theologie der Befreiung kein einheitliches System darstellt, sondern in verschiedene Richtungen gespalten ist, läßt sich doch ein gemeinsames Anliegen erkennen: Befreiung wird an erster Stelle als Errettung der ausgebeuteten Armen aus gesellschaftlicher Unterdrückung verstanden. Im Hinblick auf das Heilswerk Jesu Christi ist diese Ausrichtung nicht unbedenklich. Es droht die Gefahr, die gültigen Maßstäbe zu verlieren. Jesus Christus hat uns durch sein Leiden und Sterben von der Sünde erlöst und durch seine Auferstehung den Tod überwunden. Er hat allen, nicht einer bestimmten gesellschaftlichen Klasse, das Heil gebracht. Der Glaube an den Auferstandenen ist befreiend, freilich nur dann, wenn er rein und unverfälscht verkündigt wird und von fremden, etwa marxistischen Einschüben, frei bleibt. Letztlich geht es also um die grundlegende Frage, wie sich die Theologie der Befreiung zur Soziallehre der Kirche verhält; denn auch der Katholik der Soziallehre geht es um die Würde und Freiheit des Menschen. Die Verfechter der Theologie der Befreiung haben oftmals ein gestörtes Verhältnis zur Soziallehre der Kirche. Es kümmert sie wenig, daß die Soziallehre der Kirche vom authentischen Lehramt verkündigt wird, während es sich bei der Theologie der Befreiung um die privaten Äußerungen etlicher Professoren handelt. Die Autorität der Soziallehre der Kirche ist aber qualitativ eine andere als die der Professoren.

Es heißt, Sie haben auch gegen den Rat von Kardinal Ochoy Bravo das Gespräch mit dem Staatspräsidenten Nicaraguas, Ortega, gesucht. Wollten Sie damit ein Zeichen setzen, daß noch nicht alle Möglichkeiten des Dialogs mit der sandinistischen Führung verschüttet sind?

Höffner: In allen Ländern habe ich immer ohne Einschränkung das Programm der dortigen Bischofskonferenz übernommen, deren Gast ich war. Es ist für mich überhaupt nicht denkbar, einen solchen Besuch gegen den Willen von Kardinal Ochoy zu machen. Meine Reise in die verschiedenen Länder hatte zum Ziel, ein persönliches Zeichen der Solidarität mit den Kirchen in Lateinamerika zu setzen. Weiter ging es darum, Eindrücke vor Ort zu gewinnen und mich zur Kollegialität mit den Bischöfen zu bekennen. In Nicaragua ist das Leben der Kirche sehr stark behindert. Der Radiosender ist verboten, es gibt keine Kirchenzeitung, die sandinistische Jugendverbände sind antikirchlich ausgerichtet. Hinzu kommt die Ausweisung vieler Priester und des Bischofs Vega. Der Versuch des Regimes, die Kirche zu spalten, ist nicht zu übersehen. Ich habe aber die feste Überzeugung gewonnen, daß die Kirche selbst stark genug ist, die Einschränkungen und Bedrohungen zu bestehen. Das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit steht treu auf Seiten der Kirche. In der Zukunft wird es für diesen Land darauf ankommen, daß der Dialog zwischen Staat und Kirche fortgesetzt wird. Bisher sind von Seiten der Regierung leider keine konkreten Schritte erfolgt, weil zuerst das grundsätzliche

Verhältnis geklärt werden soll. Es war nicht zu übersehen, wie sehr das nicaraguanische Volk darunter leidet, in den Ost-West-Konflikt hineingezogen zu sein. Sein sehnlichster Wunsch ist es, einen eigenen Weg frei von äußeren Einflüssen zu gehen. So wird es beispielsweise abgelehnt, daß Schulkinder zur Ausbildung nach Kuba geschickt werden, weil man eine Indoktrinierung befürchtet.

1986 war ein Jahr bitterer Erkenntnisse: Stichwort Challenger, Tschernobyl, Umweltkatastrophen am Rhein...

Höffner: Die wissenschaftliche und technische Beherrschung der Natur ist lange Zeit als großartige Leistung des menschlichen Geistes gerühmt worden. Wissenschaft und Technik,

und Gegensätzlichkeit der Anschauungen über letzte Lebensfragen stürmt auf die Menschheit ein. Auf dem Markt der Lebens- und Weltdeutungen herrschen reges Angebot und lebhaft Nachfrage, aber noch größerer Verschleiß. Aufgabe der Kirche ist es, in der Welt gegenwärtig zu sein, sich mit der Welt einzulassen. Dies ist von jeher für die Kirche ein Wagnis gewesen. Dabei verstehe ich Wagnis im Doppelsinn einer Entscheidung, die zur Gefährdung, aber auch zur Befreiung führen kann; Wagnis ist zugleich Chance. Die Kirchenfremden werden nur dann zurückgewonnen werden können, wenn von den Kerngemeinden eine missionarische Kraft ausgeht. Eine Zelle der Erneuerung muß vor allem die katholische Fam-

liche Tötung. Der Arzt wird dem sterbenden Patienten durch menschliche Zuwendung helfen und seine Schmerzen lindern. Er ist nicht verpflichtet, Maßnahmen der Lebensverlängerung durchzuführen, wenn der Tod nach ärztlicher Erkenntnis sicher bevorsteht. In besonderer Weise ist heute also die ärztliche Ethik gefordert, wenn es sich um Fragen des Beginns und um das Ende des menschlichen Lebens handelt.

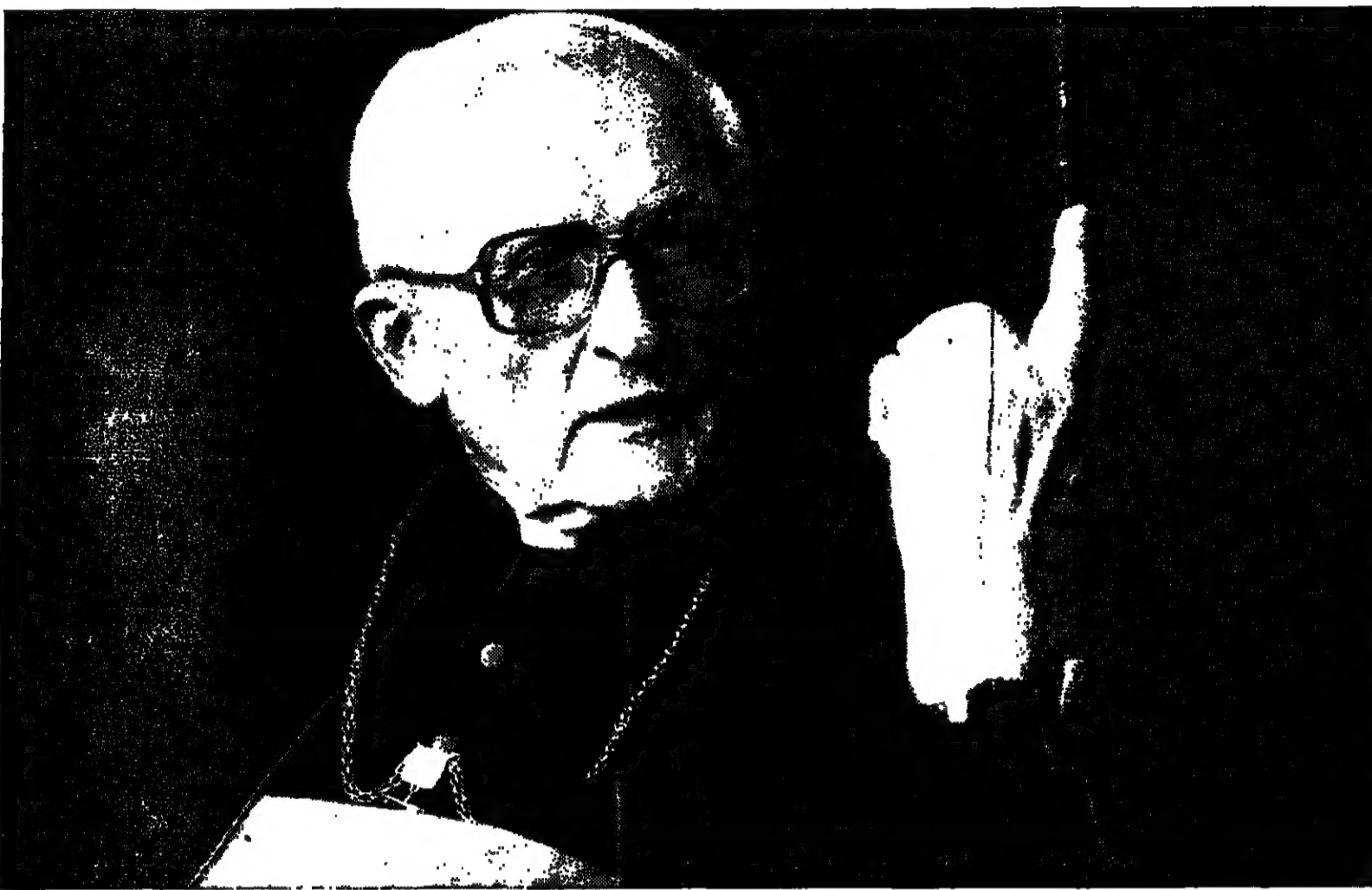
Die Diskussion um die Gen-Technologie hat auch die politische Ebene erreicht. Wo müssen die Politiker hier Grenzen markieren?

Höffner: Auch für die politisch Handelnden gilt die ethische Einsicht: „Der Mensch darf nicht alles machen, was er machen kann.“ Nach dem beu-

nis zwischen den Staaten. Der Friede verwirklicht sich nach christlichem Verständnis als Friede mit Gott, als Friede im eigenen Herzen und als Friede unter den Menschen. Wie ist Ihr Standpunkt in der Diskussion um ein „Friedenskonzept“, wie es evangelischer Seite angeregt worden ist?

Höffner: In der Tradition der katholischen Kirche ist der Begriff des Konzils mit spezifischen Inhalten gefüllt. Dieser Begriff läßt sich nicht auf andere Zusammenkünfte übertragen, da bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Mit seiner Einladung an die Vertreter aller christlichen Konfessionen und an die Repräsentanten der Weltreligionen durch Papst Johannes Paul II. zu einem Ge-

Unter den 145 Kardinälen der Weltkirche nimmt er einen hochgeachteten Platz ein: Der Theologe und Wirtschaftswissenschaftler Joseph Höffner vollendet morgen sein 80. Lebensjahr. Der Bauernsohn aus dem Westerwald, einer der Väter der dynamischen Rente, ist Erzbischof von Köln und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Mit Höffner sprach Gernot Facius



so meinten viele, hätten die Zauberkraft gefunden, mit der alle Rätsel der Natur und des Menschen gelöst werden könnten.

Inzwischen wird der Stolz auf den technischen Fortschritt mehr und mehr von der Angst vor seinen Folgen verdrängt. Es zeigt sich, daß die für das technische Zeitalter charakteristische Art und Weise der Beherrschung der Natur im Grunde auf einem gestörten Verhältnis zur Natur beruht.

Um nicht mißverstanden zu werden: die katholische Kirche ist keineswegs technikfeindlich, sie verschließt auch nicht die Augen vor wirklichem Fortschritt. Doch die Kirche muß vor Grenzüberschreitungen warnen, die dem Menschen nicht zu stehen. Wissenschaft und Technik müssen Diener des Menschen sein;

„Die Menschen erkennen immer mehr, daß sie nicht alles tun dürfen, was sie tun können. Sie haben erkannt, daß es unüberschreibbare Grenzen gibt. Hierin kann der Ansatz eines Bewußtseinswandels liegen.“

der Mensch darf nicht zu ihrem Sklaven werden. Entscheidend ist, ob es gelingt, das gestörte Verhältnis der Menschen zur Natur zu überwinden. Die Natur ist – wie auch der Mensch – Gottes Geschöpf; in ihr erkennen wir „Gottes Spur“. Gott liebt seine Schöpfung. Deshalb darf auch der biblische Auftrag, der Mensch mache sich die Erde untertan, nicht so verstanden werden, als dürfe der Mensch die Natur „vergewaltigen“ und sie ausbeuten. Mensch und Natur bedürfen eines partnerschaftlichen Verhältnisses, das auf gegenseitiger Achtung beruht. Die Heilige Schrift mahnt uns, die Erde nicht zu zerstören, sondern zu „bauen und zu hüten“.

Erkennen Sie einen Bewußtseinswandel, der auch zu einer Wiederbelebung religiös-sittlicher Haltung führen kann?

Höffner: Die Menschen erkennen immer mehr, daß sie nicht alles tun dürfen, was sie tun können. Sie haben erkannt, daß es unüberschreibbare Grenzen gibt: Grenzen der Technik, Grenzen des Fortschritts, Grenzen des Konsums. Hiernach kann der Ansatz eines Bewußtseinswandels liegen. Charakteristisch für unsere Zeit scheint mir die „totale Diskussion“ zu sein. Vor keinem überkommenen Wert hält man, sondern alles erörtert und in Frage stellt, was bisher als heilig galt. Eine verwirrende Vielfalt

te weithin geltenden Wissenschaftsverständnis soll die Wissenschaft „wertfrei“ sein, woraus man folgert, daß Werte und Normentscheidungen nicht zum Inhalt des wissenschaftlichen Prozesses gehören. Hier zeigt sich ein fundamentales Problem: Wissenschaft, die eine Beherrschung des von ihr erschlossenen Bereichs gestattet und es zugleich ausdrücklich ausschließt, die regelnden sittlichen Normen für diese Beherrschung zu erbringen, begibt sich unter den Einfluß fremder Lenkung und gerät so in Gefahr, beliebig von außen manipuliert zu werden und – was noch schlimmer ist – mitzuwirken, den Menschen zu manipulieren.

Die Kirche stellt sich schützend vor die Würde des Menschen, die heute durch ideologische, publizistische, pädagogische, chemische und medizinische Manipulation bedroht ist. Es sollte uns bedenklich stimmen, daß die Manipulation von der Pille über Sterilisation, Abtreibung, künstliche Zeugung, in den jüngsten Diskussionen bis hin zur Ermordung stieher Menschen und zur Mensch-Tier-Kreuzung ausgedehnt wird. Was die Möglichkeiten gentechnologischer Eingriffe betrifft, so sind Experimente mit Embryonen ethisch nicht erlaubt. Therapeutische Maßnahmen, die dem ausschließlichen Zweck der Heilung dienen, sind möglich, wenn der Aufwand in einem entsprechenden Verhältnis zu den Erfolgsaussichten steht.

Die Zahlen, die wir aus Umfrageergebnissen kennen, weisen einen Schwund an kirchlichen Bindungen nach. Ist im Gegensatz ein „qualitatives Wachstum“ zu erkennen?

Höffner: Zunächst sollte man bedenken, daß die Lage der Kirche nicht überall so ist wie bei uns. Die Gewichte verlagern sich immer mehr von der nördlichen auf die südliche Halbkugel der Erde. Dort herrscht vielfach ein erstaunlicher Aufbruch der Kirche. Die Zahl der Katholiken nimmt jährlich um 15 Millionen zu, allerdings nicht bei uns, sondern in anderen Erdteilen. Es läßt sich nicht leugnen, daß bei uns die Wandlungsprozesse der letzten Jahrzehnte auch krisenhafte Züge tragen. Nach meiner Überzeugung ist die Not der Kirche eigentlich keine Krise, die innerkirchlich aus dem Ringen um den rechten Glauben entstanden wäre, wie es etwa bei den christologischen und trinitarischen Auseinandersetzungen der ersten christlichen Jahrhunderte oder im Streit um die Ikonverehrung oder in den Auseinandersetzungen um die Rechtfertigung der Reformationzeit der Fall gewesen ist. Die gegenwärtige Krise der Kirche ist vielmehr weithin durch das Einbrechen der säkularisierten Welt

65 Prozent der 18- bis 21-jährigen Frauen: „Das geht zu weit.“ 1973 waren es nur noch zwei Prozent.

Das alles bleibt einem Volk nicht in den Kleidern hängen. Aber es gibt auch Hoffnungsvolles: Das Bewußtsein für eine weltweite Verantwortung ist in der Kirche gewachsen. Insbesondere die Jugend ist bereit, sich uneigennützig für die Lebensnot der Menschen in den Ländern der Dritten Welt einzusetzen, aber auch hier bei uns. Der Aachener Katholikentag hat das überzeugend belegt. Die Menschen sind nachdenklicher geworden. Sie haben erkannt, daß wir in vielen Bereichen an unüberschreibbare Grenzen gekommen sind: Grenze des Machens, Grenze des Fortschritts, Grenze des Überlebens in einer von der Selbstzerstörung bedrohten Welt. Die Frage nach dem Sinn wird heute nicht mehr nur gestellt, sondern vielfach auch aus dem Glauben der Kirche beantwortet.

Positive Aspekte, die sich auch auf ein „qualitatives Wachstum“ auswirken, sehe ich einerseits im Ernstnehmen der Welt und ihrer vielfältigen Bedrohungen, andererseits in der unverkürzten Verkündigung der Frohbotschaft Jesu Christi. Diese Botschaft ist für unsere Welt das Aktuellste, was es gibt. Die Kirche ist zwar nicht „von“ dieser Welt, sie lebt und wirkt aber „in“ dieser Welt.

„Frieden“ wird, dieser Eindruck drängt sich auf, manchmal zum politischen Kampfbegriff. Die Kirche bleibt von den Spannungen nicht verschont. Wie definieren Sie den Begriff des Friedens am Ausgang des 20. Jahrhunderts?

Höffner: Die Hoffnung auf den „Ewigen Frieden“ stellt den Christen nicht den Blick auf den Frieden in dieser Zeit. Im Gegenteil, die Erwartung des „Ewigen Friedens“ ist der stärkste Antrieb zum Dienst am Frieden in den indischen Bereichen. Seit dem Beginn der Neuzeit hat die Friedensidee weithin ihre religiöse Grundlage verloren. Gerade dadurch wurde sie anfällig für Ideologie, Demagogie und Manipulation. Politische Klugheit und geschicktes Paktieren vermögen letztlich den Frieden nicht zu erhalten. „Alle Versuche“, so schrieb Max Horkheimer 1970, „die Moral anstatt durch den Hinblick auf ein Jenseits auf irdischer Klugheit zu begründen... beruhen auf harmonistischen Illusionen.“ Der Postivismus vermöge „keine die Menschen transzendierende Instanz“ anzugeben, „die zwischen Hilfsbereitschaft und Profitgier, Güte und Grausamkeit, Habgier und Selbsthingabe unterscheidet“. Es gebe „keine logisch zwingende Begründung dafür, warum ich nicht hassen soll, wenn ich mir dadurch im gesellschaftlichen Leben keine Nachteile zuziehe“. Diese Aussage gilt auch für das Verhält-

betreffen in Assisi ist aber deutlich geworden, daß die katholische Kirche das Anliegen eines „Friedensstreffens“ nicht nur teilt, sondern nach Kräften unterstützt und mitträgt. Das Gebetsstreffen vom 25. Oktober in Assisi war ein erster Impuls, das Thema des weltweiten Friedens an der Schwelle zum dritten Jahrtausend wirklich ökumenisch, das heißt „weltweit“, zu aktualisieren.

Sie haben immer ein besonders enges Verhältnis zur Kirche in Polen gepflegt. Man sagt Ihnen nach, Sie seien es gewesen, der die Weichen für die Wahl des heutigen Papstes gestellt hat. Welchen Ratschlag geben Sie Ihren Glaubensbrüdern in Polen in der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche dieser Tage?

Höffner: Ich kann natürlich nichts darüber sagen, was im Konklave zur

„Die Krise des Vertrauens vieler Bürger zu den Politikern und zahlreicher Politiker untereinander ist gefährlich. Man sollte Andersdenkende nicht durch höhnische Ironie und zynischen Spott verletzen.“

Papstwahl 1978 geschehen ist. Den Kardinal von Krakau, Karol Wojtyla, kannte ich längst vor dem Konklave. Wir waren gemeinsam Mitglied in mehreren römischen Kongregationen. Und jedesmal ist man dann eine Woche lang zusammen, mit etwa 20 Kardinälen und Bischöfen, da lernt man sich kennen. Ich habe es sehr begrüßt, daß Kardinal Wojtyla zum Papst gewählt worden ist, und zwar aus zwei Gründen. Ich habe ihn kennengelernt als einen Menschen, Priester und Bischof, von dem eine begeisternde Wirkung auf die Menschen ausgeht. Heute nun, nachdem er Papst ist, spüre ich, wie sehr der Heilige Vater ein Zeichen der Einheit der Kirche ist. In einer so zerrissenen Welt, wie sie heute haben, politisch und militärisch und wirtschaftlich, bedeutet es schon eine übermenschliche Leistung, 886 Millionen Gläubige im selben Glauben, in derselben Liebe zusammenzuhalten. Gott hat diesen Papst mit dem Charisma ausgestattet, diese Leistung zu vollbringen.

Noch aus einem zweiten Grund habe ich die Wahl begrüßt: Kardinal Wojtyla stammt aus einem Land jenseits der eisernen Vorhänge. Diese Tatsache halte ich für die Zukunft der Kirche für sehr bedeutsam, weil an der Spitze der katholischen Kirche jemand steht, der die Verhältnisse in

diesen Ländern kennt. Als Papst lebt er in Rom, in der anderen, der westlichen Welt. Er hat aber die gesamte Erfahrung der östlichen Welt und auch die kulturellen und sprachlichen Verbindungen in dieses Amt integriert. Wir alle müssen dankbar für diesen Papst sein.

Es wäre vermessen, aus meiner Sicht, aus der Sicht der westlichen Welt, den Glaubensbrüdern in Polen einen Ratschlag in der Frage der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche zu geben. Das, was unsere Glaubensbrüder in Polen brauchen, ist der sichtbare und wirksame Ausdruck von Solidarität und Hilfe.

Der Papst hat sich für 1987 in Deutschland angekündigt. Seine Visite 1980 stand stark unter ökumenischen Aspekten. Können Sie kurz Ihre Erwartungen an die Reise von Johannes Paul II. formulieren?

Höffner: Wenn der Papst im Mai 1987 nach Deutschland kommt, besucht er einzelne Bistümer auf Einladung der jeweiligen Bischöfe. Streng genommen müßten die Erwartungen also von denen formuliert werden, die den Papst zu einem Besuch eingeladen haben. Ich bin davon überzeugt, daß auch diese zweite Pastoralreise des Papstes nach Deutschland zu einem überwältigenden Ereignis wird, das uns alle in der Einheit des Glaubens stärkt und uns dazu aufruft, Zeugen christlicher Liebe zu sein. Die Impulse, die ein Papstbesuch vermittelt, sind nicht von heute auf morgen festzustellen, sondern haben eine langfristige Wirkung, wie auch der erste Besuch des Heiligen Vaters bei uns im Jahre 1980 gezeigt hat.

Am 25. Januar wird ein neuer Bundestag gewählt. Im Sommer haben Sie mit Bemerkungen über die Grünen große Aufmerksamkeit erregt. Vielfach wurde Ihre Position verkürzt dargestellt. Werden Sie sich als Vorsitzender der Bischofskonferenz noch einmal mit einem besonderen Wort an die Wähler wenden? Welche konkreten Forderungen stellen Sie an die Politik?

Höffner: Ich bin erstaunt, daß das Interview vom vergangenen Sommer für einen solch großen Wirbel gesorgt hat. Denn auch davor hat ja die Kirche ihren Standpunkt zu Fragen des Lebensschutzes unmißverständlich deutlich gemacht. Ich erinnere an die Stellungnahmen zu Gewerkschaftsbeschüssen und zu den Äußerungen des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes. Es gilt klar festzustellen: Aufgabe des kirchlichen Amtes ist es, für die Würde des Menschen, für Gerechtigkeit und Liebe unter den Menschen, Rassen und Völkern, für den Frieden in der Welt und für ein maßvolles Umgehen mit den Kräften und Schätzen der Natur einzutreten. Hier handelt das kirchliche Amt kraft seiner Verkündigungsautorität, nicht kraft einer irgendwie verstandenen politischen Vollmacht.

Von der Verantwortung des kirchlichen Amtes im politischen Bereich ist die Zuständigkeit der einzelnen Gläubigen oder der Gruppen von Gläubigen zu unterscheiden. Die christlichen Staatsbürger sind beauftragt, sich nach den Grundsätzen ihres Glaubens politisch zu betätigen. Es wäre kränkend, wenn man von den christlichen Bürgern verlangen würde, ihren Glauben im politischen Bereich aufzugeben und nach sonstigen – nicht christlichen – Leitbildern zu handeln. Die Gläubigen werden die Botschaft Christi, wie das zweite Vatikanische Konzil sagt, „an jenen Stellen und in den Verhältnissen gegenwärtig und wirksam machen, wo die Kirche nur durch die Salz der Erde werden kann“. Dabei werden sie sich an den christlichen Grundsätzen ausrichten, im übrigen jedoch in eigener Verantwortung handeln. In diesem grundsätzlichen Sinne halte ich auch ein Wort der Deutschen Bischofskonferenz zur kommenden Bundestagswahl für denkbar.

Forderungen an die Politik zu stellen bedeutet, Anforderungen an Politiker zu formulieren. So wurden beispielsweise in früheren Jahrhunderten für die verschiedenen Stände Leitbilder aufgestellt, so daß sich der Leser wie in einem Spiegel prüfend betrachten konnte. Heute sind manche der Auffassung, es sei kaum möglich, das Ethos des Politikers, das heißt das Ineinander seiner moralischen, das politische Handeln bestimmenden Überzeugungen, zu umschreiben. Die Politik verberge nämlich den Charakter, so sagt man. Bei den Politikern sei ein Gesichtsausdruck zu bekriegen. Skandale und Korruptionsfälle hätten zu einer Krise des Vertrauens geführt. Wenn ich einen „Politikspiegel“ aufstelle, so sollte er folgende sieben Züge aufweisen:

1. Charakterfestigkeit
 2. Bekenntnis zu sittlichen Grundwerten
 3. Schöpferische Kombinationsgabe
 4. Sachlichkeit, Nüchternheit und Gelassenheit
 5. Dienstbereitschaft
 6. Mut zu unpopulären Entscheidungen
 7. Bereitschaft zum Miteinander.
- Die Krise des Vertrauens vieler Bürger zu den Politikern und zahlreicher Politiker untereinander ist gefährlich. Nur die sachliche Auseinandersetzung hilft weiter. Bei aller Entscheidung sollte man Andersdenkende nicht durch höhnische Ironie und zynischen Spott persönlich verletzen, sondern miteinander das Wohl des Volkes anstreben und dabei auch zur Versöhnung und zum Kompromiß bereit sein.

Computer statt Kollege

DW, Stuttgart
Die Universitäten Stuttgart und Tübingen haben einen gemeinsamen Forschungsschwerpunkt „Maschinelle Sprachverarbeitung“ eingerichtet, das Land bewilligt dafür zwölf zusätzliche Personalstellen und Sachmittel in Höhe von 1,55 Millionen Mark. In der Bundesrepublik gibt es bereits zwei solcher Zentren in Saarbrücken und Hamburg. Die Errichtung eines weiteren wird vom Bundesforschungsministerium geplant. Die internationale Forschung auf diesem Gebiet ist weit vorangeschritten, vor allem in den USA und Japan. Entsprechende Institute, die meist eng mit der Industrie kooperieren, wurden jetzt auch in Edinburgh, Marseille, Toulouse und Paris gegründet. An der Universität Karlsruhe wurde im Sommer ein „Braille-Butler“ entwickelt. Hier können mithilfe einer auf die Brailleschrift Braille ausgerichteten Tastatur Texte in einen Rechner eingegeben werden. Dies ermöglicht beispielsweise blinden Studenten die Mitschrift von Vorlesungen, die sich in Braille ausdrucken lassen. Zur Zeit wird in Karlsruhe an Vorleseautomaten gearbeitet, die auch nicht in Brailleschrift erstellte Texte erfassen.

Frist bei der ZVS läuft

DW, Dortmund
Ein wichtiger Termin: Wer im Sommersemester in einem Numerus-clausus-Fach sein Studium aufnehmen will, muß sich bis spätestens 15. Januar bei der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) bewerben (Sonnenstraße 171, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/10811). Für das Sommersemester 1987 rechnet die ZVS mit insgesamt 43 000 Anträgen. Rund 18 000 junge Leute werden sich dabei um 4700 Studienplätze in Medizin und Zahnmedizin bewerben, die nach verschiedenen Quoten (Mischquote aus Abitur und Test, Warteliste, Auswahlgespräch an Hochschulen) vergeben werden. Die erwarteten 11 000 Interessenten für die Fächer Betriebs- und Volkswirtschaft sowie Jura haben zwar den Studienplatz schon jetzt sicher, möglicherweise jedoch nicht an der Wunsch-Universität. Auch sie müssen sich in Dortmund bewerben. In Biologie, Forstwissenschaft, Hausbau und Ernährungswissenschaft, Lebensmittelchemie, Pharmazie und Psychologie werden 80 Prozent der Plätze nach der Abiturnote, 40 Prozent nach der Warteliste vergeben.

Studium Außenwirtschaft

DW, Nürnberg
Die Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule Nürnberg bietet als erste in Bayern im Fachbereich Betriebswirtschaft einen neuen Schwerpunkt „Außenwirtschaft“ an. Im 7. und 8. Semester werden in insgesamt zwanzig Semesterwochenstunden internationale Marketing, internationale Finanzierung, Außenwirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht und technische Abwicklung von Auslandsgeschäften als Teildisziplinen angeboten. Fallstudien und Planspiele sind obligatorisch. Es wird empfohlen, zumindest eine der Wirtschaftssprachen Englisch oder Französisch zu belegen. Eines der beiden Praxissemester soll im Ausland verbracht werden. Basis dafür ist die Partnerschaft mit der Ecole Supérieure de Commerce in Toulouse; mit Hochschulen in Großbritannien befinden sich ähnliche Absprachen in Vorbereitung. Auskünfte: Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule, Kellereiplatz 12, 8500 Nürnberg 21, Telefon 0911/5880-1.

WHU: Bewerbungsschluss

DW, Koblenz
Wer an der privaten, staatlich anerkannten „Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung“ (WHU) in Koblenz im kommenden Wintersemester studieren möchte, muß sich einem Auswahlwettbewerb unterziehen. Bewerbungsschluss hierfür ist der 10. April. Über die näheren Einzelheiten und den Studienaufbau informiert eine kostenlose Broschüre. Die Studiengebühren erhebbende Studiengänge (5000 Mark pro Semester, ca. 20 Prozent Freiplätze) bietet den ersten deutschen Vollstudienangenehmene Führung in acht Semestern an. Integriert sind Aufnahmefähigkeit, Auskünfte: WHU, 5400 Koblenz, Zwickauer Str. 23.

Die Bundespost als Mäzen

DW, Essen
Die Bundespost hat für die Universität-Gesamthochschule Essen die Spenderhosen angezogen. Im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Anwendung von Bildschirmtext-Systemen wurde ein Großrechner zur Verfügung gestellt. Als erste europäische Hochschule hat Essen in einem Bild-Text-Informationssystem universitäts-eigene Datenbanken auch für externe Benutzer zugänglich gemacht. Die Informationen können mit Hilfe der überregionalen EDV-Netze, vor allem das Bildschirmtext-System der Post, über Telefonanschluß abgerufen werden. Premiere für den Einsatz des Großrechners ist der 17. Februar, nämlich des Kongresses „Neue Medien“.

Sonntags: Die Serviceseiten **Berufswelt**. Die Hochschul-Welt erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

Jedem Fünften macht Studieren einen Heidenspaß

Aber allgemein kritisiert werden die spröden Kontakte zu Professoren / Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung

Von CHRISTIAN GEYER

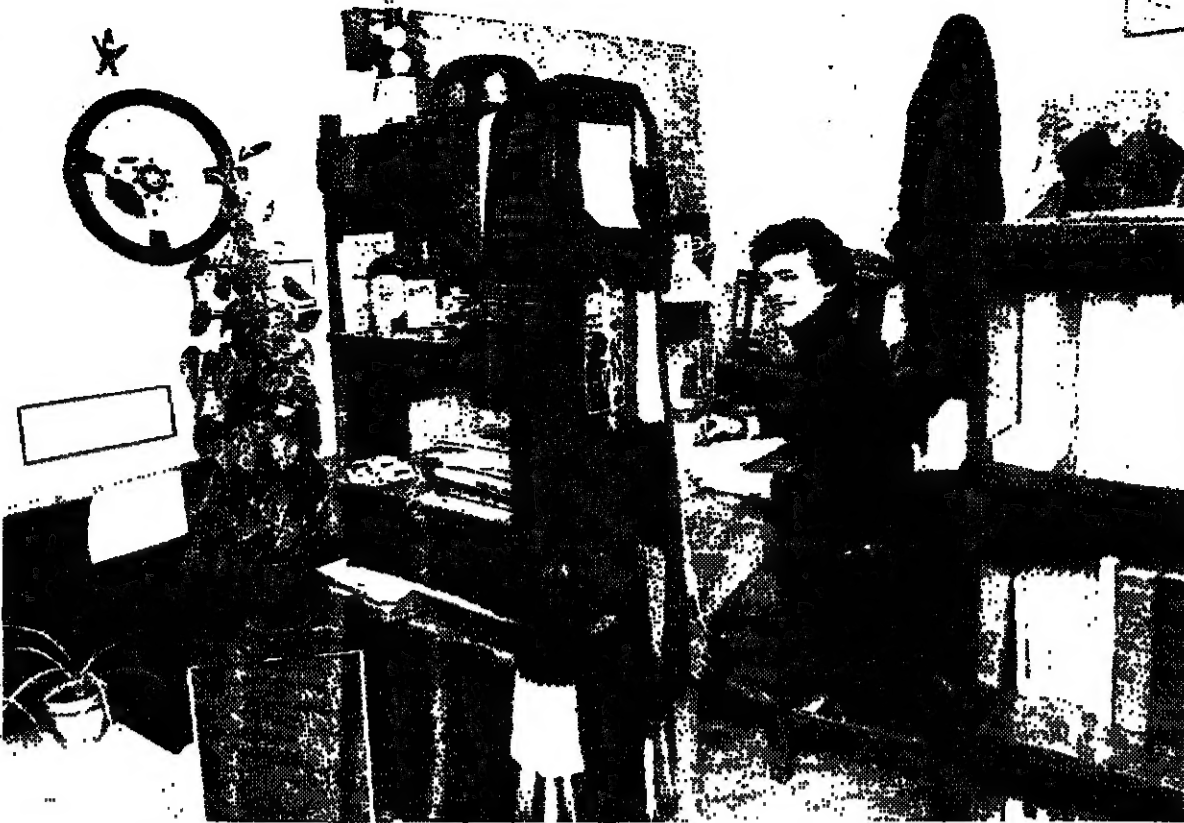
Glaubt man den Ergebnissen der soeben veröffentlichten 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, dann macht Studieren nicht selten einen Heidenspaß. Die Mehrheit der befragten Jungakademiker gibt an, damit „mehr oder weniger“ zufrieden zu sein. Jeder Fünfte fühlt sich in der Alma Mater nahezu geborgen wie in Abrahams Schoß und wähnt sich „sehr zufrieden“. Doch immerhin ein Sechstel der Kommilitonen äußern sich „unzufrieden“ bis „sehr unzufrieden“ über ihre Arbeit.

Woran immer es liegen mag: Am glücklichsten sind die Mediziner. Ansonsten ist das „Zufriedenheitsgefühl“ beim Studium relativ fachunabhängig. Auch in Disziplinen mit katastrophalen Berufsaussichten gibt es die unverdrossen Fachmotivierten, die sich die gute Laune nicht nehmen lassen. Eine Ausnahme bilden die Lehramtsstudierenden, bei denen die äußerst düsteren beruflichen Perspektiven schon einmal eher auf die Psyche drücken. Aber viele von ihnen sind stark auf ihre Laufbahn fixiert und wollen nur ungern umsetzen.

Unabhängig davon entschlossen sich 21 Prozent aller Studierenden zu einem Fachwechsel. An wissenschaftlichen Hochschulen tendiert man – mit 23 Prozent – häufiger dazu als an Fachhochschulen (13 Prozent), und dies eher in geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Richtungen (32 Prozent) als in technischen Disziplinen (10 Prozent). In den Wirtschaftswissenschaften, die schon bei den Anfängen stark gefragt sind, ist der Stamm der „Zuwächser“ mit 15 Prozent relativ am höchsten. Grund: Hier locken zumindest für überdurchschnittliche Absolventen gute Berufsperspektiven. Die Mediziner verzichten eine nach wie vor hohe absolute Fachwechselquote (28 Prozent).

So zufrieden die jungen Akademiker auch immer mit ihrer Arbeit sein mögen, die „Studieneuphorie“ sinkt je mehr Semester man sich auf den Buckel lädt. Ältere Kommilitonen, die ihre Abschlussprüfung womöglich schon seit Jahren vor sich herschieben oder den Hörsaal als Fluchthort vor der steifen Brise des Berufsalltags betrachten, fallen hier vor allem negativ aus dem Rahmen.

An den Unis werden besonders die spröden Kontakte zu den Dozenten und die didaktisch mangelhafte Vermittlung des Lehrstoffes kritisiert. Fast alle Studenten nehmen die Hochschule dort ins Visier, wo es um den Brückenschlag zur Arbeitswelt



Die Neigung zur Unterermiete nimmt ab. Hochgeschätzt wird die Nestwärme der eigenen vier Wände

FOTO: HANS JÜRGEN FRATZER

geht. Bemängelt werden praxisfremde Vorlesungen, Scheu vor der eindeutigen Leistungsbeurteilung und vor allem die schwach ausgeprägte Bereitschaft der Uni-Zusatzqualifikationen zu vermitteln und beim Knüpfen beruflicher Kontakte zu helfen.

Da tritt so mancher die Flucht an eine andere Hochschule an, obwohl mindestens einmaliger Wechsel des Studienorts heute längst nicht so selbstverständlich ist wie in früheren Generationen. 17 Prozent der Befragten haben indes diesen Schritt vollzogen. Am attraktivsten erweisen sich dabei die Universitäten mit alterwürdiger Tradition. Besonders wechselfreudig sind Mediziner (28 Prozent).

Dabei spielt sicher eine Rolle, daß viele im Zuge des zentralen Zulassungsverfahrens nicht auf Anhieb an der Wunsch-Hochschule einen Platz erhalten haben. Aber es folgen auf Nummer zwei die Sprach- und Kulturwissenschaftler (19 Prozent), die ja von einem generellen Numerus clausus verschont sind. Am bodenständigsten sind die Natur- und Ingenieurwissenschaftler, von denen nur 11 bzw. 8 Prozent den Studienort wechseln.

Sehr hoch veranschlagt die heutige Studentengeneration die Nestwärme der eigenen vier Wände. Gestiegen ist die Zahl der (vor allem männlichen) Kommilitonen, die bei ihren Eltern wohnen bleiben. Ob aus familiärem, finanzieller Notwendigkeit oder schlicht aus Bequemlichkeit: 26 Prozent der Uni-Besucher und 37 Prozent der Fachhochschüler haben sich in ihrem Elternhaus eingerichtet.

Die eigene Wohnung bleibt freilich mit einem Anteil von 38 Prozent die häufigste studentische Wohnform. Entsprechend abgenommen hat die Tendenz zur Unterermiete: 1985 hatten nur noch acht Prozent der jungen Akademiker eine „Bude bei der Wirtin“. Zum Vergleich: Ende der fünfziger Jahre waren es 50 Prozent.

Leicht gesunken ist auch die Attraktivität von Wohngemeinschaften. Gegenüber 17 Prozent im Vergleichsjahr 1982 bevorzugen jetzt nur noch 15 Prozent diese Form, ein Unterkommen zu finden. Das Bedürfnis nach dieser Art häuslicher Kommunikation scheint besonders bei den Sozialwissenschaftlern, Psychologen und Pädagogen zu bestehen, von denen jeder vierte einer Wohngemeinschaft angehört, während sich unter

den Ingenieurwissenschaftlern lediglich jeder zehnte dafür entscheidet.

Ungeachtet der vielfach konkurrierenden Preisgünstigkeit stehen auch Studentenheime nicht auf der Favoritenliste der Wohnungssucher. Der Hang zum „Alleinsein“ nimmt zu. Manch einer kapselt sich sogar bewußt von seiner Studienumgebung ab, um sich ganz auf sein Fach konzentrieren zu können. Damit verzichtet er nicht nur auf eine Chance, Arbeit und soziales Leben miteinander in Einklang zu bringen. Auch der fächerübergreifende Gedankenaustausch wird schwieriger. Dies scheint umso bedauerlicher, als immer mehr Studenten über Kontaktschwierigkeiten und depressive Verstimmungen berichten.

Daß 87 Prozent der Befragten über „psychische Probleme“ klagen, ist freilich nicht gar so beängstigend, wie es sich auf den ersten Blick ausnehmen könnte. Denn welcher geistige Schwerarbeiter hätte nicht schon einmal das Phänomen der „Konzentrationschwäche“ bei sich verspürt, das die Sozialerhebung gleich neben neurotischen Erkrankungen als „psychisches Problem“ einstuft?

Stipendiaten bekommen mehr Geld vom Bund

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat seine mehrfach geäußerte Absicht, sich verstärkt um die Förderung besonders qualifizierter Studenten und junger Wissenschaftler zu bemühen, jetzt in neuen Richtlinien für die acht Begebenwerke (HOCHSCHULWELT 2, 10. 1.) in zum Teil erhebliche Verbesserungen umgesetzt. 1986 stehen für die über 10 000 Stipendiaten rund 79 Millionen Mark zur Verfügung. Die verbesserten Förderrichtlinien erlauben vor allem auf drei Gebieten eine Ausweitung der bisherigen Arbeit. Zunächst unterstützen die Rahmrichtlinien die Bemühungen um eine verstärkte Förderung der Studenten an Fachhochschulen. Zweitens wird die Graduiertenförderung für alle Ausländer geöffnet, die in der Bundesrepublik Deutschland die Zulassung zur Promotion oder zu einem Aufbaustudium erworben haben.

Drittens können Stipendiaten, die einen Teil ihres Studiums an einer ausländischen Universität verbringen, künftig mit einer realistischen Anpassung an die in den jeweiligen Gastländern entstehenden zusätzlichen Lebenshaltungskosten und Studiengebühren rechnen. Außerdem ist es jetzt möglich, auch Sprachkurse zur Vorbereitung auf einen Studienaufenthalt im Ausland in die Förderung einzubeziehen.

Für ein Studium in der Bundesrepublik vergeben die Werke Stipendien an deutsche Studenten, wenn deren Begabung und Persönlichkeit besondere Leistungen in Studium und Beruf erwarten lassen. Ausländische Bewerber kommen für ein Stipendium der Deutschen Studentenförderung nur unter bestimmten Bedingungen in Frage, so wenn sie als Asylbewerber anerkannt sind oder wenn sie sich vor Beginn ihres Studiums bereits fünf Jahre in der Bundesrepublik aufgehalten haben und in dieser Zeit erwerbstätig gewesen sind. In der Promotionsförderung gibt es neuerdings dagegen keine Nationalitätsvorgabe.

Die neuen Vergaberichtlinien erlauben auch die Förderung eines Zusatz- oder Aufbaustudiums. Diese Stipendien sind allerdings auf maximal zwei Jahre beschränkt. Bewerber, die nach ihrem ersten berufsqualifizierenden Examen ein komplettes Zweitstudium absolvieren, können dagegen unter bestimmten Bedingungen auch Förderung für das gesamte Zweitstudium erhalten.

K. J. H.

PRAKTIKANTEN BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-Welt wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Informatik

| Nr. | Einsetzung | Branche | Einsatz-Schwerpunkt | Besch.-Dauer |
|-----|-------------|----------------------|------------------------|--------------|
| 1 | München | Computertechnik | n.V. | 20 Wo. |
| 2 | Konstanz | EDV-Unternehmen | Kfm. Bereich/Marketing | n.V. |
| 3 | Lippstadt | Energie | Entwicklg.v. Software | n.V. |
| 4 | Bremen | Software | Programm./Organisat. | ab 2 Mo. |
| 5 | Nürnberg | Metall | n.V. | 5-26 Wo. |
| 6 | Köln | Energie | Datenausw./Überwach. | n.V. |
| 7 | Asperg | Metall | n.V. | 6 Mo. |
| 8 | Pfaffingen | Software | Programm./Organisat. | min. 6 Mo. |
| 9 | Pronten | Metalltechnik | Controlling/Marketing | 3-6 Mo. |
| 10 | Lünen | Einzelhandel | Einzelh./Versandh. | n.V. |
| 11 | Schw.Gmünd | Autohandel | EDV, Buchführung | mehr. Wo. |
| 12 | Pöng | Software/Ber. | Anwendungsentwicklg. | n.V. |
| 13 | Neunkirchen | Metall | EDV-Einführung | 8 Wo. |
| 14 | Neuwied | Elektronik | n.V. | n.V. |
| 15 | Stuttgart | Metalltechnik | Datenernt./Program. | n.V. |
| 16 | Viersen | Elektronik | n.V. | n.V. |
| 17 | Koblenz | Büroeinrichtungen | Kfm. Bereich | n.V. |
| 18 | Stuttgart | EDV-Dienstleistung | Programmierung | min. 6 Mo. |
| 19 | Heidenstein | Handel | Umstellung auf EDV | 1 Jahr |
| 20 | Dortm. | Fertigung | Programmierung | n.V. |
| 21 | Kehl-Sundh. | Bildverarbeitung | Weiterentw.v. EDV-Pro. | 6 Mo. |
| 22 | Stuttgart | EDV | Softwareentwicklung | 3-6 Mo. |
| 23 | Lützen | Apparatebau | Elektro | n.V. |
| 24 | Heidelberg | Metall | Kfm. Bereich/EDV | n.V. |
| 25 | Düsseldorf | Datensysteme | Programmierung | 3 Mo. |
| 26 | Schönb. | Med.-Rehabilitation | Verwaltung | 3 Mo. |
| 27 | Hofheim | Systembau | Programmierung | 1-3 Mo. |
| 28 | Frankfurt | Druckindustrie | EDV-Entwicklung | 4-6 Mo. |
| 29 | Paderborn | EDV-NT | Datenverarbeitung | 2-3 Mo. |
| 30 | Schwerte | EDV-Orga | Softwareentwicklung | 6 Mo. |
| 31 | Konstanz | Computer | Softwareentwicklung | 6 Mo. |
| 32 | Isernhagen | Unternehmensberatung | Unternehmensanalysen | 2-4 Mo. |

Pharmazie

| | | | | |
|---|--------------|---------------|-----------------------|----------|
| 1 | Konstanz | Pharma/Chemie | n.V. | n.V. |
| 2 | Ludwigshafen | Pharma/Chemie | n.V. | n.V. |
| 3 | Bottrop | Apothek. | allg. Arbeiten | 6-12 Mo. |
| 4 | Lichtenfels | Apothek. | Rezeptur, Laborarbeit | 1-2 Mo. |
| 5 | Neustadt | Pharma/Chemie | Produktion, Technik | 2-6 Mo. |

In der nächsten Woche: Wirtschaftswissenschaften

STUDIENPLATZ TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

| Betriebswirtschaft | | 7. Semester | |
|--------------------|---------------|-----------------|-------------|
| von | nach | von | nach |
| 1 Uni Bamberg | Uni Hamburg | 63 Uni Erlangen | Uni München |
| 2 Uni Bamberg | Uni Kiel | | |
| 3 Uni Bamberg | Uni Mannheim | | |
| 4 Uni Bamberg | Uni Münster | | |
| 5 Uni Bamberg | Uni Tübingen | | |
| 6 Uni Bamberg | Uni Würzburg | | |
| 7 Uni Bamberg | RWTH Aachen | | |
| 8 Uni Bamberg | Uni Bonn | | |
| 9 Uni Bamberg | Uni Köln | | |
| 10 Uni Bamberg | Uni Hamburg | | |
| 11 Uni Bamberg | Uni Mannheim | | |
| 12 Uni Bamberg | Uni München | | |
| 13 Uni Bamberg | Uni Tübingen | | |
| 14 Uni Bamberg | Uni Göttingen | | |
| 15 Uni Bamberg | Uni Hamburg | | |
| 16 Uni Bamberg | Uni Frankfurt | | |
| 17 Uni Bamberg | Uni Mannheim | | |
| 18 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 19 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 20 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 21 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 22 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 23 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 24 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 25 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 26 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 27 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 28 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 29 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 30 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 31 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 32 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 33 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 34 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 35 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 36 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 37 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 38 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 39 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 40 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 41 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 42 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 43 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 44 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 45 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 46 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 47 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 48 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 49 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 50 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 51 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 52 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 53 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 54 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 55 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 56 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 57 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 58 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 59 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 60 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 61 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 62 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 63 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 64 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 65 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 66 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 67 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 68 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 69 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 70 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 71 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 72 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 73 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 74 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 75 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 76 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 77 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 78 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 79 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 80 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 81 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 82 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 83 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 84 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 85 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 86 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 87 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 88 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 89 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 90 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 91 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 92 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 93 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 94 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 95 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 96 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 97 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 98 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 99 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |
| 100 Uni Bamberg | Uni Oldenburg | | |

In Fragen der Ethik fühlen sich angehende Ärzte im Stich gelassen

Orientierungshilfen für Krisenentscheidungen fallen häufig dem Lehrplan zum Opfer

Die ethischen Grenzen des ärztlichen Handelns werden in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Dennoch erhält dieses Thema in der Ausbildung der Medizinstudenten nur selten die ihm gebührende Bedeutung. Viele der angehenden Ärzte fühlen sich mit den ethischen Problemen, vor die sie ihr künftiger Beruf stellt, alleine gelassen. Um diesem Mangel entgegen zu begegnen, erörterte die Hanns-Seidel-Stiftung auf einer Fachtagung jetzt „Grenzfragen medizinischer Ethik am Beispiel der künstlichen Befruchtung“.

Gleich zu Beginn des Seminars wurden die dem Thema entworfenen Studenten – neben Medizinern, Chemikern und Biologen auch Juristen, Philosophen und Theologen – von dem Freiburger Medizinhistoriker Eduard Seidler mit der Frage herausgefordert: Würden Sie bei einer pränatal diagnostizierten Schädigung das Kind so annehmen, wie es ist, oder versuchen, seine Geburt zu verhindern? Hatten doch die wissenschaftlichen Väter des ersten sogenannten Retortenbabys, Edwards und Steptoe, die vorgeburtliche „Qualitätsprüfung“ der Embryonen als Hauptzweck der In-Vitro-Fertilisation – wie die Befruchtung außerhalb des Mutterleibs in der Fachsprache heißt – bezeichnet.

In dem Maße, wie die Machbarkeit des neuen Menschen zunimmt, verstärkt sich, so Seidlers These, in Teilen der Gesellschaft die Abwehr gegenüber dem körperlich oder geistig behinderten Kind. Aus humanistischen Beratungsstellen werde berichtet, daß die pränatal diagnostizierte Schädigung fast automatisch zur Abtreibung führt, manchen Behinderten damit von Anfang an das Lebensrecht genommen wird. Für den angehenden Mediziner werfen solche Tatsachen Fragen auf, die er mit seinem Fachwissen allein nicht beantworten kann.

Auf weitere Probleme wies der Erlanger Rechtsmediziner Hans-Bernhard Wurmeling die Studenten hin. Was soll mit den Embryonen geschehen, fragte er, die bei der Reagenzglas-Befruchtung nicht in die Gebärmutter der Frau übertragen werden? Darf man übrigelebene Embryonen für die Forschung verwenden oder sie gar nur zu diesem Zweck erzeugen? Sie werden während der Experimente „verbraucht“ oder am Ende „weggeschüttet“.

Ein Student erinnerte zur Verdeutlichung des Problems an das erste außerhalb des Mutterleibs erzeugte „Exemplar“: Louise Brown ist heute ein achtjähriges englisches Schulmädchen. Man hat ihr das Recht zum Weiterleben nicht genommen, als sie noch als Zweizellen-Embryo in der Nährlösung eines Reagenzglases schwamm. Die Frage des Studenten: Mit welcher Begründung will man es ihren möglichen Spielkameraden verweigern, die heute in den Labors der Reproduktionsmedizin erzeugt werden?

Doch die Produktion der „überzähligen“ Embryonen verschärft nur die ethische Fragestellung nach der prinzipiellen Berechtigung der In-Vitro-Fertilisation, bei der die natürliche Einheit von Liebe und Zeugung auseinanderfällt. Schon die Probleme, die sich aus dieser Überlegung ergeben, so bemerkte ein Teilnehmer, stellen den Mediziner vor grundlegende Fragen seines Menschenbildes.

Woher rührt die Scheu der Universitäten, im scharfen wissenschaftlichen Disput die Möglichkeiten für einen Konsens auszuloten? Wer im Sinne Humboldts die Einheit von Lehre und Forschung propagiert, darf aus der Ausbildung nicht unbequeme, der Routine entthobene Fragen ausklammern. Viele Tagungsteilnehmer empfanden es als Zumutung, daß für die Behandlung derartiger Probleme im dichtgedrängten Lehrplan der Studienordnung kein Platz zu sein scheint. Nur wenige Professoren, so wurde beklagt, reagieren auf das ethische Orientierungsbedürfnis der Studenten mit besonderen Seminaren oder Ringvorlesungen. Bleibt also nur die Möglichkeit, sich in einer Arbeitsgemeinschaft mit Gleichgesinnten das Rüstzeug für die unweigerlich bevorstehenden Entscheidungssituationen anzueignen. Dies wäre ein Armutszeugnis für die medizinischen Fakultäten.

RAINER BECKMANN



Tutorengruppe Anatomie: Wie weit trägt reines Fachwissen?

FOTO: GERHARD E. LUDWIG

سنة اربع الف



„Das ist doch nicht etwa Scheich Jamani, der gefeuert worden ist?“
QUELLE: THE LONDON STANDARD, 31. OKTOBER 1986

FÜR DEN ANLEGER

Dollar: Wieder unter zwei Mark für den Wochenanfang. Die US-Währung, die am Freitag 1,9858 (Freitag: 2,0065) DM feststellte.

Schlichter: In Zukunft sollen zwei Gremien, das Financial Services Ombudsman Bureau und die Financial Compensation Scheme Manager Ltd., die Streitfälle zwischen Privatanlegern und

Anlageunternehmen in Großbritannien schlichten. Diesen Vorschlag unterbreitete die Securities Investment Board.

Lizenz: Nach einer Entscheidung des japanischen Finanzministeriums darf die Commerzbank Securities in Kürze ihre Tätigkeit als Investment-Bank für alle Bereiche des Wertpapiergeschäfts in Tokio aufnehmen.

| WELT-Aktien-Indizes | Kursgewinner | DM | + | % |
|---------------------|--------------|-----------|--------|------|
| Gesamt: | 275,87 | (276,95) | 205,00 | 7,89 |
| Chemie: | 186,79 | (187,20) | 42,00 | 6,87 |
| Elektro: | 353,90 | (357,62) | 62,00 | 5,98 |
| Auto: | 735,94 | (738,00) | 230,00 | 4,76 |
| Maschinenbau: | 136,04 | (137,74) | 136,00 | 4,62 |
| Versorgung: | 170,67 | (169,59) | | |
| Banken: | 401,51 | (405,28) | | |
| Warenhäuser: | 180,16 | (180,22) | | |
| Bauwirtschaft: | 537,80 | (532,52) | | |
| Konsumgüter: | 178,94 | (178,87) | | |
| Versicherung: | 1355,43 | (1354,08) | | |
| Stahl: | 119,46 | (121,18) | | |
| Nachbörse: leichter | | | | |

MÄRKTE & POLITIK

Opec-Beschlüsse: Die Nachricht über die Drosselung der Ölförderung hat zusammen mit dem plötzlichen Wintereinbruch zu einem kräftigen Preisanstieg bei Ölpunkten in Rotterdam geführt. Die Preise für Nordseeöl liegen zwischen 17,80 und 17,95 Dollar je Barrel, verglichen mit 16,80 Dollar am vergangenen Freitag.

Schuldens: Die Verschuldung Lateinamerikas ist (ohne Paraguay, Nicaragua und El Salvador) 1986 auf 356,8 Mrd. Dollar gestiegen. (S. 12)

Kohle: Trotz gedrosselter Förderung wachsen im Saarland die Halden. Die Saarbergwerke haben in diesem Jahr mit rund 10,7 Mill. Tonnen Steinkohle 300 000 Tonnen weniger gefördert als 1985. Der Lagerbestand stieg um 200 000 Tonnen auf eine Mill. Tonnen.

Öl: Die sehr niedrigen Preise und der Kursanstieg der D-Mark ge-

| Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t) | 19. 12. 86 | 18. 12. 86 | 1. 7. 86 | 1. 8. 85 | 1973 |
|-----------------------------------------------------------------|------------|------------|----------|----------|-------|
| Superbenzin | | | | | |
| 0,15 g Bleigehalt | 148,50 | 145,50 | 165,00 | 268,00 | 97,00 |
| Heizöl (schwer 3,5 % S) | 79,50 | 77,50 | 51,00 | 139,00 | 26,00 |
| Gesöl (Heizöl/Diesel) | | | | | |
| 0,3 % S | 133,00 | 126,75 | 104,00 | 226,00 | 84,00 |

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

VW: Weitere 24 Prozent des Grundkapitals von SEAT will der Automobilkonzern noch in diesem Jahr übernehmen. Das SEAT-Kapital beträgt derzeit etwa 1,3 Mrd. DM. (S. 12)

Agrar: Bis auf ganz wenige Ausnahmen bleiben nach Angaben der ZMP-Marktberichtstelle der deutschen Landwirtschaft die Verbraucherpreise 1987 unter Vorjahresniveau.

Werbung: Mit einer weiteren Zunahme der Ausgaben für die Werbung rechnet der Zentralaus-

WER SAGT'S DENN?
Erfolg hat nur, wer etwas tut, während er auf den Erfolg wartet.
Edison

Tarifpartner haben 1987 eine große Verantwortung für die Konjunktur

BDI, Institut der deutschen Wirtschaft und CDU bleiben überwiegend optimistisch

von Bundesvermögen und der Subventionsabbau.

Auf die „positive Bilanz“ des Jahres 1986 und die „gute Stimmungslage“ in der deutschen Wirtschaft für 1987 fallen lediglich zwei Schatten: Einmal könnten die starke Mark und die schwache Dollar im kommenden Jahr den Export beeinträchtigen und zum anderen die sich abzeichnenden tarifpolitischen Auseinandersetzungen, vor allem in Sachen Arbeitszeitverkürzung, die Konjunktur im Inland belasten.

Das stellen das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, nach einer Befragung von 39 Wirtschaftsverbänden und der Bundespost sowie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Köln, in einem Konjunkturbericht fest. Von einem „nach wie vor aufwärts gerichteten Konjunkturverlauf“ sprach gestern auch der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Matthias Wissmann, in Bonn. Konjunkturprogramme lehnte er weiterhin entschieden ab. Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik der Union in der nächsten Legislaturperiode seien die Steuerreform, die weitere Privatisierung

von Bundesvermögen und der Subventionsabbau. Auch wenn die Lücken im Export durch verstärkte Nachfrage des privaten Verbrauchs und auch von einer anziehenden Bautätigkeit geschlossen würden, so sieht der BDI die deutsche Exportwirtschaft unter Druck. Der Spitzenverband der Industrie befürchtet, daß die deutschen Unternehmen auf vielen Märkten ins Hintertreffen geraten könnten. Neue Dynamik für den Export könnten aber – neben einer vertrauensbildenden Wirtschaft-, Finanz- und Steuerpolitik – auch die Sozialpartner bringen, wenn bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen „sozialpolitische Vernunft“ walten würde. Die Verteilungsspielräume seien nämlich enger als 1986 geworden.

Einen positiven Aspekt hat die IW-Untersuchung für die Beschäftigung, die im neuen Jahr weiter steigen wird, gebracht: Unter den zwölf Branchen, die 1987 ihre Belegschaft von 5,5 Millionen Mitarbeitern vergrößern wollen, sind die personalintensiven Wirtschaftszweige stark vertreten. Nur sieben Verbände, die 1,7 Millio-

nen Mitarbeiter repräsentieren, befürchten einen Abbau.

Obwohl die Stimmung allgemein mit „genau so gut oder besser“ als vor Jahresfrist bezeichnet wurde, sind zehn (im Vorjahr waren es nur fünf) der befragten Branchen für 1987 weniger zuversichtlich. Darunter sind die exportintensiven Wirtschaftszweige Maschinenbau, Elektrotechnik und Feinmechanik/Optik, aber auch die Branchen, die schon längere Zeit von Strukturproblemen geplagt werden – wie Bergbau, Eisen und Stahl sowie Schiffbau. Die energienahen Sektoren dagegen leiden unter dem Preisverfall von Rohöl und Erdgas sowie unter der Technologie-Diskussion nach Tschernobyl.

Die Aussichten für Produktion und Umsatz werden selbst in den exportintensiven Branchen optimistisch eingeschätzt. Besonders optimistisch sind dabei der Einzelhandel und das Baugewerbe. Auch die Automobilindustrie, die für 1986 einen Produktionsrekord meldete, und der Maschinenbau – 1986 mit realem Produktionsplus von sechs Prozent – rechnen mit leichten Zuwachsraten.

Als mittelstandsspezifische Komponente sollten nach Ansicht von Wälzholz-Junius dagegen die steuerliche Abzugsfähigkeit des Unternehmerlohns sowie Rückstellungen für Versorgungszusagen an Gesellschaften-Geschäftsführer von Personengesellschaften zugelassen werden.

Die BDI-Mittelständler sehen darin keine neue Subvention, sondern die Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen gegenüber Kapitalgesellschaften.

Als steuererleichternde Investitionsrücklage als Bonbon für den Mittelstand, wie sie CDU-Mittelstandsvereinigung und SPD fordern, lehnt Wälzholz-Junius ab. Es bestehe die Gefahr, daß sich auf diese Weise Unternehmen zu falschen Investitionen gezwungen sähen, ohne daß ein Bedarf vorliege. „Die Einführung einer Investitionsrücklage könnte zudem den Politikern als Alibi dienen, um das Thema Unternehmensbesteuerung ad acta zu legen“, befürchtet er.

Die Belastung der Unternehmenssubstanz könne vor allem durch eine Streichung der Gewerbesteuer und der Vermögenssteuer auf Betriebsvermögen aufgehoben werden. Darüber hinaus hält der BDI eine Reduzierung der Gewerbesteuer in ihrer heutigen Form für möglich und erforderlich, um das allgemeine Steuereinkommen zu senken, ohne daß die Gemeinden ihre Finanzautonomie verlieren müßten.

Eine steuererleichternde Investitions-

Einzelgespräch: Industrieller Mittelstand plädiert für eine umfassende Steuerreform

HEINZ STÜWE, Bonn

Die staatliche Förderung von Existenzgründungen sollte vom Gießkannenprinzip Abschied nehmen, fordert der Vorsitzende des Mittelstandsausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Martin Wälzholz-Junius. „Es ist widersinnig, wenn in ohnehin schon überbesetzten Branchen – wie etwa der Bauwirtschaft – noch Firmengründungen öffentlich gefördert werden“, meinte Wälzholz-Junius in einem Gespräch mit der WELT. Ausnahmen will der Mittelständler des Wälzholzes C. D. Wälzholz in Hagen nur für wirklich innovative Gründer gelten lassen. Darüber hinaus müßten die verschiedenen Förderprogramme von Bund und Ländern dringend koordiniert werden.

Aus der Sicht des industriellen Mittelstandes, der mit über 100 000 Betrieben und 500 Mrd. Mark Umsatz 4,5 Millionen Beschäftigte repräsentiert,

Bonn: Forderung an Sandoz wird über Bern laufen

HH, Bonn

Die Bundesregierung kann auf jede Hilfe und Unterstützung der Schweizer Regierung bei der Durchsetzung möglicher Schadenersatzforderungen an das Schweizer Chemieunternehmen Sandoz rechnen. Das hat die Schweiz Umweltminister Wallmann zugesagt. Zuvor müssen jedoch die in der Bundesrepublik durch den Chemieunfall entstandenen Schäden ermittelt werden. Wie ein Sprecher des Bonner Umweltministeriums der WELT auf Anfrage bestätigte, hat Wallmann seine Länderkollegen vor einhalb Monaten gebeten, die entstandenen Schäden zu ermitteln. Die Erhebungen werden als „nicht einfach“ und zeitraubend bezeichnet.

Zunächst war beabsichtigt, bei der Sonderkonferenz der Umweltminister in Rotterdam letzte Woche erste Erhebungen bekanntzugeben. Das hat sich jedoch – zumindest aus deutscher Sicht – als illusorisch erwiesen. Die Länder erwarten, daß sie nicht vor Februar in der Lage sind, die entstandenen Schäden zu beziffern. Allein aus Hessen sei bisher ein Betrag von 2,3 Millionen Mark genannt worden.

Die betroffenen Wirtschaftsverbände, zum Beispiel Fischer und Gastronomie, müssen sich ihrerseits durch Umfragen bei den Mitgliedern ein Bild von der Schadenssituation verschaffen. Wenn das Gesamtergebnis vorliegt, will Wallmann der Firma Sandoz diese Forderung über die Schweizer Regierung stellen.

„fit and proper“ eingestuft werden und „den Geist und den Buchstaben des Regelwerkes“ akzeptieren. Im Gegenzug werden die Auserwählten von bestimmten Vorschriften des neuen Financial Service Act befreit, wenn die Transaktionen 100 000 Pfund (Schuldscheine) oder 500 000 Pfund (Options- und Termingeschäfte) übersteigen.

Anträge nimmt die Bank von England im neuen Jahr entgegen. Um sich zu qualifizieren, muß die Firma gesund sein, über eine konfliktfreie Besitzstruktur verfügen, von einem erfahrenen Management geleitet werden und einen ausgezeichneten Ruf besitzen. Genau festgelegt wird die Kapitalausstattung sowie die sogenannte Gearing ratio – das Verhältnis des Eigenkapitals plus Rückstellungen zu den Außenständen beziehungsweise Verpflichtungen. Erst-

Überschuß der Leistungsbilanz wird sich 1986 verdoppeln

Neue Rekorde der Bundesrepublik auch im Außenhandel

ed. Frankfurt

Im Außenhandel wird die Bundesrepublik in diesem Jahr einen Überschuß von knapp 120 (73) Mrd. DM und in der Leistungsbilanz einen Überschuß von mehr als 75 (39) Mrd. DM erwirtschaften. Das zeichnet sich nach den gestern vom Statistischen Bundesamt bekanntgegebenen Ergebnissen von Januar bis November ab. In dieser Zeit summierten sich die Aktivsaldo im Außenhandel auf 100,6 (65,4) Mrd. DM und in der Leistungsbilanz, die auch den Dienstleistungsverkehr und die unentgeltlichen Leistungen umfaßt, auf 69,5 (31,5) Mrd. DM.

Der Rekordüberschuß im Außenhandel wurde bei einer Schrumpfung der Ausfuhr um 2,1 Prozent auf 482 Mrd. DM und der Einfuhr um elf Prozent auf 381 Mrd. DM erwirtschaftet. Schaltet man jedoch die Preisverän-

derungen aus, die den Durchschnittswert der Ausfuhr um drei Prozent und der Einfuhr um 18 Prozent drückten, ergibt sich für die realen Warenströme ein ganz anderes Bild: Das Aufwuchsvolumen stieg um rund ein Prozent, das Importvolumen um sechs Prozent.

Im November schloß die deutsche Leistungsbilanz mit einem Überschuß von 9,8 Mrd. DM und der Außenhandelsbilanz mit einem Überschuß von 10,2 Mrd. DM. Gegenüber November 1985 bedeutet das ein Minus von 4,5 Prozent beim Export und ein Minus von 14 Prozent beim Import. Auch im Vorjahr ging der Außenhandel im November zurück. Überschüsse brachten die Ergänzungen zum Warenverkehr (0,7 Mrd. DM) und die Dienstleistungen (1,5 Mrd. DM); dagegen schlossen die unentgeltlichen Leistungen mit 2,6 Mrd. DM Defizit.

mehr gerechnet werden. Dewegen wird der deutsche Exportüberschuß und, von ihm geprägt, auch der Leistungsbilanzüberschuß 1987 spürbar zurückgehen. Mit der kräftigen Steigerung der Einfuhr, in der sich die konjunkturelle Belebung spiegelt, hat die Bundesrepublik schon in diesem Jahr einiges zur Stimulierung der Konjunktur in anderen Ländern beigetragen.

Wenn im nächsten Jahr auch der nominelle deutsche Außenhandels- und Leistungsbilanzüberschuß sinkt, wird man der Bundesrepublik auch nicht mehr vorhalten können, sie trage nichts zum Abbau der internationalen Leistungsbilanz-Ungleichgewichte bei.

Dieser Anpassungsprozeß braucht zwar eine gewisse Zeit. Für die deutsche Wirtschaft ist das kein Unglück. Darin spiegelt sich das wirtschaftspolitische erwünschte Umschalten von der Export- zur Binnenkonjunktur.

Vorrang für Wettbewerb

Von GERD BRÜGGEMANN, Washington

In Amerika macht seit einiger Zeit ein Begriff Furore: Competitiveness, Wettbewerbsfähigkeit. Präsident Ronald Reagan will das Thema in einer seiner States of the Union-Rede im Januar aufgreifen und es zu einem der ganz wichtigen Bereiche in den beiden letzten Jahren seiner Amtszeit machen.

Der Finanz- und der Handelsminister lassen keine Gelegenheit aus, darüber zu sprechen. Die Demokraten, die seit den Wahlen im November über eine Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses verfügen, wollen die Rückgewinnung der Wettbewerbsfähigkeit zu Leitmotiv ihrer parlamentarischen Arbeit und zugleich zum Instrument der Wirtschaftspolitik ihres Präsidenten machen.

Jüngst gründeten Unternehmen und Wirtschaftsforscher einen Rat für Wettbewerbsfähigkeit, dessen erklärtes Ziel es ist, aus einem politischen Slogan eine nationale Priorität zu machen.

Dies nun erscheint in der Tat dringend nötig, denn das Land der einstmaligen unbegrenzten Möglichkeiten stößt immer häufiger an seine Grenzen. Es hat in den letzten Jahren weit über seine Verhältnisse gelebt und steht nun vor der wenig erfreulichen Alternative, sich einzuschränken. Das Haushaltsdefizit hat in gleicher Weise Rekorde gesetzt wie die Lücke zwischen Aus- und Einfuhr, die in diesem Jahr die unvorstellbare Summe von 107 Milliarden Dollar oder 214 Milliarden Mark erreichen soll.

Die amerikanischen Unternehmen haben nicht nur auf den Weltmärkten, sondern auch in großem Umfang auf dem heimischen Markt Anteil verloren. Die Investitionstätigkeit der amerikanischen Wettbewerber ist deutlich schneller gewachsen. Die amerikanische Wirtschaft ist wesentlich von ausländischen Kapitalzuflüssen abhängig und ist zum großen Schuldnerland geworden. Die Mittel, die für den Schuldendienst aufgewendet werden müssen, stehen für Investitionen nicht zur Verfügung.

Diese Entwicklung ist nicht wie ein Naturereignis über die Amerikaner hereingebrochen. Sie war seit langem absehbar. Dennoch hat die Regierung Reagan sich lange geweigert, dies zur Kenntnis zu nehmen und entsprechend eine Wirtschaftspolitik zu entwickeln, deren Ziel die Rückführung der Ungleichgewichte ist. Erst relativ spät hat Finanzminister James Baker begonnen, durch eine Abwertung des überbewerteten Dollars die Rich-

ter den Weg zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit abzurufen will, muß Fortschritte in der Produktivität zur Priorität machen. Diese Fortschritte fehlen den Amerikanern. Sie werden zumindest vorübergehend eine Stagnation bedeuten. Es ist nicht sicher auszumachen, ob die Politiker auch diese Konsequenz meinen, wenn sie von Wettbewerbsfähigkeit sprechen.

Wahrscheinlich nicht. Aber da sie einmal angefangen haben, können sie es nicht so einfach wieder beistellen, selbst wenn sie wollten. Eine weitere Verschuldung über das gegenwärtige Maß hinaus läßt sich kaum vorstellen.

In der Londoner City wird ein breiteres Kontrollnetz gespannt

H. A. SIEBERT, London

Nach der Entbürokratisierung der Londoner City, die mit dem „Lauren Knall“ am 27. Oktober abgeschlossen wurde, wird nun die Überwachung des zweitgrößten Finanzmarktes der Welt reformiert. Dabei gehen die Briten zweigleisig vor: Verschärfen sie die Selbstkontrolle der Banken und Broker durch das Securities & Investments Board (Sib), deren Mitglieder vom Ministerium für Handel und Industrie bestellt werden. Überdies erhält die Bank von England, gestützt durch das Schatzamt, größere Eingriffsmöglichkeiten. Gespannt ist das neue Kontrollnetz vermutlich im August.

Zur Diskussion gestellt worden sind jetzt die zusätzlichen Aufgaben der britischen Zentralbank, auch „Old Lady“ genannt. Die Kommentatoren müssen Ende Februar vorliegen. Im Kern zielen die in einer 26seitigen

Broschüre dargelegten Vorschläge auf die direkte Kontrolle der Firmen, die en gros mit Depositen in Pfund und anderen Währungen, Devisen, Gold- und Silberbarren, kurzfristigen Geldmarktpapieren wie Certificates of Deposit (CDs) und Treasury Bills sowie mit den entsprechenden Optionen und Termin- und Hedgekontrakten handeln. Betroffen sind auch die ausländischen Institute, die am Londoner Platz operieren.

Dies ist eine wichtige und weitreichende Neuerung, denn bisher beschränkte sich die Kontrollfunktion der Bank von England auf die Geschäftsbanken. Nicht verändert wird sich jedoch die Marktpraxis. Aufstellen wird die „Old Lady“ in den kommenden Monaten eine Liste von etwa 100 Unternehmen, die in den regulierten Bereichen tätig sein dürfen.

Voraussetzung dafür ist, daß sie als

„fit and proper“ eingestuft werden und „den Geist und den Buchstaben des Regelwerkes“ akzeptieren. Im Gegenzug werden die Auserwählten von bestimmten Vorschriften des neuen Financial Service Act befreit, wenn die Transaktionen 100 000 Pfund (Schuldscheine) oder 500 000 Pfund (Options- und Termingeschäfte) übersteigen.

Anträge nimmt die Bank von England im neuen Jahr entgegen. Um sich zu qualifizieren, muß die Firma gesund sein, über eine konfliktfreie Besitzstruktur verfügen, von einem erfahrenen Management geleitet werden und einen ausgezeichneten Ruf besitzen. Genau festgelegt wird die Kapitalausstattung sowie die sogenannte Gearing ratio – das Verhältnis des Eigenkapitals plus Rückstellungen zu den Außenständen beziehungsweise Verpflichtungen. Erst-

mal soll auch den Risiken Rechnung getragen werden, die durch Geschäfte, die nicht in den Bilanzen auftauchen, entstehen (Off-balance sheet risks). So müssen künftig zum Beispiel alle Instrumente in Fremdwährung in Sterling gewichtet werden.

Ehe die „Old Lady“ einem Unternehmen das Plazet erteilt, führt sie getrennte Tests durch. Ausländische Institute klopft sie selbst ab, wenn kein Gütesiegel der heimatischen Aufsichtsbehörde präsentiert wird. Von der Liste gestrichen werden können Firmen, wenn sich die Beteiligung erheblich ändert. Als Maßstab gilt eine Verschiebung der Aktienanteile um 10 und mehr Prozent, die der Zusammensetzung der Notenbank bedarf. Der Kodex geht so weit, daß er dem Management und den Mitarbeitern der zugehörigen Firmen vorschreibt,

welche Gefälligkeiten und Einladungen von Kunden angenommen werden dürfen.

Die breiteren Kontrollbefugnisse der Bank von England sind in der City durchweg positiv aufgenommen worden. Auch Banker und Broker vertreten die Ansicht, daß nach der Revolution ein „Wachstum“ notwendig ist, um die Integrität der einzelnen Märkte und einen fairen Handel sicherzustellen. Gewährleisten soll er einen hohen Standard.

Gesetzgebung erhält der Kodex erst, „wenn es anders nicht geht“. Flankenschutz bietet jedoch die Banking Bill, deren zweite Lesung kürzlich im Unterhaus stattfand. Sie schreibt neben den neuen Risikoregeln auch vor, daß sich Buchprüfer, die nicht ihren Namen unter eine Bilanz setzen wollen, melden müssen. Sie erhalten dann Immunität.

AUF EIN WORT



„In einem Senatsprogramm fand ich kürzlich den Plan der Förderung sogenannter künstlicher Intelligenz. Ich meine, wir sollten uns zuvörderst auf die Entwicklung natürlicher Intelligenz konzentrieren. Zum Thema Wirtschaftsförderung gehört auch das Bekanntheit zur Elite als Leistungselite. Ich vermag nicht einzusehen, warum man im Sport die Spitzenleistung jubelt, in der Hamburger Schulpolitik aber die Gleichmacherei anstrebt.“

Jobst-Heinrich Floto, Vorsitzender des Industrieverbandes Hamburg

FOTO: DIE WELT

Leicht verbessertes Ergebnis

AM-Holding: Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung

Py. Düsseldorf
Die Unternehmen des Aachener und Münchener Versicherungskonzerns haben im Geschäftsjahr 1986 ihre Marktpositionen verbessern und ihre Finanzstruktur weiter stärken können. Das Geschäftsergebnis der Finanzholding, der AM-Beteiligungs-AG (AMB), Aachen, wird einem Aktionärsbrief zufolge dem des Vorjahres vergleichbar sein.

Die auf den 9. März 1987 vorgezogene Hauptversammlung der AMB wird neben einer „angemessenen Dividende“ (1985: 12,50 DM je 50 DM-Aktie) und einer entsprechenden Rücklagenzuführung (1985: 8,4 Mill. DM) auch Maßnahmen der Kapitalbe-

schaffung zu beschließen haben. Damit trage man der Verpflichtung Rechnung, bei einem Beteiligungsergebnis, der die (Versicherungs-)Monopolstruktur der Gruppe aufhebt, die Aktionäre an der Entscheidung zu beteiligen.

Die bei der Holding vereinnahmten oder noch in diesem Jahr zu erwartenden Beteiligungserträge (1985: 42,8 Mill. DM) liegen auf der Höhe des Vorjahres. Zusammen mit den übrigen Erträgen lassen sie ein „leicht verbessertes Ergebnis erwarten“. Aus dem außerordentlichen Ertrag eines Grundstücksverkaufs werden 20,6 Mill. DM einem Paragraph 6 EStG-Sonderposten mit Rücklageanteil zugeführt.

Eine „angemessene Dividende“ (für 1985: 7 DM je 50 DM-Aktie) wird auch den Aktionären der AM Versicherung AG in Aussicht gestellt. Der erste Sachversicherer der Gruppe spricht von einer Prämienmehrereinnahme im selbst abgeschlossenen inländischen Geschäft von 3,86 Prozent, ohne jedoch für die ersten 11 Monate einen absoluten Betrag zu nennen. Als Folge einer Reihe von Großschäden werde sich die Gesamtumsatzquote nicht zurückbilden. Im Rückversicherungsgeschäft tragen die Strukturmaßnahmen der letzten Jahre Früchte.

Verdienen Sie genug?

Interessante Aufstiegschancen bietet Ihnen die BERUFS-WELT in der WELT - mit dem größten überregionalen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte. Und mit vielen Informationen für mehr Erfolg im Beruf. Auf Wunsch: 4 Wochen kostenlos. Telefon 030-66060 (zu den Ortszeiten). Oder Postkarte an: Die WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

DIE WELT
Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

Finanzhilfe für Wagemutige

„Management buy-outs“ in Deutschland noch selten

JAN BRECH, Hamburg

„Management buy-outs“, wie sie in den angelsächsischen Ländern seit Jahr und Tag in steigendem Maß praktiziert werden, sind in Deutschland so selten, daß noch nicht einmal ein deutsches Wort für dieses Verfahren geprägt worden ist. Den Kauf eines Unternehmens oder Unternehmensanteils durch das Management in Verbindung mit einer Gruppe von Investoren auch in der Bundesrepublik populär zu machen, versucht nun die weltweit operierende Merchants Bank J. Henry Schroder Wagg & Co. Ltd., London.

Mit der Gründung der J. Henry Schroder Unternehmensberatung GmbH in Hamburg gibt es in Deutschland erstmals ein Unternehmen, das sich ausschließlich auf die Beratung im „Management buy-out“ spezialisiert. Geschäftsführer Thomas D. C. Matzen sieht seine Aufgabe vorwiegend darin, Unternehmen zu finden und zu studieren, die ein wagemutiges Management in eigener Regie weiterführen will. Taugt ein solches Projekt etwas, kann die Schroder Unternehmensberatung die Finanzierung und Strukturierung der Transaktion besorgen.

Die englische Privatbank hat bei institutionellen Anlegern wie Versicherungen und Pensionsfonds in den USA und Europa rund 140 Mill. DM eingeworben und in einen Fonds eingebracht, der sich an „Management buy-outs“ in der Bundesrepublik und den Ländern Belgien, Niederlande und Luxemburg beteiligen soll. Dies, so Matzen, ermöglichte es dem Management, auch größere Unternehmen

mit relativ geringen Eigenmitteln zu übernehmen.

Schroder strebe bei „Management buy-outs“ im Prinzip eine Mehrheitsbeteiligung an, räume dem Management für den Fall des Verkaufs der Anteile jedoch ein Vorkaufrecht ein. Als Mindestgröße für ein „Management buy-out“ nennt Matzen einen Kaufpreis von 10 Mill. DM für das Gesamtunternehmen. Nach oben gebe es keine Grenzen. Immerhin stelle das Fondsvermögen von 140 Mill. DM ein Finanzierungsvolumen von rund 700 Mill. DM dar. Geld zu bekommen, so Matzen, sei ohnehin nicht das Problem.

Die Schwierigkeit bestehe mehr darin, vernünftige Anlagen zu finden. Die Objekte, die gesucht werden, müssen eine Reihe von Bedingungen erfüllen. Matzen nennt einen nachhaltigen, soliden Cash-Flow, gute Marktpositionen mit etablierten Produkten und ein engagiertes Management. Daß es eine Menge solcher Firmen in Deutschland gibt, davon ist Matzen überzeugt. Seine Zielgruppen sind Konzerne, die strategisch schlanker werden wollen und auch profitable Bereiche ausgliedern, oder Familienunternehmen.

Hier spielen für den Inhaber oft familiäre Gründe eine Rolle, um sich von dem Unternehmen zu trennen. Zur Zeit arbeitet die Schroder Unternehmensberatung, die im September gegründet worden ist, an acht Objekten, wobei drei in einer Größenordnung von mehr als 100 Mill. DM Umsatz sind. Insgesamt sollen die zur Verfügung stehenden Mittel innerhalb von fünf Jahren in etwa 50 Unternehmen investiert werden.

Die Schulden Lateinamerikas wachsen

Gute Erfolge bei der Inflationsbekämpfung - Offiziell 11,25 Millionen Arbeitslose

dpa/VWD, Hamburg

Die Schulden Lateinamerikas sind im ablaufenden Jahr erneut gestiegen, während die Inflation in den meisten Ländern zurückging. In einer Umfrage hat dpa/VWD die Wirtschaftsentwicklung in 14 lateinamerikanischen Staaten auf der Grundlage offizieller Zahlen untersucht. Die Gesamtverschuldung dieser Länder (ohne Paraguay, Nicaragua, El Salvador) beträgt 356,8 Milliarden Dollar, eine Zunahme von 11,6 Milliarden Dollar im Vergleich zu 1985.

Nach den amtlichen Angaben liegt Brasilien mit 103,7 Milliarden Dollar weiter an der Spitze der Schuldnerstaaten. Der bevölkerungsreichste Staat der Region konnte seinen Schuldenberg aber um 1,4 Milliarden Dollar abbauen. Der zweitgrößte Schuldner, Mexiko, erhöhte dagegen seine Verpflichtungen um 1,7 Milliarden Dollar. Offiziell erreichten die Verbindlichkeiten Mexikos damit 98,7 Milliarden Dollar, nach unabhängigen Schätzungen dürfte die 100-

Milliarden-Grenze aber schon überschritten worden sein.

Erblich gestiegen sind die Schulden Argentiniens, das mit neuen Krediten in Höhe von 8,7 Milliarden Dollar insgesamt 51,7 Milliarden Dollar Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland eingegangen ist. Neben Brasilien gelang es nur Venezuela (minus 1,5 Milliarden Dollar) und Chile (minus 716 Millionen Dollar), ihre Schulden ein wenig abzutragen. Venezuela liegt mit 24 Milliarden Dollar auf dem vierten Platz der „Schuldenhitliste“.

Mehr Erfolg als an der Schuldenfront verzeichneten die 14 untersuchten Staaten in der Inflationsbekämpfung. Außer in Ecuador, Guatemala und Honduras sank die Teuerung überall. Der spektakulärste Fall ist Bolivien, dessen Inflationsrate im Vergleich zu 1985 um 69,15 Punkte auf 64,8 Prozent (Ende Oktober) zurückging. Auch Argentinien mit 80 Prozent (minus 295 Punkte), Brasilien 95,5 (minus 127 Punkte) und Peru 55,8

Prozent (minus 102,5 Punkte) hatten große Erfolge bei der Dämpfung der Inflation.

Die größten Schuldnerstaaten wiesen im November die umfangreichsten Währungsreserven aus. Brasilien nannte 9,1 Milliarden Dollar, Mexiko 4,5 Milliarden Dollar, Argentinien 4,3 Milliarden Dollar und Venezuela 10,8 Milliarden Dollar.

Ein genaues Bild über die Arbeitslosigkeit war wegen mangelhafter Statistiken nicht zu ermitteln. Bei einer arbeitsfähigen Bevölkerung von 132,7 Millionen Menschen waren offiziell in den 14 Staaten 11,25 Millionen Arbeitslose registriert. Die Daten sagen jedoch nichts über die Unterbeschäftigung aus, die in allen Ländern meist deutlich über der offenen Arbeitslosigkeit liegt. Guatemala verzeichnet 40 Prozent Arbeitslose, Honduras 25 und Bolivien 20 Prozent. Mit am günstigsten schnitt Costa Rica ab, das 6,1 Prozent Arbeitslosigkeit meldet.

Neuordnung der Burda-Führung

dpa/VWD, Offenburg

Die Burda-Gruppe in Offenburg, mit über einer Mrd. DM Jahresumsatz und einer Reihe von aufeinanderfolgenden Zeitschriftenentwürfen eines der führenden Branchenunternehmen in der Bundesrepublik, hat ihre Führungsstruktur neu geordnet. Wie der Verlag gestern mitteilte, sind die gemeinsamen Gesellschafter und Brüder Franz, Frieder und Hubert Burda übereingekommen, vom 1. Januar 1987 an die Führung und Verwaltung der Unternehmen und Beteiligungen der Familie in getrennter Weise fortzusetzen.

Auf der Beteiligungsseite übernehmen Franz Burda (54) und Frieder Burda (50) gemeinsam in Fortführung der bisherigen Aufgabenbereiche die Beteiligung an der Axel Springer Verlag AG (Gesamtumsatz 2,5 Mrd. DM) mit einem Anteil von zur Zeit 24,9 Prozent sowie unter anderem die in den USA tätigen Druckunternehmen der Meredith/Burda Corp., an der Burda mit 50 Prozent beteiligt ist. Der Umsatz der Druckereien erreicht in diesem Jahr 400 Mill. Dollar.

Der seit 1973 den Unternehmensbereich Verlag leitende Hubert Burda (46) übernimmt den gesamten Druck- und Verlagsbereich. Hubert Burda wird dementsprechend künftig als alleiniger geschäftsführender Gesellschafter der Burda GmbH und die Burda Farben GmbH & Co. einschließlich der Tochtergesellschaften sowie der deutschen und französischen Druckereien führen.

Die Neuordnung der Burda-Gruppe erfolgt drei Monate nach dem Tod des Gründers und Seniors Franz Burda. Hubert Burda, der bisherige Verlagschef, wird der alleinige Herr im Druck- und Verlagshaus sein, während seine Brüder Franz Burda und Frieder Burda sich verstärkt der Beteiligungsstruktur annehmen. Dazu gehört vor allem auch das Engagement am Axel Springer Verlag, dem offenbar Burda zunehmend stärkeres Gewicht beilegt.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Umsatzplus bei Südzucker

Frankfurt (adh) - Die Südzucker AG, Mannheim, hat in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres 1986/87 (28. 2.) insgesamt 677 000 t Zucker abgesetzt. Dabei wurden die Exporte mit einem Plus von 132 Prozent mehr als verdoppelt, im Inland liegt Südzucker bei 68 Prozent. Das sorgte nach dem Rückgang im Vorjahr für ein Umsatzplus von 18 Prozent auf 1056 (894) Mill. DM.

Antrag stellen

Bonn (dpa/VWD) - Das Bundesverfassungsgericht wird am 10. Februar 1987 über die Verfassungsmäßigkeit der Einheitswerte des Grundbesitzes, insbesondere zur Bewertung von Ein- und Zweifamilienhäusern entscheiden. Diese Entscheidung hat erhebliche Bedeutung für die steuerliche Belastung des Grundbesitzes der Eigentümer, deren Häuser oder Wohnungen bisher im sogenannten Sachwertverfahren bewertet wurden. Diesen Steuerzahlen empfiehlt der Bund der Steuerzahler noch 1986 vorläufig einen Antrag „auf fehlerberichtigende Wertfortschreibung mit gleichzeitiger Ruhen des Verfahrens“ zu stellen. Falls das Bundesverfassungsgericht auf eine Bewertung ihrer Grundstücke im allgemeinen steuerlich wesentlich günstigeren Erwerbswertverfahren erkannte (statt wie bisher im Sachwertverfahren), so könnten sie dieses noch im Jahr der Antragstellung, also 1986, in Anspruch nehmen. Sonst sei dies erst im Jahr der Gerichtsentscheidung, also im nächsten Jahr möglich.

Fusion Macard/Stein

Düsseldorf (Py.) - Die Gesellschafter der traditionsreichen Privatbankhäuser Macard & Co. und J. H. Stein fusionieren zum 1. 1. 1987 ihre Institute zu Macard, Stein & Co. Das Kapital der vereinigten Banken beträgt rund 742 Mill. DM, an dem als Mehrheitsgesellschaften die französische Banque Indosuez-Gruppe, die Hannover-

sche Rückversicherungs-AG, die Familie von Stein sowie fünf persönlich haftende Gesellschafter beteiligt sind.

Neue Aufträge für Bilfinger

Mannheim (VWD) - Neue Aufträge für insgesamt 1,25 Mrd. DM hat die Mannheimer Bilfinger & Berger Bauaktiengesellschaft im Ausland gebucht. Die Aufträge wurden in Pakistan und Nigeria erteilt. Sie brachten für das Auslandsgeschäft des Unternehmens eine Grundauslastung für die nächsten drei Jahre.

Wintershall internationaler

Frankfurt (adh) - Stärker international auszurichten will die Wintershall-Gruppe ihre Aktivitäten im Rohölgeschäft. Ab Januar werden alle Rohöleinkäufe über die Wintershall-Oil AG in Zug, Schweiz, und die internationalen Transporte über die Londoner Wintershall-Tochter abgewickelt. Die Rohölversorgungs GmbH in Kassel stellt ihre Geschäftstätigkeit ein und wird mit der Wintershall AG verschmolzen.

Henckell & Söhnelein

Frankfurt (adh) - Eine gemeinsame Dachgesellschaft Henckell & Söhnelein Sektkellereien KG wird vom Januar an die Geschäfte von Henckell und Söhnelein übernehmen. Geschäftsführer der Gesellschaft sind Helmut Rings (Sprecher), René von Boch, Hans-Henning Wiegmann und Ulrich Kallmeyer. Der bisherige alleinige Geschäftsführer der Henckell-Geschäftsführungs-GmbH, Franz Josef Höfler, scheidet aus.

Flughafen Frankfurt

Frankfurt (adh) - Um elf Prozent auf 40 700 Mitarbeiter stieg im zurückliegenden Jahr die Zahl der auf dem Flughafen Frankfurt beschäftigten Menschen. Der Flughafen ist damit unverändert Hessens größter Arbeitgeber.

Balladurs Steuer-Revolution

Umkehr der Beweislast und erheblich geringere Strafen

J. Sch. Paris

Nach Abschaffung der Vermögenssteuer und Wiederherstellung des Goldanonymats sowie nach der Amnesty für Kapitalflüchtlinge will Wirtschafts- und Finanzminister Balladur die Beziehungen zwischen dem französischen Staat und den Steuer- wie Zolllieferanten auf eine neue Grundlage stellen. Der jetzt beschlossene Gesetzentwurf zu dieser umfassenden Reform wird allerdings später als geplant, wahrscheinlich im April, dem Parlament vorgelegt.

Seine wichtigste Bestimmung, die in Frankreich einer Revolution gleichkommt, besteht darin, daß bei Steuer- und Zollverfahren der Beschuldigte nicht mehr seine Unschuld beweisen muß, sondern daß die Behörden den Beweis für eine strafbare Handlung zu erbringen haben. Die den rechtsstaatlichen Prinzipien widersprechende Umkehr der Beweislast hat sich in Frankreich wegen des großen Ausmaßes der Steuerhinterziehung so lange erhalten.

Daraus erklären sich auch die horrenden Bußgelder, die bis zu 300 Prozent der Deliktsumme betragen und bei Zollvergehen sogar 500 Prozent erreichen können. Sie sollen künftig je nach der Schwere des Vergehens auf fünf bis 80 Prozent begrenzt werden. Bei betrügerischen Handlungen ist ein Höchstsatz von 150 Prozent vorgesehen. Außerdem sollen die Steuerprüfungen erleichtert und zeitlich verkürzt werden.

Bereits Mitte dieses Jahres hatte die Regierung die Verjährungsfrist für Einkommensteuernachzahlungen von fünf auf drei Jahre verkürzt. Jetzt soll auch die Erbschaftsteuer nach den äußeren Zeichen des Reichtums (Wohnungsmiete, Autos, Dienstpersonal und so weiter) die bisher schon bei vagem Verdacht ungenügender Erklärungen willkürlich vorgenommen werden konnten, abgeschafft werden. Wer über seine Verhältnisse lebt, konnte so über seine echten Einkommensverhältnisse hinaus verurteilt werden.

VW übernimmt weitere Seat-Anteile

dos. Wolfsburg

Die Volkswagen AG, die bereits Mitte 1986 von der spanischen Staatsholding Instituto Nacional de Industria (INI) 51 Prozent des Grundkapitals der Sociedad Espanola de Automóviles de Turismo SA (Seat) übernommen hatte, erwirbt noch in diesem Jahr weitere 24 Prozent Seat-Anteile. Die verbleibenden 25 Prozent, so heißt es in einer Mitteilung, werden „vertragsgemäß bis spätestens Ende 1990“ in den Besitz von VW übergehen. Das Seat-Grundkapital beträgt umgerechnet rund 1,3 Mrd. DM.

Nach Angaben von VW hat die Integration des spanischen Automobilherstellers in den weltweiten Konzern-Fertigungsverbund weitere Fortschritte gemacht. Seat werde 1986 rund 340 000 Fahrzeuge fertigen und damit die Vorjahresproduktion um 6 Prozent übersteigen. Produktion enthalten seien etwa 107 000 VW-Modelle. In Europa habe Seat in den ersten zehn Monaten 1986 rund 151 000 Fahrzeuge verkauft und damit den Marktanteil von 1,4 Prozent im Vorjahr auf jetzt 1,6 Prozent erhöht.

P+S wieder mit positivem Ergebnis

dos. Salzgitter

Die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P+S) hat das Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) wieder mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. Wie der Vorstand in der Werkszeitschrift schreibt, ist dies vor allem das Verdienst des Umstrukturierungskonzeptes. Zahlen werden allerdings nicht genannt. Im Vorjahr hatte P+S einen Gewinn von 83 Mill. DM erzielt.

Weitgehend unbefriedigend verlief die Entwicklung im letzten Quartal 1985/86 (Juli bis September). Gegenüber dem Vorquartal zeigten der Auftragsbestand für Walzstahl, der Walzstahlabsatz und der Umsatz rückläufige Tendenzen. Neben saisonalen Einflüssen spiegeln sich darin das schwächere Auslandsgeschäft wider. Die Rohstahlproduktion von P+S verringerte sich im Gesamtjahr 1985/86 um gut 10 Prozent auf rund 3,8 (3,9) Mill. Tonnen. Der Stranggußanteil erhöhte sich gleichzeitig auf 87 (83) Prozent. Ende September beschäftigte P+S noch 10 173 Mitarbeiter, knapp 3000 weniger als vor Jahresfrist. Bis Ende 1986 werde es zum Abbau von weiteren 300 Mitarbeitern kommen.

PERSONALIEN

Günter Busch, seit 1973 persönlich haftender Gesellschafter bei Vorwerk & Co., Wuppertal, tritt nach 20jähriger Firmenzugehörigkeit zum Jahresende 1986 in den Ruhestand.

Helmut Forberich, Geschäftsführer Technik bei der Rowenta-Werke GmbH, Offenbach, wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1987 in den Vorstand der Drägerwerk AG, Lübeck, berufen. Er ist Nachfolger von Georg Wilhelm Oetgen, der zu diesem Zeitpunkt in den Ruhestand tritt.

Dr. Burkhard Block, Mitglied der Geschäftsleitung der Dahlke & Partner GmbH Personal- und Unternehmensberatung, wurde zum geschäftsführenden Gesellschafter bestellt.

Hans Lochmann, Verlagsdirektor des Unternehmensbereiches Adreßbücher und Prokurist der Schillerischen Verlagsanstalt und Druckerei, Hannover, tritt Ende 1986 in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Frank Peter Oppenborn.

Wolfgang Kihlborn, Sprecher des Vorstands der Klein, Schanzlin & Becker AG (KSB), Frankfurt, kehrt in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zurück. Sein Nachfolger wird Kilian von der Tann.

Horst W. Eiwann, Bereichsleiter Wertpapiergeschäft der Helaba, tritt am 1. April 1987 als Leiter des Wertpapierhandels und der Anlageberatung in die Citibank AG, Frankfurt, ein.

Versicherer werben für 150 Millionen

DW. Bonn

Die Werbeaufwendungen der Versicherungsbranche haben im vergangenen Jahr erstmals die 150-Millionen-Mark-Grenze überschritten. Vor allem die Publikumszeitschriften konnten dabei ihren Anteil kräftig auf 47 Prozent ausbauen, heißt es in einem Branchen-Bericht der Axel Springer Verlag AG; auch die Tageszeitungen legten auf 17 Prozent zu. Verlierer war in erster Linie das Fernsehen, das auf 16 Prozent zurückfiel.

Die größten fünf der 141 Einzelzeitschriften vereinen 25 Prozent der Gesamtwerbeaufwendungen auf sich und die größten zwanzig knapp 60 Prozent, heißt es weiter. Um in den Kreis der Top Ten zu gelangen, war ein Bruttowerbeaufwand von mehr als 3,5 Millionen Mark erforderlich; 46 Zeitschriften waren höher als eine Million Mark und 63 höher als 500 000.

Mehr als 750 vielfach miteinander verschachtelte Unternehmen operieren auf dem deutschen Versicherungsmarkt - davon mehr als 100 Lebensversicherer, 32 Rückversicherer und mehr als 330 Schaden- und Unfallversicherer. Gemessen an den Versicherungsbeiträgen stellt die Lebensversicherung mit rund 40 Prozent Anteil die bedeutendste Sparte, gefolgt von der Kraftfahrtversicherung mit 20 Prozent und den Krankenversicherern mit 13 Prozent. Die zehn Größten in der Lebensversicherung haben einen Anteil von 50 Prozent; in der Krankenversicherung sind es sogar 75 Prozent.

Im Durchschnitt verfügt jeder Bundesbürger über mehr als sechs Versicherungspolice. Der Lebensversicherungsbereich lag im vergangenen Jahr bei 67,5 Millionen Verträgen; bei den Kfz-Versicherungsleistungen ist die Anzahl mit mehr als 65 Millionen ebenfalls höher als die Zahl der Bundesbürger.

Die Werbewirtschaft kann die Sektkorken knallen lassen

Umsätze haben im abgelaufenen Jahr die 16-Milliarden-Grenze überschritten - Strukturwandel bereitet der Branche mancherlei Sorgen

VOLKER NICKEL, Bonn

Des Deutschen Lust ist der Frust? Da haben die Bürger im zurückliegenden Jahr 1986 rund 65 Milliarden Mark mehr in den Geldtaschen durch niedrige Ölpreise, höhere Löhne, geringere Steuern und phantastische Preisstabilität. Doch mit stolcher Verneinungsroutine und Spaß am Madigamen halbwegs positiver Lebensumstände wird schlechtes Gewissen herbeigeholt. Der „Spiegel“ entdeckte eine um sich greifende „Hermingslosigkeit des Kaufens“, und im „Stern“ liest man vom „explosionsartigen Anwachsen des Luxuskonsums“.

Die Sache kommt ins Lot, wenn man Tatsachen als solche nimmt. „Luxusartikel nicht gefragt“, meldet der Handel am Ende des Weihnachtsgeschäfts. Aber die Umsatzentwicklung sei in diesem Jahr mit plus 3,5 Prozent auf rund 414 Milliarden Mark außergewöhnlich gut gewesen. Gleiches erwarte man 1987.

Die Bundesbürger in ihrer Mehrheit haben also offensichtlich wieder Mut zum Konsum. Daran werden auch jene nichts ändern, die unter dem Kunststoff-Weihnachtsbaum ihre makrobiotischen Kekse aus Körnern knabbern und darüber nachsinnen, wo sich Elend für die nächste mediengerechte Attacke auf die Wohlstandsgesellschaft ausleihen läßt. Der Neid ruht niemals, sagt ein koreanisches Sprichwort.

Doch die Stimmung, neuerdings Zeitgeist genannt, ist eine andere. Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) faßt gestern in Bonn seine Marktbeobachtungen mit Blick auf 1987 so zusammen: Die Unsicherheit bei den privaten Ver-

brauchern nach den Schülben der Ölkrise, der Inflation und Arbeitslosigkeit löse sich allmählich auf. Die zurückweichende Diffamierung des Konsums in den siebziger Jahren werde durch Freude am Dasein und einer betont verbraucherorientierten Lebensweise abgelöst. „Konsum ist jetzt in der Bundesrepublik nicht mehr unanständig“, so die Dachorganisation, der 42 Verbände angehören.

Diese Ausgangslage liefere ein ausgezeichnetes Werbebild, das die Wirtschaft nutzen müsse. Volkswirtschaftlich sei ein stärkerer Anstieg des privaten Verbrauchs erforderlich, um die zurückgehenden Exporterlöse auszugleichen. Werbung könne zwar keine Konjunktur machen, in Aufschwungsphasen aber solche Trends stärken und fördern. Es käme nun darauf an, daß die deutsche Wirtschaft - vor allem der Mittelstand - die Marktheitaneen auch mit Hilfe verstärkter Marktkommunikation ausschöpfe, wirbt der Dachverband.

Für die vergangenen zwölf Monate zumindest kann die deutsche Werbewirtschaft Sektorkorken zum Jahreswechsel fröhlich knallen lassen. Im Jahr 1986 haben die Werbeausgaben der Wirtschaft erstmals die 16-Milliarden-Mark-Grenze überschritten. Mit plus sechs Prozent oder fast einer Milliarde Mark stiegen sie (nach ZAW-Voraussetzungen) doppelt so stark an wie im Jahr zuvor (plus 2,8 Prozent oder plus 0,4 Milliarden Mark). Sie überflügeln damit das mit drei Prozent Wachstum vorausgesetzte Bruttoinlandsprodukt für das zu Ende gehende Jahr.

Üppig, wenn auch etwas gedämpft, ebenso die Aussichten für 1987. Die Werbewirtschaft rechnet mit einem Plus der Zunahme der Ausgaben für Werbe-einschaltungen von fünf Prozent auf über 17 Milliarden Mark. Sollte diese Umsatzsteigerung bei den Medien erreicht werden, läge das Wachstum der Werbung erneut wie im Vorjahr doppelt so hoch wie der von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten prognostizierte Anstieg der gesamten volkswirtschaftlichen Leistung.

Die Ursachen für den Optimismus entspringen der Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft überwiegend zuversichtlich die Konjunktur 1987 beurteilt. Und auf Chefetagen ist auch der Motor dafür bekannt: der Konsum der privaten Haushalte. Das Motorenöl dafür aber ist Werbung. Und das weiß man auch immer häufiger in der mittelständischen Industrie, aus der 1986 stärkere Werbeimpulse kamen als früher.

Das günstige ökonomische Klima für Werbeinvestitionen ist überdies gut verpackt durch das wachsende Ansehen der Werbung bei den Verbrauchern. Laut Verbraucher-Analyse (VA 86) kann - bei einem Vergleich zwischen 1981 und 1986 - die Aussage getroffen werden, daß Werbung bei den Konsumenten immer willkommener ist:

- 54 Prozent finden Werbung hilfreich für den Verbraucher (1980: 53 Prozent)
- 49 Prozent sehen sich Anzeigen in Zeitschriften gern an (1980: 44 Prozent)
- und 44 Prozent halten Werbesendungen im Fernsehen für unterhaltsam (1980: 43 Prozent).

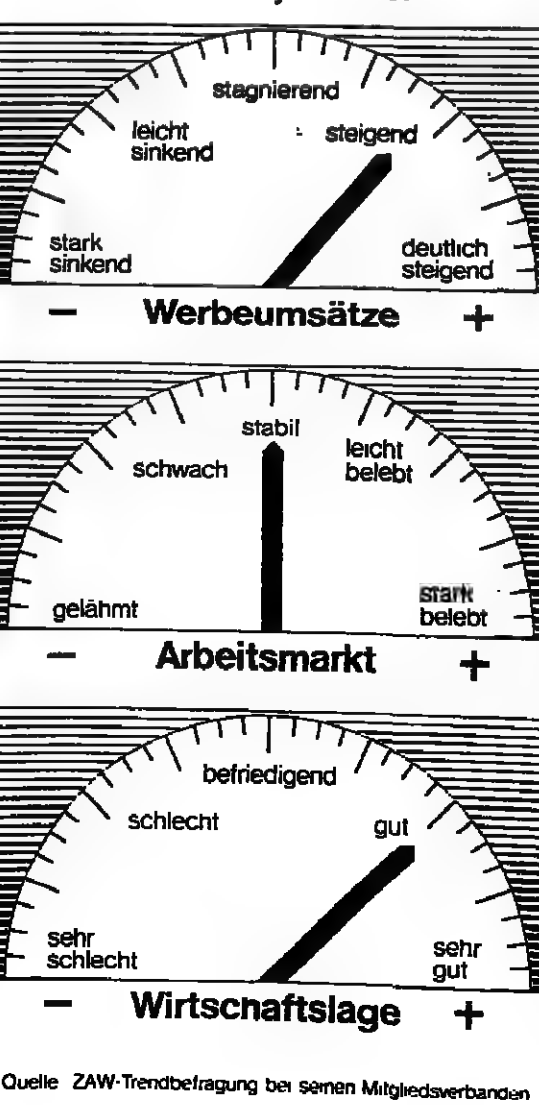
Doch zufriedene Mienen anläßlich des Jahreswechsels dürfen nicht darüber hinwegwi-

sen, daß die Werbewirtschaft vielfältige Sorgen plagt. Denn auch diese Branche, die insgesamt 310 000 Menschen beschäftigt, steckt in einem Strukturwandel. Deutlich wird das an einer Rechnung, wie sie die Werbeagentur Grey Düsseldorf jetzt aufmachte. Danach haben sich die Werbeaufwendungen in den vergangenen zehn Jahren (1975 bis 1985) zwar verdoppelt (Index 202). Die Zahl aller Werbeeinschaltungen wuchs im gleichen Zeitraum aber nur um knapp ein Fünftel (Index 119). Wiederum im Zeitraum von 1975 bis 1985 hat sich die Zahl der beworbenen Marken (Kampagnen) von einst 24 175 auf jetzt 40 934 erhöht (Index 169). Die durchschnittliche Zahl der Einschaltungen pro Kampagne ist in dieser Zeit aber von 63 auf 45 abgesackt (Index 71).

Die Werbeagenturen bekamen zwar der Marken-Explosion wegen mehr Arbeit. Die dadurch steigenden Personalkosten konnten aber für viele ihrer Betriebe wegen absinkender Rentabilität nicht ausgeglichen werden. Zu Renditeproblemen gesellt sich das Zerbröckeln des Medienmarktes und dadurch der Mediennutzerschaft. Auch der Verbraucher wird in seinem Verhalten immer unalkoholischer. Die Folge: Vor, während und nach Werbekampagnen steigt der Forschungsbedarf.

Immerhin: Das Jahresergebnis 1986 und die Aussichten für 1987 gestatten einen verhaltenfröhlichen Jahreswechsel. Die Branche wird sich indessen ein neues klares Kopf bewahren müssen, will sie nicht auf der Schwelle in das nächste Jahrtausend resigniert über ihren Zustand feststellen: „eine schöne Bescherung“.

Entwicklung der Werbewirtschaft bis Frühjahr 1987



Präsentationen grundsätzlich ohne Vergütung

DW. Frankfurt

Agenturen und ihre Berater werden künftig noch mehr Augenmerk auf die Vereinbarungen im Vorfeld oder zur Erneuerung einer vertraglichen Zusammenarbeit haben müssen. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat in einer jetzt veröffentlichten Entscheidung (5 U 137/84) festgestellt, daß Etat-Präsentationen als Vorarbeiten grundsätzlich nicht zu vergüten sind, und zwar auch dann nicht, wenn sie kostenintensiv sind. Solche Vergütung rückgezahlt werden, bedarf es einer Vergütungs-Abrede.

In den Gründen heißt es hierzu: Es läßt sich nicht sagen, daß Etat-Präsentationen regelmäßig und üblicherweise nur gegen Entgelt vorgenommen werden. Der Sachverständige hat mit hinreichender Bestimmtheit ausgeführt, es sei üblich geworden, schriftlich festzuhalten, wenn der Kunde eine Präsentation bezahlen will oder die Agentur auf einer Bezahlung besteht. Wie auch sonst sei davon auszugehen, daß Vorarbeiten nicht vergütet werden. „Es ist den Parteien zuzumuten, ausdrücklich klarzustellen, daß nur entgeltlich gearbeitet wird.“

Das Gericht läßt dahinstehen, ob es sich als „Berufstandspflicht“ herausgebildet hat, Etatpräsentationen dürfen nicht kostenlos durchgeführt werden. Es vertritt hierzu die Auffassung, daß die „Berufstandspflicht“ nur dann von Bedeutung sei, wenn sie sich so durchgesetzt habe, daß die Leistung nur gegen eine Vergütung zu erwarten sei.

Dies war im vorliegenden Fall nicht gegeben. Nach Auffassung der Richter geht es nicht an, zunächst eine Vereinbarung über die Entgeltlichkeit nicht zu treffen und später, wenn sich die Hoffnung auf weitere Tätigkeit nicht realisiert, vorzutragen, die Leistung sei „nur“ gegen eine Vergütung zu erwarten gewesen.

Das Geschäft auf dem Rentenmarkt blieb weitgehend geschäftlos. Bei öffentlichen Anleihen gaben die Kurse meist bis zu einem Viertelpunkt nach. Immerhin ließen sich nicht nur die Käufer, sondern auch die Verkäufer zurück, denn niemand scheint ein Interesse an niedrigeren Notierungen zum Jahresanschluß zu haben. Ähnlich ist die Situation bei den Pfandbriefen. Auch hier ist ein wertschöpfendes Verhalten feststellbar.

[illegible]

| | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 |
|-----|-------|-------|-------|-------|------|
| 1.1 | 102,0 | 103,0 | 103,9 | 104,9 | |
| 1.2 | 108,4 | 105,4 | 107,3 | 108,3 | |

| | | | | |
|------|-------|-------|-------|-------|
| 11.3 | 104.8 | 108.3 | 111.8 | 115.3 |
| 11.7 | 105.0 | 109.2 | 113.4 | 117.7 |
| 12.4 | 104.8 | 109.7 | 114.1 | 118.6 |

Z

ford Fiesta
1000 cc. 110 km/h
1200 cc. 130 km/h
1300 cc. 140 km/h
1600 cc. 160 km/h



Wenn
sollten
trockn
Bei F
schied
Fall k
der U

SPORTPOLITIK

„DDR“ fordert für Seoul 1988 50 Goldmedaillen

dpa, Hamburg
An der Schwelle zum vorolympischen Jahr machen zwei Zahlen deutsch-deutsche Verschiedenheiten deutlich: Während eine jüngst vom Bundesausschuss Leistungssport (BAL) vorgenommene Hochrechnung den Sportlern aus der Bundesrepublik insgesamt nur 38 Olympiamedaillen für die Sommerspiele in Südkorea in Aussicht stellt, erwartet die Sportführung der „DDR“ von ihren Athleten 1988 in Fernost allein 50 Goldmedaillen.

Gut informierte Kreise in Ost-Berlin behaupten, daß ein Verpassen dieser olympischen „DDR“-Rekordmedaille „drastische“ Veränderungen im höchsten Funktionärsbereich bewirken würde. Selbst die Zukunft von Sportchef Manfred Ewald, der sowohl dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) als auch dem Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) der „DDR“ vorsteht, soll von der Medaillen-Ausbeute in Seoul abhängig gemacht werden.

Grundlage der geforderten 50 Olympiasiege (von 237 möglichen) ist eine sogenannte „Dreifach-Absicherung“. Theoretisch gehen die Sportplaner in der „DDR“ also von 150 Goldchancen aus, nach dem Motto: Wenn nicht Weltrekordler Udo Beyer das Kugelstoßen gewinnt, kann schließlich Vizeweltmeister Ulf Timmermann einspringen.

Die Vorgabe ist gewaltig und wird von so manchem Betroffenen als „unrealistisch“ und „unerschwingbar“ eingestuft. „Selbst 1980 in Moskau haben wir nur 47 Goldmedaillen geholt, und da fehlten die USA und die anderen westlichen Boykottländer“, rückte ein prominenter Weltrekordler die Relationen zurecht. Bei den Sommer-Spielen 1976 in Montreal, dem bislang letzten Olympiagipfel unter Beteiligung aller großen Sportnationen, stellte die „DDR“ genau 40 Sieger und Siegerinnen.

Mehr als die Hälfte des Goldes soll im Schwimmen und in der Leichtathletik geholt werden. Je 14 Erfolge sind in diesen beiden Sportarten geplant. In Montreal waren es je elf. Auch bei jüngeren, vergleichbaren Anlässen konnten „DDR“-Sportler solche Triumphe wie für Seoul '88 gefordert jedoch kaum erreichen.

IM BLICKPUNKT / Ein neuer Ski-Star: Armin Bittner - Neue Tennis-Hoffnung: Patrick Kühnen

„Das war ganz bestimmt nicht mein letzter Sieg“

MARKUS SEYRER, Krün
Das Telefon stand nicht mehr still, seit acht Uhr morgens war Armin Bittner auf den Beinen. „Da rufen Leute an, von denen hab ich schon 15 Jahre nichts mehr gehört“, sagte der 22 Jahre alte Sensations-Sieger des Weltcup-Slalom von Hinterstoder. Doch es störte ihn nicht, „denn der Rummel hat auch seine schönen Seiten.“ Er nimmt in Kauf, daß er statt der zwei Autogrammwünsche, die bisher das Haus „Am Barmsee 7a“ in Krün erreichten, einem 2000-Einwohner-Dorf zwölf Kilometer südlich von Garmisch-Partenkirchen, halt ungleich mehr Fanpost beantworten wird.

Rückblende auf den Sonntag: Ungläubig und staunend war er gestanden im Zielraum des neubauten Slalom-Stadions im Stoder-Tal, er hatte den drängelnden Journalisten irgend etwas „vom schönsten Tag“ in seinem Leben erzählt. Und er brauche „einige Zeit, um das zu verkraften“. DSV-Sportwart Kuno Meßmann freilich hat Bittner vor dem großen Rennen sagen hören: „Ich gewinne.“ Noch einmal Meßmann: „Armin Bittner hat das Siegen im Europacup gelernt, da gewann er ja letztes Jahr sechs Rennen hintereinander. Nach seinem dritten Platz im ersten Lauf von Hinterstoder war er cool genug, ganz nach vorne zu fahren.“ Der große Unbekannte, der sich in Fernseh-Interviews erst vorstellen mußte, hat sehr wohl an die Sensation geglaubt.

„Nein, ich war nicht nervös“, schilderte Bittner seine Gefühle vor dem alles entscheidenden zweiten Durchgang. „Ich hatte nichts zu verlieren und habe verdient gewonnen. Da war eben keiner, der so gut gefahren ist wie ich.“ Schwache Nerven - ein Problem, das der Unteroffizier der Sportförder-Kompanie Mittenwald nicht kennt: „Ich habe noch nie versagt, wenn es wirklich um etwas gegangen ist.“

Nur einmal hat das 1,84 Meter große und 79 Kilo schwere Muskelpaket an sich selbst gezweifelt. Als der Abiturient Bittner vor einem Jahr seine ersten Weltcup-Rennen bestritten hatte, mußte er zweimal das Rennen vorzeitig beenden. Heute sagt er rückblickend: „Da wollte ich ganz

aufhören, Schluß machen mit der Hatz durch den Stangenwald.“ Armin Bittner hat dann die Ski-Marke gewechselt, und die Selbstzweifel waren weg. „Das hatte zu 60 Prozent psychologische Gründe“, sagt der bullige Bittner heute, „aber auch das Material hat da mitgespielt.“

Bittner hat den selben Service-Mann wie Deutschlands Ski-Star Markus Wasmeier. „Paul König kümmert sich zwar hauptsächlich um Wasmeler, aber das macht nichts, so lange er meine Ski präpariert wie bisher.“ Der blonde Sonnyboy und Weltmeister vom Schliersee ist im DSV-Team auch nach Armin Bittners Meinung weiter „unbestritten die Nummer eins“. Der Slalom-Spezialist hat die Existenz im Schatten des Stars akzeptiert. Er sagt: „Ich und die anderen schwimmen in diesem Erfolgsstrom mit.“

Dem Mann, der am Sonntag aus der Anonymität ins Rampenlicht getreten ist, macht sein „Beruf Skifahrer Spaß“, auch wenn er bemängelt, daß „der Kopf dabei abstumpft“, daß ihm „die geistige Beschäftigung fehlt“. Auch ein Grund, warum sich Armin Bittner mit Disziplin-Trainer Rainer Gattermann so gut versteht. „Der ist immer für einen da und hat fachlich unheimlich viel drauf. Ich kann mir keinen besseren Trainer vorstellen.“

„Echte Freunde in der Mannschaft“, sagt Armin Bittner, „darauf lege ich keinen Wert. Wir verstehen uns super, nicht mehr und nicht weniger.“ Über Weihnachten geht er mit Freundin Brigitte zum Skifahren, frei, ohne Zwang und ohne Töne. Den Heiligen Abend verbringt er zu Hause mit Vater Waldemar und Mutter Gisela. Armin Bittner: „Das sind die Menschen, die für mich wirklich wichtig sind.“

Er sagt das alles ruhig und gelassen, nicht überheblich, nur bestimmt. Der 22jährige weiß, daß der Erfolgsdruck vor der Weltmeisterschaft gestiegen ist. Angst davor aber hat er nicht. „Ich weiß, was ich kann, ich mache weiter wie bisher. Der Erfolg in Hinterstoder war sicher nicht mein letzter.“

Damit hat er sich selbst in die Pflicht genommen und unter Druck gesetzt. Er wird es aushalten.

Vor zwei Jahren verlor er gegen Claudia Kohde

MARCUS BERG, Maim
Mit so einem Wunsch ist Steffi Graf wohl noch nie konfrontiert worden. „Bitte, bitte spiel mich warm“, stand auf einem Zettel, den die Welttranglistendritte unter ihre Zimmertür geschoben bekam. Bittsteller war der 20 Jahre alte Patrick Kühnen aus Mannheim. Steffi Graf, 17 Jahre alt und gerade zum dritten Mal deutsche Hallenmeisterin, erfüllte dem jungen Mann den Wunsch. Sie mußte es vorzüglich gemacht haben, denn wenig später wurde auch Patrick Kühnen deutscher Tennismeister. Durch ein 6:3, 7:6, 6:3 über Hans-Dieter Beutel gewann der Mannheimer den Titel zum ersten Mal.

Mit den deutschen Tennis-Damen scheint es Patrick Kühnen zu haben. Noch vor zwei Jahren trainierte er im Saarbrücker Leistungszentrum regelmäßig mit Claudia Kohde-Kilsch, der zweiten deutschen Spielerin der Weltklasseformat. Jürgen Kilsch, der Stiefvater von Claudia, war schon damals das Talent des Patrick Kühnen aufgefallen. Brav machte er alle Übungen mit, absolvierte sogar zum ersten Mal ein echtes Konditionstraining mit der Weltklassespielerin. Beim Trainingsspielen blieb er gegen Claudia Kohde-Kilsch jedoch immer auf der Strecke. Nicht einen Satz habe der junge Mann gegen seine Stieftochter gewinnen können, berichtete damals Jürgen Kilsch stolz.

Das, wonach Patrick Kühnen schon in jungen Jahren immer gesucht hat, was er aber nie fand, war eine richtige Betreuung. Jemand, der sich ausschließlich um ihn kümmert, der ihn kritisiert, aber auch aufbaut. Claudia Kohde-Kilsch hat so eine Person in ihrem Stiefvater, bei Steffi Graf ist es ebenfalls der Vater.

Nur einmal hatte Patrick Kühnen das Gefühl, daß sich jemand um ihn kümmert. Vier junge Nachwuchsspieler schickte der Deutsche Tennis-Verband (DTB) vor drei Jahren zu Turnieren um die ganze Welt. Der Trainer hieß: Günter Bosch. Neben Kühnen gehörte noch ein junger Mann der Gruppe an, den heute jeder kennt: Boris Becker. Bei dem Aufstieg von Becker und Bosch, von Ion Tiriac geschickt gemanagt, konnte keiner mehr mithalten. Heute sagt Wolf-Dieter Späth, Vizepräsident des

Radischen Tennis-Verbandes, über Patrick Kühnen: „Wenn er so Leute wie Bosch und Tiriac gehabt hätte, mit Sicherheit wäre er auch schon ganz weit vorne.“

Wolf-Dieter Späth kommt auch aus Leimen, der Geburtsstadt von Boris Becker. Er kennt beide Tennisspieler in- und auswendig. Ist der jüngere Boris heute ein Idol des älteren Patrick? Späth: „Die zwei sind Kumpels, sie trainieren zusammen, wenn der Boris hier ist. Vorbild? Nein, ganz bestimmt nicht. Der Patrick ist ähnlich wie der Boris. Er will auch immer wissen, warum er etwas machen soll. Erklärt man es ihm ruhig, macht er es auch.“

Wolf-Dieter Späth meint, Patrick Kühnen, in diesem Jahr lediglich 16. der deutschen Rangliste, sei ein Spätkind. Er müßte von seinen Möglichkeiten her eigentlich schon weiter sein. Er besitzt einen sehr guten Aufschlag (25 Asse gegen Beutel), eine starke Rückhand und auch einen guten Instinkt für das Doppel. So gehörte er zu dem Kreis der Leute, die Tiriac und Bosch als Doppelpartner von Boris Becker in Betracht gezogen hatten.

Was dem neuen deutschen Meister noch fehlt, umschreibt Wolf-Dieter Späth so: „Er muß noch seinen Kopf in Ordnung bringen.“ Damit sagen will der Vizepräsident dies: „Auch Boris Becker flüpte immer aus, wenn es bei ihm nicht lief. Kühnen muß lernen, klaren Kopf zu bewahren, wenn er einmal nicht 25 Asse schlägt und wenn der Gegner gerade eine gute Phase erwischt hat.“ Vom Verstand her hat der Mannheimer längst begriffen, daß er schnell unter die ersten 50 der Welttrangliste (zur Zeit ist er 165.) kommen kann. Im September hat er in Helsinki sein erstes Grand-Prix-Turnier gewonnen. Unlängst beim Turnier in Basel unterlag er dem Weltklassemann Yannick Noah (Frankreich) nach einem großartigen Kampf erst im dritten Satz ganz knapp. Späth: „Nun weiß er, daß er an einem guten Tag in der Welt alle schlagen kann - die ersten fünf oder sechs ausgenommen. Wenn er es im nächsten Jahr nicht schafft, unter die ersten 50 zu kommen, bleibt er immer ein ewiges Talent. Es wäre schade drum.“

SPORT-NACHRICHTEN

Matthäus verlängerte

München (sid) - Fußball-Nationalspieler Lothar Matthäus hat seinen Vertrag beim FC Bayern München um drei Jahre bis zum 30. Juni 1990 verlängert. Matthäus war zuletzt besonders von italienischen Klubs umworben worden.

Liesen nach Paderborn

Paderborn (dpa) - Heinz Liesen, Mannschaftsarzt der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, wechselt vom Kreislauf-Institut der Deutschen Sporthochschule in Köln an die Universität/Gesamthochschule Paderborn. Liesen übernimmt dort im Januar eine Professur für Sportwissenschaft mit dem Schwerpunkt Sportmedizin.

Uwe Seelers Aktion

Düsseldorf (sid) - Uwe Seeler, Ehrenspielführer der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, wird in einer gemeinsamen Aktion mit dem Fußball-Fachblatt „Kicker-Sportmagazin“ die Deutsche Muskelschwundhilfe unterstützen. Seeler wird dabei Souvenirs von Prominenten verteilen: zum Beispiel ein Tennisdröb von Steffi Graf. Aber auch dies: eine Schiedsrichterpeife von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Nach Kopfstoß gestorben

London (sid) - Nach blutigen Krawallen während eines englischen Pokalspiels zwischen Scarborough und Morecambe ist der Vorsitzende von Scarborough, Barry Adams, an einem Herzinfarkt gestorben. Er hatte versucht, der Polizei bei den Streitereien zu helfen und war dabei durch einen Kopfstoß verletzt worden.

ZAHLEN

EISHOCKEY
Bundesliga: Köln - Frankfurt 5:0, Mannheim - Landshut 4:2, Ischlohn - Riecke 6:2, Kaufbeuren - Düsseldorf 3:2, Rosenheim - Schwenningen 3:1. - Tabellenspitze: 1. Mannheim (104:52 Tore/31:17 Punkte), 2. Köln (102:59/31:17), 3. Rosenheim (106:82/31:17). - Iswestija-Pokal in Moskau, letzter Spieltag: Kanada - Finnland 3:2, UdSSR - CSSR 1:0.

HANDBALL
Bundesliga: Herten - Schutterwald - Lango 24:19, Mühlentshagen - Großwallstadt 25:24.

VOLLEYBALL
Vier-Länder-Turnier in Württemberg, letzter Spieltag: Deutschland - Kuba 3:2 (4:15, 11:15, 15:8, 15:11), Ungarn - Japan 3:2.

GEWINNZAHLEN
„6 aus 45“: 7, 17, 38, 41, 43, 45 - Zusatzzahl: 30. - Eiferwerte: 2, 1, 0, 1, 2, 0, 0, 1, 2, 1. - Rennquittett: Rennen A: 5, 3, 8. - Rennen B: 34, 30, 29. (Ohne Gewähr)

STANDPUNKT / Marktlücke

Der Spitzensport ist hierzulande zumeist Männersache. Am Wochenende haben junge Mädchen eine Marktlücke entdeckt. Beim Biathlon-Europacup der Damen im österreichischen Obertauern und bei den Chiemgau-Meisterschaften in Ruhpolding konnten sich ihre Leistungen in der Loipe und im Umgang mit dem KK-Gewehr durchaus sehen lassen. Es ist nicht mehr ausgeschlossen, daß bei den ersten Weltmeisterschaften vom 24. Februar bis 1. März im finnischen Lahti Skijägerinnen aus der Bundesrepublik an den Start gehen werden.

Bisher war die WM-Teilnahme keineswegs eingeplant. Doch wenn die Mädchen aus dem Sauerland bei den kommenden Europacup-Rennen in Antholz und

Ruhpolding ihre ansprechenden Leistungen bestätigen und auch die Mädchen aus Bayern ihre Fortschritte unter Beweis stellen, werde ich beim DSV den Antrag stellen, drei Damen für Lahti zu nominieren“, erklärte Biathlon-Referent Peter Bayer, ohne den ersten Versuch auf internationalem Parkett überwerten zu wollen. Dennoch: Auch hier sind die Frauen auf dem Vormarsch.

International muß man von Beginn an dabei sein. Die Leistungsdichte ist bei weitem nicht so stark wie im Ski-Langlauf der Frauen. Im Biathlon sind also Achtungserfolge eher möglich. Im Biathlon hängen die Medaillen also bei weitem nicht so hoch. Nicht zuletzt deshalb lassen sich die jungen Damen auch besser motivieren. W.R.

Ihren neuen Ford bekommen Sie schnell. Den vollen Steuervorteil nur bis zum 31.12.1986.

Zwölf Entscheidungshilfen, bevor es knallt

Ford Fiesta mit 1.1-Liter-Motor und ungeregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 750 Mark.

Mit 1.6-Liter-Dieselmotor, maximale Steuerersparnis 1100 Mark.

Ford Orion mit 1.6-Liter-Einspritzmotor und geregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 2200 Mark.

Mit 1.6-Liter-Dieselmotor, maximale Steuerersparnis 1100 Mark.

Ford Escort mit 1.6-Liter-Einspritzmotor und geregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 2200 Mark.

Mit 1.6-Liter-Dieselmotor, maximale Steuerersparnis 1100 Mark.

Ford Escort Cabrio mit 1.6-Liter-Einspritzmotor und geregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 2200 Mark.

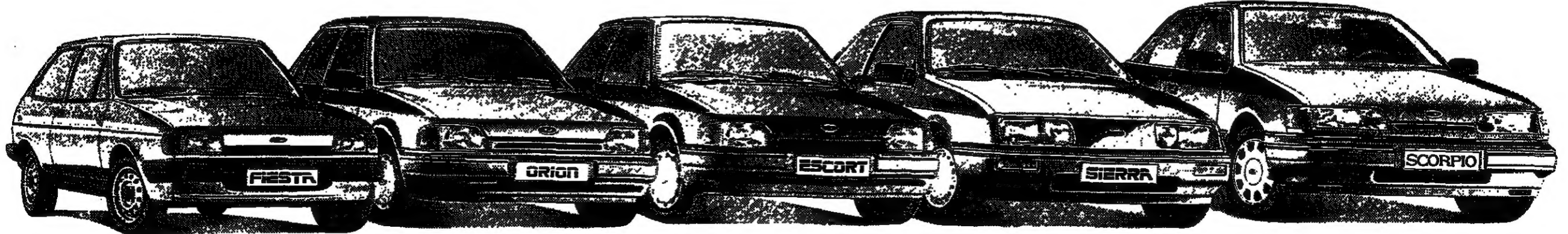
Ford Sierra mit 2-Liter-Einspritzmotor und geregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 2200 Mark.

Mit 2.3-Liter-Dieselmotor, maximale Steuerersparnis 1100 Mark.

Ford Scorpio mit 2-Liter-Einspritzmotor und geregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 2200 Mark.

Mit 2.9-Liter-Einspritzmotor und geregeltem Katalysator, maximale Steuerersparnis 1650 Mark in 1987.

Mit 2.5-Liter-Dieselmotor, maximale Steuerersparnis 1100 Mark.



Wenn am Silvesterabend die Korken knallen, sollten Sie Ihren vollen Steuervorteil schon im trocknen haben. Bei Ford können Sie dabei unter zwölf verschiedenen Möglichkeiten wählen. In jedem Fall kommt das neben Ihrem Geldbeutel auch der Umwelt zugute.

Und noch eins ist sicher: Mit einem Ford bekommen Sie für Ihr gutes Geld auch ein gutes Auto. Wieviel Sie jetzt bei welchem Auto genau sparen, haben wir über jedes Auto geschrieben. Immer vorausgesetzt, Sie lassen Ihren neuen Ford noch in diesem Jahr zu. Wenn Sie sich

noch immer nicht ganz schlüssig sind, lassen Sie sich am besten von einem Ford-Händler beraten. Denn der weiß Bescheid.



SOVIEL AUTO BRAUCHT DER MENSCH.

H.-B. Busses Philippika wider die Kunststhorie

Mehr Mut zur Wertung!

Der Titel ist gut. „Was ist Kunststhorie?“ fragt Hans-Berthold Busse. Allerdings ist diese Zeile eine Anleihe bei Heinrich Wölfflin, der einst „Über kunststhorische Verblendung“ schrieb. Doch mit Wölfflin, wie auch mit Alois Riegl und den anderen Koryphäen der kunststhorischen Zunft, geht Busse hart ins Gericht. Sie hätten lediglich richtige Antworten auf falsche Fragen gegeben. Sie hätten die Kunstgeschichte als Wissenschaft installiert, aber der Glaube, Kunstwerke wissenschaftlich fassen zu können, sei ein Irrglaube, weil die Kunst sich dem diskursiven Denken verschließe. Wissenschaftlichkeit könnten allenfalls die ikonographische und andere auf Sachfragen gerichtete Forschungen beanspruchen, nur blieben sie auf inhaltliche oder historische Fakten fixiert.



Das hängt jedoch nicht mit der Intelligenz der Kunststhoriker, sondern mit dem Wesen der Kunst zusammen. Denn bereits Jacob Burckhardt stellte fest: Könnte man „den tiefsten Gedanken, die Idee eines Kunstwerkes... überhaupt in Worten vollständig geben, so wäre die Kunst überflüssig, und das betreffende Werk hätte ungebaut, ungemalt, ungemalt bleiben dürfen.“ Und im Zusammenhang mit der ausführlichen Interpretation, die Max Imdahl einem Werk von Joseph Beuys angedeihen läßt, kommt Busse zu dem Schluß, daß „das Gedeutete ohne die Deutung kaum bemerkenswert, geschweige denn als Kunstwerk zu erkennen“ wäre.

Wölfflin hat seinerzeit bereits erkannt – und das ist eines der besten Zitate, das Busse zustimmend übernimmt –: „Das vollkommene Kunstwerk muß den Charakter der Notwendigkeit haben. Man muß überzeugt sein, daß gar nichts anders sein und nichts verschoben werden könnte. In dieser durch und durch beding-

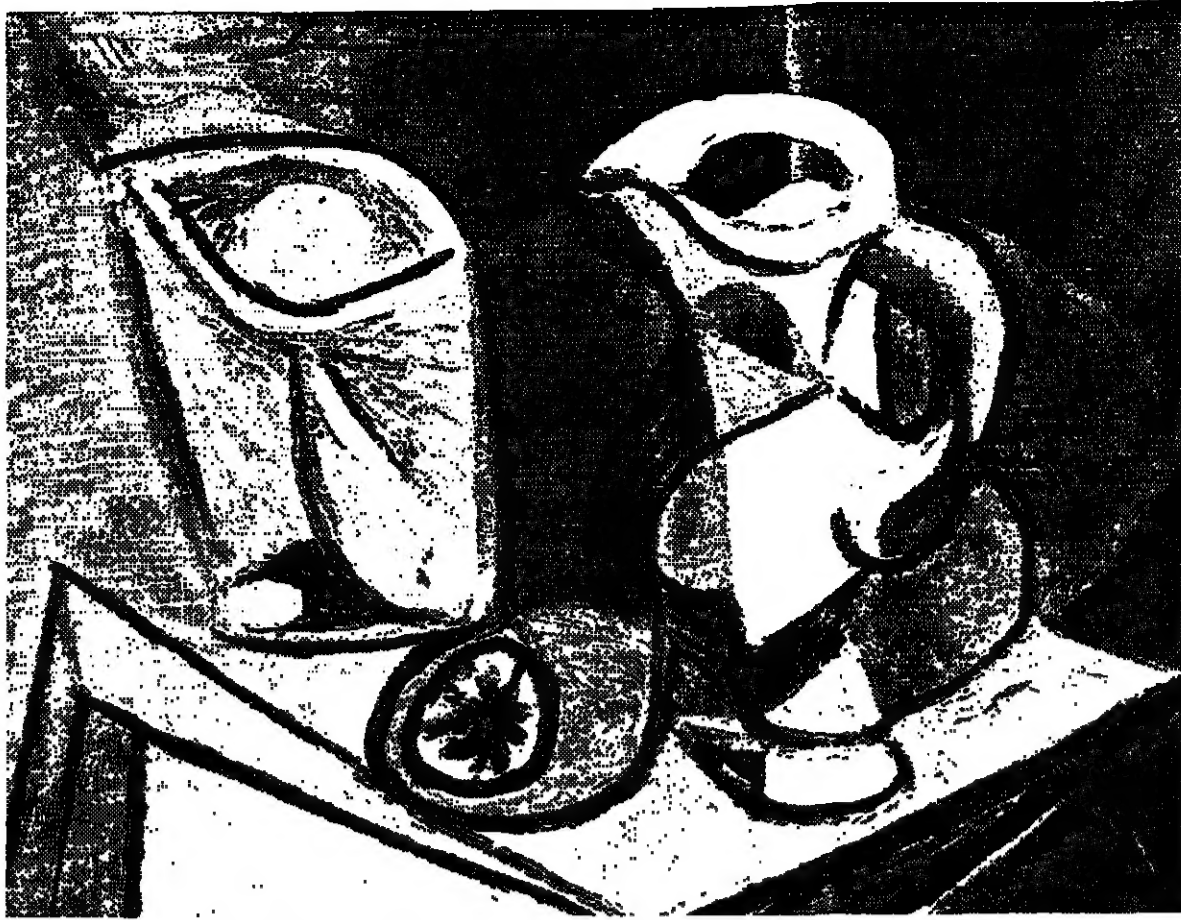
ten Welt, wo eines sich ans andere anlehnt, etwas Unbedingtes.“ Busse weiß trefflich zu zitieren. Sein schmales Buch ist eine Fundgrube schöner Sätze. Gleich der erste Satz, ein Monolog von Thomas Bernhard (aus „Alle Meister“), stimmt den Leser auf eine flotte Polemik ein. „Die Kunststhoriker sind die eigentlichen Kunstvernichter. Die Kunststhoriker schwätzen so lange über die Kunst, bis sie sie zu Tode geschwätzt haben“, liest man da. Nur leider beherzt Busse selbst seinen Eingangssatz nicht. Auch er neigt zur Breite und zum ständigen Wiederholen. Der Satz von der Unfähigkeit zum diskursiven Denken kehrt wohl ein Dutzend Mal wieder.

Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß das Buch aus Vorlesungen entstand, in denen – weil man ja nicht weiß, ob die Hörer von heute schon gestern Hörer waren – die Repetition notwendig sein mag. Den Leser aber langweilt das. Und das ist schade. Denn Busse hat eine Menge Argumente gegen die unangemessene Verwissenschaftlichung der Kunst zur Hand: „Die Avantgarde-Bewertung des Kunstbetriebs ist an der Kunstgeschichtswissenschaft nicht spurlos vorbeigegangen. So fanden und finden unterschiedlichste Interpretationsansätze und intellektuelle Moden aus den verschiedensten Wissenschaften... in der Kunstgeschichtswissenschaft neben deren „klassischen“ Methoden wie Stilanalyse, Ikonographie, Künstlergeschichte u. a. Anwendung.“ Ihnen allen aber ist die „kunststhorische Verblendung“ in Form einer „Wissenschaftsgläubigkeit“ gemeinsam.

Woran es aber den Wissenschaftlern, die Busse nur als „Kunstgeschichtswissenschaftler“ gelten lassen will, den Denkmalspielern wie denen, die professionellen Umgang mit der Kunst pflegen, fehle, das sei der „Mut zur Wertung“. Denn: „Es gilt, den Anspruch und die Absicht, die Kunst der Kunst-Werke restlos zu verstehen, fallenzulassen. Es gilt, sich bewusst zu haben, daß Kunstverständnis und Kunstrezeption nicht dasselbe ist, weil die Kunst der Kunst-Werke nicht intellektuell, sondern gefühlsmäßig erfaßt wird.“

PETER JOVISHOFF

Hans-Berthold Busse: „Was ist Kunststhorie?“, München, 64 S., 16,80 Mark.



Pablo Picasso: „Glas und Krug“ (1944), aus der Ausstellung in Hannover

FOTO: KATALOG

Das Sprengel Museum in Hannover zeigt seine reiche Picasso-Sammlung

Ein Geschichtenerzähler voller Humor

Angeregt von dem gewaltigen Publikumserfolg der Picasso-Zeichnungen in Tübingen und Düsseldorf geht das Sprengel Museum Hannover mit der Werbung für seine hausgemachte Ausstellung in die volle. Schließlich verfügt man über die umfangreichste deutsche Picasso-Sammlung. Rund 450 Nummern zählt die Inventarliste. Das ist eine gewaltige Fülle, auch wenn natürlich ein Großteil davon auf Druckgrafik entfällt. Trotzdem sollte man nicht erwarten, nun mit Picasso-Inkubeln aus aller Welt oder mit neuen Thesen zum Werk konfrontiert zu werden. Man zeigt, was man hat.

Aber man zeigt das schließlich nicht immer. Gewiß, die Stars unter den Gemälden, etwa die „Drei Frauen (rhythmisierte Version)“ mit ihrer das Bild sprengenden Energie, die grünlich-grünliche „Frau mit Blumenstrauß“ von 1909, das malerisch gleich mehrfach gerahmte kleine Gitarrenstillleben von 1918/19 und das große, aufs äußerste reduzierte Still-

leben mit Gitarre, Flasche und Obstschale von 1921, sie zählen zu den ständig präsenten Vorzeigedruckstücken des Museums. Aber schon die Zeichnungen sind aus konservatorischen Gründen zu schonen. Erst recht die druckgrafischen Zyklen, mit denen das Museum aus der Sprengel-Stiftung reich bestückt ist.

Man kann eine ganze Reihe von Blättern aus der frühen „Suite de Saltimbanques“ (um 1905) sehen. Mit den Illustrationen zu Balzac's „Le Chef-d'œuvre inconnu“ schlägt Picasso das Thema des Künstlers und seines Modells an, verbindet es mit mythologischen Bildvorstellungen. Die Minotaurus und die Selbstdarstellung als herkulischer Kämpfer vervollständigen die Suite Vollard. Die Radierungen zu Buffons „Histoire naturelle“ überraschen durch die kleinen Formate ebenso wie durch die verspielten Striche, mit denen Fell und Federkleid skizziert werden. Picassos lebenslange „Hispanidad“ manifestiert sich noch Ende der

Fiat hilft, Florenz von der Autoflut zu befreien
Park und See für Novoli

Die Piazza della Signoria in Florenz gehört, wie San Marco in Venedig und der Petersplatz in Rom zu den berühmtesten Plätzen der Welt. Die Stadtverwaltung von Florenz möchte diesen Platz wieder so pflastern wie zur Zeit der Renaissance. Die Denkmalschützer dagegen möchten ihn auf Stahlträger stellen und darunter ein Museum für die vor drei Jahren hier ausgegrabenen Reste römischer Thermen und hochmittelalterlicher Gebäude schaffen.

Das Pro und Contra wird so erregt diskutiert, wie die anderen seit Jahren erwogenen Pläne. Florenz vor dem Ersticken im Verkehr zu retten. Der Vorschlag, das Zentrum für Autos zu sperren und Tiefgaragen für errichten, ist leicht gemacht, aber kaum zu realisieren. Denn wo man in der Stadt gräbt, stößt man auf Ales und Antikes und damit auf ein Veto der Denkmalschützer. Außerdem: Woher nimmt man die Mittel und woher die Zustimmung der ewig zerstrittenen Parteien? Ja, wenn es noch Fürsten gäbe, wie einst, die das Geld und die Macht hatten...

In Italien haben inzwischen Privatindustrie und Wirtschaft ein wenig die Rolle der Fürsten übernommen. Einer der mächtigsten von ihnen, Fiat, legte jetzt seinen Plan für Florenz vor. Es geht dabei um Novoli, die häßlichste unter den wild gewachsenen Vorstädten im Nordosten.

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg hatte Fiat hier ein 32 Hektar großes Areal zwischen Feldern erworben und eine Fabrik für Ersatzteile gebaut. Die soll nun samt ihrer 1000 Arbeiter und Angestellten weiter in den Norden verlagert werden. Auf dem freigewordenen Gelände wird ein Wohnkomplex von mehr als einer Million Kubikmetern erbaut, während 17 Hektar in eine Parklandschaft mit See umgewandelt werden sollen. Darunter wird eine Tiefgarage Platz für 5000 Autos bieten. Zum Dank für die Genehmigung erhält die Stadt als Geschenk den Bauplatz für einen neuen Justizpalast. Das Ganze soll in sieben Jahren für etwa 600 Milliarden Lire realisiert werden. Den Auftrag, mitten in der Zementwüste von Novoli eine Parklandschaft zu schaffen, erhielt Lawrence Halprin, Amerikas berühmter Landschaftsarchitekt.

Der Vortag, den er eben bei einem internationalen Architekturkongress in Florenz hielt, sowie die Ausstellung seiner Entwürfe und Werke, die San Francisco entliehen hat (Fortezza Bth).

Aber auch Kritiker sind schon auf dem Plan. Neunzig Intellektuellen mit großen Namen und wütenden Gegnern des längst akzeptierten Projekts, mißfällt, daß Fiat dabei ein gutes Immobiliengeschäft macht, weil das Verwaltungsgebäude nahe am Bahnhof einem Hilton-Hotel Platz machen soll. Die Opposition fordert, man solle das historische Zentrum sanieren, bevor man an die Vorstädte denkt. Das ist gewiß richtig, aber die Stadt hat nicht die Mittel, das Richtige zu tun. Und die Opposition weiß auch nicht, wo man sie aufreiben könnte. So bleibt das Zentrum von Florenz, das sich immer mehr mit Fastfood-Establishments und mit so vielen Schuhgeschäften füllt, als gelte es, Tausendfüßler zu bejagen, ein Musterbeispiel für die traurige Tatsache, daß die berühmtesten Städte am schnellsten im Namen des Massentourismus verkommen.

Der Architekt Michelboud, mit 96 Jahren eine lebende Legende unter den großen Baumeistern unserer Zeit, sagte mir: „Wir müssen unser Mißtrauen, das nur zu ewigen Diskussionen führt und nie zu Taten, ablegen und dankbar für einen positiven Schritt sein.“

Es gehört zu den freundlichen Paradoxa der Geschichte, daß sich ausgerechnet der größte Autoproduzent Italiens, nach dem Erwerb des Palazzo Grassi in Venedig, der einzigen autonomen Stadt Europas, darum bemüht, Florenz vor dem Ersticken unter Autos zu bewahren.

MONIKA VON ZITZEWITZ

„Peter der Große“: Was für ein schlechter Film

Schnellimbiß Mehlspeise

Was hat Ludwig Uhlend mit dem russischen Zaren Peter I. gemein? Nun, Peter kannte schon 100 Jahre vor Uhlend dessen Gedicht „Des Schöpfers Sonett“ mit der Zeile: „Ich bin allein auf weiter Flur“. Wie das, fragt sich der Zuschauer. Die Antwort ist wie alles in dem vierteiligen Fernsehfilm banal: Wer immer dem Akteur das in den Mund gelegt hat, er dachte an die aktuelle ironische Zitierroutine Uhlends, ohne von dessen Existenz aus nur eine Ahnung zu haben. Dies sei vermerkt, weil es die schludrige Arbeit der Filmemacher kennzeichnet.

Der Synchronisator, um ein anderes Beispiel zu nennen, läßt die Darsteller von den „Schreitenden“ reden, als handele es sich um eine schwäbische Mehlspeise. Und als der an seinem aufreissigen Sohn verzweifelte Zar dessen Todesurteil unterschreiben soll, legt er nach der Lektüre des Pergaments den Stift beiseite. Warum wohl? Hat er sich eines Besseren besonnen? Wir Zuschauer sehen den wahren Grund: Das Urteil war in englischer Sprache abgefaßt. Obwohl dieses harte Urteil etwas „mit dem Überleben der Nation zu tun“ hat, wie wir erfahren.

Solches ist freilich mehr als nur ein Lapsus. Diese „modernisierten“ Wendungen geraten in die Nähe der Geschichtsklitterung. Freilich ist es kein Dokumentarfilm, freilich hat ein Film der Wahrheit über die Wirklichkeit zu dienen, aber der Transfer heutiger Redewendungen in Peters Zeit dient nicht der Wahrheit, sondern der Leichtverdaulichkeit der angebotenen Ware. Wenn eine künstlerische Wahrheit über allem stünde, das ist die Absicht, einen Blick zu werfen in

das Netz von Ehrgeiz und Triebhaftigkeit, von Machtgelüste und Menschenverachtung, von Politik und Narzissmus, dann dürfen sich Autor und Regisseur im Namen des Essentiellen vom Mechanismus zufälliger Abläufe lösen.

Aber ist der unstrittige russische Selbstherrscher nunmehr besser zu verstehen? Und genauso wichtig ist die Frage: Sind wir einem Verständnis unseres Nachbarn im Osten etwas nähergerückt? Ahnen wir jetzt deutlicher den Zwiespalt Peters, der nicht nur sein persönliches Problem war, jenen Zwiespalt zwischen dem Drang, den Westen zu überholen und der inneren Verhaftung in dem, was man später die russische Seele zu nennen pflegte?

Aber was reden wir darüber! Es gibt keinen Anlaß zu vermuten, der Sechsstunden-Zirkus habe etwas mit Wirklichkeit oder Erkenntnis zu tun. Peter der Große als „fast food“, als Schnellimbiß, das ist die Definition dieses Produkts. Wie anders wäre es sonst zu verstehen, daß die erste Hälfte dieses Massenstücks einen Titelhelden vorführt, der so handelt, als ob er eine Schüleraufführung von Jan Niklas. Und wie erklärt es sich, daß in der zweiten Hälfte der turbulenten Still-Illustration ein Maximalist Schell seine schauspielerische Dimension auf die klüglicheste verkürzt? Und warum beschränken sich die Regisseure auf die (allerdings grandiose) Fähigkeit zur Führung von Schlächtern und zur Plazierung der toten Soldaten? „Das war's denn auch!“ (Originalton „Peter der Große“ – der letzte Teil heute um 10.30 Uhr wiederholt).

VALENTIN POLCUCHE

Moskau: Grobe Fehler

Peter der Große“ stieß bei sowjetischen Kritikern, die den Film intern sahen, auf Ablehnung. Sie bemängelten insbesondere den „freizügigen“ Umgang mit historischen Fakten. Die Geschichte sei so interessant, daß man nichts dazufinden müsse, heißt es in der „Prawda“. Wozu diese historischen Schlampereien, fragt auch „Nowoje Wremja“. Grobe Fehler hätten sich eingeschlichen.

So sei bekannt, daß Katharina, die Zarin werden sollte, Ausländerin war. Russische Soldaten hätten sie während des Schwedenkrieges gefangen genommen. Doch im Drehbuch hätte das so ausgesehen: Katharina wurde nicht in Schweden, sondern während Peters erstem Asowschen Feldzugs den Türken entrisen. Kurzum: „Mit dem Stoff hat man eine bessere Schmierkomödie gedreht.“ Kritisiert wird auch, daß Menschikow, Peters Gefährte, als „Bandit und Mörder“ dargestellt wird. Kurzum: „Der Film ist ziemlich gelb ausgefallen“, schreibt „Nowoje Wremja“.

Gelobt wird allerdings der deutsche Schauspieler Jan Niklas. Begabt sei er, er bringe die ganze Gefühlswelt über, „echtes Erlebnis-theater“. Hätte er den Peter von Anfang bis Ende gespielt – die Rolle hätte stärker ausgesehen. Doch Niklas sei wohl kein Star gewesen, dafür war Maximilian Schell einer. Doch, so berichtet eine Kostümbildnerin der Dreharbeiten in Rußland, mit Schell hatte man Schwierigkeiten. Er habe sich ausschließlich auf seine Gesundheit konzentriert, sich so dick eingemummelt, „daß er sich in einen Wurzelsepp verwandelt“ habe.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

SAT 1 will viel an der Spree produzieren
Für Berlin und Potsdam

Der Privatsender SAT 1 kommt nach der Entscheidung des Berliner Kabelrates, den Fernsehkanal 25 für drahtlose Verbreitung an ihn zu vergeben (siehe auch WELT von gestern) demnach nicht nur in rund 900 000 Westberliner Haushalte mit Fernsehanschlüssen. Auch etwa eine Million Haushalte in Ost-Berlin und in der Umgebung der Stadt, vor allem im Bezirk Potsdam, können dann den Privatsender empfangen. Allein im Westteil der Stadt – für die Werbebeeinflussung wichtig – vervierfacht sich die Zahl der SAT 1-Kunden.

Die knappe Entscheidung zugunsten SAT 1 im Wettbewerb um Kanal 25 gegenüber Mitkonkurrent RTL plus ist von Politikern der Berliner CDU/FDP-Regierungsfractionen begrüßt worden. „Eine Chance für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik“, betont FDP-Chef Walter Rasch. „Der bisher uneinholbar erscheinende Vorsprung Münchens und Hamburgs im Bereich der Fernsehproduktion kann nun aufgehoben werden“, erklärt für die CDU Uwe Lehmann-Brauns. Um den kulturellen und wirtschaftlichen Effekt zu sichern, solle der Senat prüfen, in welcher Form Förderungen, etwa der Filmförderung, entsprechend, möglich sind.

SAT 1 erhielt nicht nur den Zuschlag, weil der Sender eine verstärkte Berlin-Berichterstattung, z. B. ein regelmäßiges Berlin-Magazin zugesagt. „Die große Chance für die Stadt als Medienstandort sind die Pläne des

Senders, Eigenproduktionen wie Filme, Serien, Magazine usw. künftig in Berlin herzustellen“, sagt Adalbert Rohloff, Geschäftsführer der Berlin-Projektgesellschaft für Kabelkommunikation.

Dem ARD-Sender SFB (Sender Freies Berlin) aber sitzt die Konkurrenz im Nacken. „Frühstücksfernsehen“ vom RIAS, SAT 1-Programm und abends noch eine Lokalsendung vom RIAS – so sieht das Fernsehprogramm der Zukunft (von der Funkausstellung an) für ganz Berlin zusätzlich zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen aus. Besonders die regionale SFB-Abendschau mit derzeit hohen Einschaltquoten ist dann nicht mehr konkurrenzlos.

„Für die Entwicklung unserer Zuschauerreichweite und die Perspektiven unseres Senders ist die Berliner Entscheidung wichtig“, sagte SAT 1-Geschäftsführer Jürgen Doetz der WELT. „Ausnahmslos“ werde zusätzlich zu den Eigenproduktionen die Synchronisation für alle SAT 1-Erstsendungen in Berlin erfolgen.

Auf rund 50 Millionen Mark jährlich beziffert Doetz das Berlin-Engagement von SAT 1. „Auf regionaler Basis sind wir offen für die Zusammenarbeit mit allen anderen privaten Interessenten“, sagt Doetz. Zu Beginn der Funkausstellung 1987 wird SAT 1 (Ost-Berlin und „DDR“ nicht mitgerechnet) die zehn-Millionen-Zuschauergrenze überschreiten.

DIETER DOSE

KRITIK

Zum Wohl der Untertanen

Manche nannten ihn „sozialreformmerischen Schwärmer“, jenen Peter Leopold, der ein Vierteljahrhundert lang Großherzog von Toskana war, ehe er als Nachfolger seines Bruders Joseph II. zwei Jahre lang als Kaiser regierte. Daß er alles andere als ein Träumer war, zeigte die erste Folge der Serie „Aufklärung und Revolution (West III)“, die dem Sohn Maria Theresias gewidmet war.

In vielen seinem Bruder Joseph ähnlich, machte der Habsburger aus seinem Territorium ein „Musterland der Aufklärung“, Tortur und Todesstrafe wurden abgeschafft. Das Militär wurde durch eine Bürgermiliz ersetzt. Wie Joseph wandte sich auch Leopold gegen kirchliche Privilegien, nahm ihr Schulmonopol und Gerichtsbarkeit.

Leopold war – dies machten Erhard Kläss und Achatz von Müller deutlich – davon überzeugt, ein Fürst sei zum Wohl der Untertanen da und ihnen, nicht dem Staatswohl, habe jeder Fortschritt zu dienen. Ob Einführung der Gewerbefreiheit, Trokelenlegung der Sümpfe oder die Umgestaltung der Florentiner Offizien aus einem Kuriositätenkabinett in ein Kunstmuseum – vieles wirkt heute noch. Peter Leopold ist einer der seltenen Habsburger, dessen sich Italiener dankbar erinnern.

Leopold (dargestellt von Peter Eschberg) war kein Utopist. An seinem Lebensende jedoch, als er die excessiv-schematischen Reformen seines Bruders in den Erblanden revidieren mußte, erkannte er, daß angesichts der Französischen Revolution jede Evolution ihren Sinn verloren hatte. (Zweite Folge am Sonntag über Samuel Pepys.)

HENK OHNESORGE

| | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>9.45 Info: Gesundheit 10.00 Info: Tagesnachrichten 10.25 Peter der Große (4)</p> <p>15.20 Meisterwerke der Musik 15.35 Souvenirs, Souvenirs 16.05 Königin Luise 16.15 Königlich Preussischer Spielfilm (1956) Mit Ruth Leuwert, Dieter Borsche Regie: Wolfgang Liebeneiner</p> <p>15.50 Tagesschau 16.00 Die Skizzen von Isaura (18) 16.25 Rund um das Donau Kölnischer Geschichten erzählt Amin Mahwald</p> <p>16.45 Späti am Dienstag Zeichentrickfilme 17.05 Tagesschau 17.05 Regionalprogramme 18.00 Tagesschau 20.15 Die Montagsmaler Mit Siggi Harrel Vier Mariae gegen vier Josefs Gaststar: Harald Martens</p> <p>21.00 Was ist das Deutsche Vaterland? Zum aktuellen Streit um die Geschichte Moderation: Peter Götter 21.05 Miamil Wica Die Wälsche Kolonisierendes Rückkehr (1) 22.30 Tagesschau 22.30 Kulturwelt Mord als Märchen? Das Erfolgsrezept der Agatha Christie Dokumentation von Janet Morgan</p> <p>23.45 Nachtgedanken Kurt Tucholsky: Die Redensart</p> | <p>11.55 Ich heirate eine Familie 12.40 Tagesschau 12.55 Tagesschau 13.00 Tagesschau</p> <p>13.25 Als Amerika nach Olympia kam (2) Film über die ersten Olympischen Spiele der Neuzeit in Athen 1896 14.15 Wer wird schon reich besten Miliardär? Amerikanischer Musikfilm (1941) Mit Fred Astaire, Rita Hayworth 15.40 Examen in Form (5) 16.04 Planmännchen Mit Francis Best und Axel Becker 16.30 Sportstudio für junge Zuschauer 17.00 heute/Am den Ländern 17.15 Tele-Hilfsstoffe 17.45 Mit dem Kopf durch die Wand Familienquiz Der Lottomeister Die Schatzsuche. Serie 19.00 heute 19.30 Herztransplantation Der Wert der Uhr Reportage von Günter D. Alt und Wolfgang Fandrich</p> <p>20.15 Heute ist ein stilles Wort (3) Fernsehfilm nach Sidney Sheldon 21.05 heute-journal 22.05 Die Wälsche Fernsehfilm nach dem gleichnamigen Roman von Josef Zoderer Mit Maria Colbin, Lino Capolicchio Regie: Werner Merten</p> <p>23.40 Arcangelo Corelli Concerto grosso op. 6 Nr. 8 Weihnachtskonzert der Academy of St. Martin-in-the-Fields 23.55 heute</p> | <p>18.35 Indian River Eine lange Nacht 18.40 heute 18.45 heisses Weihnachtsgeschenk (2) 18.50 heute 19.10 Pörry und der Pörrschel US-Serie „Western von gestern“ 19.40 Verliebt in eine Heide Fröhliche Weihnachten 19.50 heute 19.55 heute, Chemie, Meiose Woher kam das Leben 19.56 heute 19.58 heute 19.59 heute 20.00 heute 20.01 heute 20.02 heute 20.03 heute 20.04 heute 20.05 heute 20.06 heute 20.07 heute 20.08 heute 20.09 heute 20.10 heute 20.11 heute 20.12 heute 20.13 heute 20.14 heute 20.15 heute 20.16 heute 20.17 heute 20.18 heute 20.19 heute 20.20 heute 20.21 heute 20.22 heute 20.23 heute 20.24 heute 20.25 heute 20.26 heute 20.27 heute 20.28 heute 20.29 heute 20.30 heute 20.31 heute 20.32 heute 20.33 heute 20.34 heute 20.35 heute 20.36 heute 20.37 heute 20.38 heute 20.39 heute 20.40 heute 20.41 heute 20.42 heute 20.43 heute 20.44 heute 20.45 heute 20.46 heute 20.47 heute 20.48 heute 20.49 heute 20.50 heute 20.51 heute 20.52 heute 20.53 heute 20.54 heute 20.55 heute 20.56 heute 20.57 heute 20.58 heute 20.59 heute 21.00 heute 21.01 heute 21.02 heute 21.03 heute 21.04 heute 21.05 heute 21.06 heute 21.07 heute 21.08 heute 21.09 heute 21.10 heute 21.11 heute 21.12 heute 21.13 heute 21.14 heute 21.15 heute 21.16 heute 21.17 heute 21.18 heute 21.19 heute 21.20 heute 21.21 heute 21.22 heute 21.23 heute 21.24 heute 21.25 heute 21.26 heute 21.27 heute 21.28 heute 21.29 heute 21.30 heute 21.31 heute 21.32 heute 21.33 heute 21.34 heute 21.35 heute 21.36 heute 21.37 heute 21.38 heute 21.39 heute 21.40 heute 21.41 heute 21.42 heute 21.43 heute 21.44 heute 21.45 heute 21.46 heute 21.47 heute 21.48 heute 21.49 heute 21.50 heute 21.51 heute 21.52 heute 21.53 heute 21.54 heute 21.55 heute 21.56 heute 21.57 heute 21.58 heute 21.59 heute 22.00 heute 22.01 heute 22.02 heute 22.03 heute 22.04 heute 22.05 heute 22.06 heute 22.07 heute 22.08 heute 22.09 heute 22.10 heute 22.11 heute 22.12 heute 22.13 heute 22.14 heute 22.15 heute 22.16 heute 22.17 heute 22.18 heute 22.19 heute 22.20 heute 22.21 heute 22.22 heute 22.23 heute 22.24 heute 22.25 heute 22.26 heute 22.27 heute 22.28 heute 22.29 heute 22.30 heute 22.31 heute 22.32 heute 22.33 heute 22.34 heute 22.35 heute 22.36 heute 22.37 heute 22.38 heute 22.39 heute 22.40 heute 22.41 heute 22.42 heute 22.43 heute 22.44 heute 22.45 heute 22.46 heute 22.47 heute 22.48 heute 22.49 heute 22.50 heute 22.51 heute 22.52 heute 22.53 heute 22.54 heute 22.55 heute 22.56 heute 22.57 heute 22.58 heute 22.59 heute 23.00 heute 23.01 heute 23.02 heute 23.03 heute 23.04 heute 23.05 heute 23.06 heute 23.07 heute 23.08 heute 23.09 heute 23.10 heute 23.11 heute 23.12 heute 23.13 heute 23.14 heute 23.15 heute 23.16 heute 23.17 heute 23.18 heute 23.19 heute 23.20 heute 23.21 heute 23.22 heute 23.23 heute 23.24 heute 23.25 heute 23.26 heute 23.27 heute 23.28 heute 23.29 heute 23.30 heute 23.31 heute 23.32 heute 23.33 heute 23.34 heute 23.35 heute 23.36 heute 23.37 heute 23.38 heute 23.39 heute 23.40 heute 23.41 heute 23.42 heute 23.43 heute 23.44 heute 23.45 heute 23.46 heute 23.47 heute 23.48 heute 23.49 heute 23.50 heute 23.51 heute 23.52 heute 23.53 heute 23.54 heute 23.55 heute 23.56 heute 23.57 heute 23.58 heute 23.59 heute 24.00 heute</p> |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Glykol ist wieder da

egw - Von Kellerdüften umhüllt wird man demnächst in Österreich über die beschnittenen Straßen gleiten, wenn die Erfindung des Herrn Toni Kahlbacher von den Behörden endgültig gutgeheißen ist. Es geht um die Verbesserung des Straßenzustandes. Das Grundmaterial ist am Ort reichlich vorhanden. Es ist nämlich mit Glykol versetzter Wein. Das von dem Straßentrümpferzeuger Kahlbacher entwickelte Produkt übertrifft das übliche Streusalz so stark an Wirkung, daß bei seinem Einsatz ein Drittel von diesem eingespart werden kann.

Was aber nicht die einzige vorteilhafte Wirkung ist. Es soll auch die Korrosionsanfälligkeit der Wagen vermindern und, last not least, die Kummerfalten im Antlitz der zuständigen Beamten glätten, die nicht wissen, wohnen mit den beschlaggenommenen enormen Mengen an Glykolwein.

Sie wären dann, wenn's einmal so weit ist, die Sorge um die Entsorgung des fragwürdigen Produkts los, das sie derzeit treulich bewahren. Das tun sie so gut, daß es dem Erfinder des „Superstreusalzes“ KF nicht möglich gewesen war, das nötige Grundmaterial für seine Experimente zu kaufen - weshalb er die nicht ungewöhnlichen Umwege beschreiten mußte, die in Österreich häufig zum Ziel führen.

Wie kam er aber auf seine Idee? Das hatte eine semantische Ursache: Die Benennung des Glykolweins als „Frostschutzperle“ war es, die ihn darauf hinführte. Offenbar kein Automobilist, war ihm Glykol als Frostschutz für den Kühler wohl nicht vertraut.

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen, denken wohl die inzwischen im Gefängnis sitzenden Erzeuger des Glykolweins, der sich jetzt zu einer Wohltat für die Autobesitzer entwickelt, ohne aber das Strafmaß für seine Produzenten herabzumindern. Es scheint der Justitia nicht im Handgelenk zu zucken.

Bonn: Puccinis „Tosca“ unter G. del Monaco

Im Zauber der Kulissen

Wenn Mario Cavaradossi mit brennender Zigarette im Mundwinkel auf die Bühne kommt, der Mesner die achtlos auf den Kirchenboden geworfene Kippe aufliest und zu Ende schmaucht, wundert man sich wohl, was da den Bonnern für eine „Tosca“ ins Haus steht. Zigaretten gab es schließlich anno 1800, das Stück doch spielen soll, in Rom noch nicht und auch nicht in Paris, von wo der republikanische Maler vielleicht ein paar Moden hätte nachahmen können. Cavaradossi als Abbild des Kettenrauchers Puccini vielleicht? Das ganze Stück 100 Jahre weiter transportiert, von 1800 nach 1900, dem Jahr der Uraufführung? Oder gleich noch weiter ins faschistische Italien, in dem ein paar neunmalige Regisseure das Stück jüngst angesiedelt haben mit ihren Inszenierungen?

Nein, keine Bange, beim Regisseur Giancarlo del Monaco und seinem Bühnenbildner Michael Scott spielt Puccini „Tosca“, wann sie zu spielen hat. Das Stück ist ja tatsächlich historisch genau festgelegt: am 14. und 15. Juni 1800, unmittelbar nach der Schlacht bei Marengo. Ohne diese genaue historische Folie bliebe von „Tosca“ nichts als eine pure Dramatik, aber doch ziemlich belanglose Liebes-, Eifersuchts- und Notnachts-Geschichte mit dreifach tödlichem Ausgang. Daß es diese Episode, aus der Sardou ein Theaterreißer für Sarah Bernhardt gesponnen hat, tatsächlich so hätte geben können, macht schon einen großen Teil der Eindringlichkeit der Oper aus.

Del Monaco kennt dieses Stück wie seine Westentasche. Sein Vater hat schließlich den Cavaradossi oft genug gesungen. Aber selbst: Bei jenen Stücken, mit denen er aufgewachsen ist, konserviert del Monaco das überkommene, etwas gedanklose Sängertheater fast zu sorgsam. Dem markanten Auftritt Cavaradossis, forsch, präzis, provozierend, folgt nichts Entsprechendes mehr. Aus dem Mann, dem man ansieht, daß er auf diesen

Staat, diese Obrigkeit, diese Gesellschaft und diese Kirche spuckt, der an der nächsten Revolution mitzudenken wird, wie er die vorigen mit angestrichelt hat, aus dieser Figur wird im Nu der Sänger Giacomo Aragall, der heute abend Cavaradossi singt.

Er singt den Part mit schönen, typischen, kernigen Tönen in der Mittellage und solange ihn Puccini nicht wirklich in die höchsten Tenorlagen schickt. Da bricht Aragalls Stimme dann ein paar mal zusammen. Da sein Atem ein bißchen kurz ist, drückt er auf Tempo. Das hört der Dirigent Garcia Navarro. Stuttgarts künftiger GMD, gar nicht gern und beharrt auf seinem langsamen Grundtempo. Die Harmonie ist nicht vollkommen zwischen Bühne und Orchester. Aber Navarro setzt sich durch.

Bonn bietet für die Titelpartie Eva Marton auf, die wohl gesuchteste Sängerin dieser Rolle heute. Ihre große Stimme hat ziemlich früh schon von der Wärme und Üppigkeit verloren, die sie einmal auszeichnete, sie neigt doch hörbar zur Schärfe, aber den ersten Teil ihres „Vissi d'arte“ singt sie dann doch sehr schön. Ihr Problem mit der Tosca ist eher ein darstellerisches: Sie hat nicht jene natürliche Autorität der Primadonna. Sie ist Scarpia keine wirkliche Gegenspielerin. Sie hat den zweiten Akt verloren, kann da sie auf der Bühne ist. Scarpia, der dritte im Bunde der großen Stimmen, ist Ingvar Wixell, noch immer imponierend in der Entladung seines donnernden Baritons, mit seinem großen Ton, seinen durchschlagenden Höhen. Ein subtiler Gestalter, der aus Worten etwas macht, ist er nicht.

Die Kulisse für diese Sänger des großen Kalibers, nämlich Michael Scotts Bühnenbild, besticht in seiner wuchtigen Louis-XVI-Eleganz. Gold auf Schwarz in Scarpias Arbeitszimmer, grandiose Klassizismus-Architektur im Kirchenbau. Da werden sich die anreisenden Singstars wohl fühlen können: Kostbarkeit zu Kostbarkeit. REINHARD BEUTH

John Hughes' neuer Film „Ferris macht blau“

Bitte nur rote Ferraris!

Schon der galaktische Wunder-Smog „E.T.“ schüttete sein gutes Herz nur Kindern aus, während ihn der treuehafte Forscherdrang der Erwachsenen fast das Leben kostete. Denn immer häufiger reserviert Hollywood die ehrlichen Gefühle und die großen Abenteuer für seine junge Zielgruppe. So mußte natürlich ein Teenager die riskante Reise „Zurück in die Zukunft“ wagen. Als besonders einfallreicher Prediger des neuen Jugendgeistes tritt sich dabei Regisseur John Hughes hervor. Sein „Frühstückclub“ blieb pubertären Problemen vorbehalten, und in „Lisa - der helle Wahnsinn“ wurden die störenden Erwachsenen notfalls gar in den Wandschrank gesperrt.

Diese ohnehin unüberwindlich scheinende Mauer zwischen den Generationen hat Hughes in seinem jüngsten Film noch einmal kräftig aufgestoßen. Sein Titelheld „Ferris“, nämlich, ein 17-jähriger Schüler mit elektronischen Talenten, ist in Elternhaus und High-School von Humorlosigkeit, Langeweile und Unverständnis umzingelt. Die Lehrer lehren ihre weltfremden Lektionen mit aufreizender Monotonie herunter, und die Eltern scheinen im Alltagstrott längst vergessen zu haben, welche wilden Früchte der Lebensbaum bereithält.

Kein Wunder also, daß Ferris solch unerquicklicher Routine immer wieder einfallreich den Rücken kehrt. Da wird der Mutter eben rasch eine lästige Krankheit vorgespielt, da werden der beste Freund Cameron kurzerhand mit dem trickreich programmierten Telefoncomputer beim Direktor entschuldigt und die hübsche Freundin im heimlich geliebten Ferrari von der Schule abgeholt. Schon bräut man mit geöffnetem Verdeck durch Chicago, um sich zwischen Sportstadion und Museum nach Herzenslust im Selbstbedie-

nungsladen der Zerstreuungen zu tummeln.

Irgendwie muß Regisseur John Hughes freilich gespielt haben, daß allein dieses frisch-fröhlich propagierte Nichtstun den Film kaum tragen könnte. Also begnügt er sich nicht mit seiner anblenden Huldigung aus überschäumender Lebensgefühl der Teenies, sondern er zielt mit der grotesken Dauerfährde zwischen dem Genießer Ferris und dem verkleumten Direktor Rooney geschickt auf Zwerchfell. Klug sind die Fettnäpfchen auf Rooney's kurvenreichen Lebensweg platziert, wie die Regie überhaupt in den Slapstick-Momenten am ehesten überzeugt. Nur ersetzen solche gelegentlichen Scherz eben nicht jenen satirischen Stachel, der auch das Selbstverständnis der jugendlichen Helden kritisch ritzen könnte. Doch Hughes sucht ja gar nicht die anstrengende Auseinandersetzung, sondern die naive Identifikation.

In seinem clever gemixten Cocktail aus verdünntem Existentialismus und modischem Luxusstreben würden ernste Probleme auch nur stören. Gewiß darf der schlaksige Cameron in einer schwachen Minute seine Zukunftsangst bekennen. Doch insgesamt haben weder Pessimismus noch Nachdenklichkeit gegen den schlichten Appell zum ungestümen Genuß eine Chance. Das liegt zweifellos auch an Hauptdarsteller Matthew Broderick, der Ferris mit farschlichem Charme zum Guru einer schicken Oberflächlichkeit macht. Seine Botschaft klingt denkbar einfach: Es besteht kein Grund zur Sorge, so lange man noch rote Ferraris in der Garage, die Cartier-Uhr am Handgelenk und natürlich die ebenso reichen wie ahnungslosen Eltern zu Hause hat.

WILM HART

Österreichs Beitrag zum Expressionismus - Zum 100. Geburtstag des Dichters Albert Ehrenstein

Mit Albert Einstein gegen das Sonett

Albert Ehrenstein, das ist ein heute verschollener Name, ein fast gänzlich vergessenes Werk von Prosa, Lyrik, Essays und Übersetzungen. Selbst Literaturkundige haben Mühe, das Profil Albert Ehrensteins aus dem Gedächtnis zu zeichnen. Einen bescheidenen Zugang bietet noch der Büchermarkt an: eine Auslese in der Edition „Text + Kritik“. Jörg Drews, der Herausgeber, hat ihr eine symptomatische Vorrede vorausgeschickt: „Wie bin ich gespannt dem Kohlenwagen meiner Trauer.“ Eine charakteristische Metaphorik; Pathos des Seelenhaften und Banales sind bildsinnig kombiniert: der klagende Leidende zugleich als armer, versklavter Hund.

Gewiß, man glaubt sich einig über Ehrensteins Zeittort: Expressionismus. Seither hat sich nicht nur in der Literatur viel geändert; er ist historisch fernergerückt. Ehrenstein ist in die Vorstellungen vom Expressionismus eingegangen - ist er mit ihm auch untergegangen? Er hat seine Motive, seine Sprache nicht innovativ bestimmt - andere waren ihm darin voraus und überlegen. Aber er hat der expressionistischen Stimmungslage und Stilgebärde den wohl beftigsten, dissonantesten Ausdruck gegeben.

Das erste Prosawerk (1911) des ehrgeizigen, jungen, hochintellektuellen und antibürgerlichen Literaten aus Wien, Sohn von jüdisch-ungarischen und slowenischen Eltern, blieb seine glühendste dichterische Leistung. Der Monolog eines Außenseiters, heimlich, bindungslos und bestimmungslos, dem als einzige Identifikation sein bezugloser Name „Tubutsch“ eignet, ist eine ironisch-schmerzvolle Selbstbeschreibung und eine Figur, die für viele zur Schlüsselfigur wurde: Entfremdung gegenüber der Stadt und Bürgerwelt, Entfremdung selbst gegenüber, melancholisch-sarkastisch bis zur Selbstzerstörung. Tubutsch erkennt sich selbst in allen hilflosen, leidenden Kreaturen, noch in der erschoffenen Fliege, die sich in sein Tintenfaß gestürzt hat.

Diese schmale, ungemessen sensible Erzählung brachte neue Ton- und Stimmungsmischungen in die deutsche Erzählkunst ein. Noch niemals war so sinnlich-intensiv im Lächerlich-Banalen das Weltbild eines Vereinsamten gespiegelt worden, der enttäuscht und verloren, sich fremd gegenüber allen Zusammenhängen seiner Umwelt fühlt und erfährt.

Österreichisches Literaturerbe ist unverkennbar: Es stammt von Lenau und Grillparzer, von der Wiener Volkskomödie - es rückt den „Tubutsch“ in die Nachbarschaft von Rilkes „Malte Laurids Bräge“, von



Wie ihn sein Freund Oskar Kokoschka sein Porträt von A. Ehrenstein, aus der Anthologie „Menschheitsdämmerung“ von 1920. FOTO: ROWOHLT-VERLAG

Schnitzler und nicht zuletzt von Kafka. Ehrenstein verarbeitet viele Anregungen, er vereinigt sie zu einem singulären Erzählgewebe. Weltironie und Weltschmerz verknüpfen sich in einem lockeren und dichten Erzählgefüge. Der junge Autor hatte eine Erfolgsspitze erreicht - ein glanzvoller, aber auch gefährlicher Aufstieg.

Schon die nächste Prosasammlung, „Der Selbstmord eines Katers“ (1912), konnte ihn nicht rundum einholen. Lyrisches schwang bereits in dieser Prosa mit, und fast Jahr für Jahr folgten Gedichtsammlungen. Das private Weltbild verstärkte sich radikal, bis zur Unertlichkeit durch das Entsetzen, das die Erfahrung des Ersten Weltkriegs auslöste. Die bisher noch durchscheinende romantische Erwartung von einem wenig Glück durch Schönheit der Natur und Liebe erweist sich als Illusion.

Ehrensteins expressionistische Epoche bis zum Beginn der 20er Jahre ist überfüllt von Wehklage und Weltanklage. „Der Mensch schreit“ - dieser Titel eines Gedichtbandes wurde zum Leitwort der Kriegsgeneration, die sich dem Kriegstaukel ver-

weigerte. Ehrensteins Stimme, in seinen Anfängen eher leise nuanciert, wird laut, grell, geradezu brutal, er provoziert zunehmend Dissonanzen, zerlegt die der Harmonisierung verdächtige lyrische Sprache zu Fetzen.

Ehrenstein war wie andere seiner Generation von Hölderlins großen elegischen Gesängen fasziniert. Aber bei ihm verwandelte sich der elegische Ton, der die Wiederkehr der Götter erwartete, zur Sprache einer gervollsten Welt des Hasses und der Verzweiflung. Sein Gedicht wird im Verlangen nach unvermitteltem Ausdruck zur Prosa aufgebrochen, es wird überanstrengt und entwertet sich im Übermaß expressionistischer Rhetorik. Daß dennoch der traditionelle Typus des Erlebnis- und Stimmungsgedichts strukturell durchschlägt, konnte er nicht verstecken.

Mehr und mehr stellt sich bei ihm Zweifel an der Legitimation ästhetischer Formung, an der Wandelbarkeit des Wortes, am Sinn des dichterischen Sprechens ein. In den Sammlungen „Wien“ (1920/21) und „Herbst“ (1923) setzt sich in Auswahl und Zusammenstellung ein gedämpf-

terer Ton, eine schlichtere Sprache, eine Vereinfachung der Form durch. Die expressionistische Sprach- und Stilhandhabung wird zurückgenommen, die lyrische Innenthematik gewinnt wieder Oberhand.

Dies alles ist wiederum, als Skepsis und Müdigkeit angesichts des Versagens der Illusion, durch die Dichtung eine negative Welt umschaffen zu können, generationstypisch und ein Indiz der Umwandlung zur „Neuen Sachlichkeit“, die Ehrenstein allerdings kreativ nicht mehr mitvollziehen konnte. Seine Enttäuschung war zu tief und drang zu zerreißen in seine Existenz als Dichter ein. Er sah sich einem Scheitern ausgeliefert, das sich für ihn zum Scheitern von Dichtung überhaupt radikalisierte.

Er schrieb 1925, späteren Verwerfungen von Dichtung vorgehend, die im „Kursbuch“ von H. M. Enzensberger zum viel diskutierten Ausdruck kamen und das Ästhetische in der Wortkunst zur Vergeßlichkeit verteilten: „Dieser Erde kann nicht die Dichtung weiterhelfen, nicht das dem armen Volk noch immer unverständliche Wort. Jeder Finder und Erfinder, jeder Helmholtz, Röntgen, Ehrlich, Einstein wiegt ein Dutzend Sonettklassiker auf... Dichtung ist letztlich Krankenkost, ein Opium, ein Haschisch, dessen ein leidendes, schmerzbedübtes, irdisch unerlöstes, vom Kapital bis in den Tod geschundenes Volk bedarf.“

Er muß erkannt haben, daß seine kreative Imagination sich erschöpft hatte. Er schloß sich in Berlin der Gruppe 1925 an, einer Vereinigung linksradikaler Autoren, die sich schon 1928 auflöste, und er flüchtete, Mitarbeiter des Malik-Verlages, ins Literaturhandwerk, in eine Übersetzer-Tätigkeit, Spezialist für chinesische Literatur, vor allem ihre Lieddichtung und deren sozialrevolutionäre Akzente („China klagt an“, 1924).

Er hatte sich wiederholt in die Schweiz zurückgezogen. Im Jahr 1942 flüchtete er mittellos, ein Geistesarbeiter, in das ihm wesenfremde New York. Dort starb er, vereinsamt, vertriebt, gänzlich verstummt, 1950, in einem Armenspital. Einige wenige verbliebene Freunde konnten verhindern, daß er anonym auf einem Armenfriedhof verscharrt wurde.

Tragödie eines Dichters - Tragödie in einer erbarmungslosen Zeit - in einem Volk, das ihn nicht vernahm oder vernennen wollte. Er hatte seit langen Jahren Zeit und Volk vor das Gericht seiner Verse gezogen. Zuletzt gab er sie und sich selbst auf - ein gebrochener armer Hund, müde vom Schleppen des Kohlenwagens seiner Trauer. FRITZ MARTINI

Köln: Dian - ein versunkenes Königreich in China

Das Opfer am Pfahl

Das wichtigste Stück ist ganzes und zwei Zentimeter groß - und nur als Replik ausgestellt. Es ist das goldene „Siegel des Königs von Dian“, für China ein nationales Dokument, das die Ausreise nicht gestattet wird. Dieses Siegel stellt das „missing link“ für Historiker und Archäologen dar. Denn durch diesen Fund von 1956 wurde bestätigt, was man bislang nur aus dem „Shiji“, den „Historischen Aufzeichnungen“ des berühmten Geschichtsschreibers Sima Qian vom Ende der Han-Zeit im zweiten nachchristlichen Jahrhundert wusste: daß das Königreich von Dian zwischen 600/500 bis 100 v. Chr. tatsächlich existiert hat.

Auf seine Spuren waren Bauern 1954 durch einen Zufallsfund auf ihren Feldern in der Nähe des Dian-Sees in Yunnan, der südwestlichen Provinz, gestoßen. Bei systematischen Nachforschungen wurden dann mehrere reichbestückte Gräber entdeckt, so daß das Museum von Kunming inzwischen mehr als 7000 Gegenstände besitzt, von denen jetzt (nach Zürich und Wien) hundert in Köln zu sehen sind.

Es handelt sich - bis auf ganz wenige Ausnahmen - um Bronzen, um technisch und künstlerisch ausgefeilte Stücke, die jedoch keine stilistischen Gemeinsamkeiten mit der gleichzeitigen chinesischen Kultur aufweisen. Auf den Waffen, dem Gürtelschmuck mit reichem Reliefzier, dem Bronzetrophäen und den Kultgegenständen fallen die sehr lebendigen und realistischen Menschen- und

Tierdarstellungen - vollplastisch, als Relief oder als Gravur - ins Auge.

Damit unterscheiden sich diese Funde grundlegend von den Bronzen aus Nordwestchina und Zentralasien, die speziell bei Tieren stark abstrahierende Formen bevorzugten. Das bestätigt die Vermutung der Historiker, daß es sich bei dem Volk von Dian - wie wohl auch bei den anderen beiden großen Stämmen in Yunnan - nicht um Chinesen handelte. Eher sind Verwandtschaften zu den südlichen Nachbarn, den vietnamesischen Ethnien, anzunehmen.

Da die Bronzefunde die einzigen Zeugnisse über das Dian-Volk sind - es gibt keine schriftlichen Überlieferungen, man kennt seine Sprache, seine Bräuche, seine Religion nicht - bleiben für die Wissenschaftler noch viele Fragen offen. Aber das muß den Besucher nicht tangieren. Er kann sich von der Wirklichkeitsnähe der szenischen Darstellungen, die ganze Geschichten erzählen, fesseln lassen.

Da sieht man einen Opferakt in der Form eines großen Stieres, der von einem Tiger angefallen wird, während ein kleiner Stier zwischen seinen Beinen sucht. Auch auf den Schmuckplatten erscheinen wiederholt gepanzerte Soldaten, die einen Stier wegführen (und dazu noch eine Frau mit Kind). Die Archäologen vermuten deshalb, daß es eine Art rituellen Rinderdiebstahls zum Beschaffen der Opfertiere gab.

Tiere waren offensichtlich nicht die einzigen Opfer. Unter den figurenreichen Szenen auf den Deckeln der Kaurimuschelbehälter, in denen die Hauptlinge die als Zahlungsmittel benutzten Muscheln aufbewahrten, findet sich auch die detaillierte Schilderung eines Menschenopfers. Da ist ein Mann an einen Holzpfehl gefesselt, während vor ihm eine Frau mit dem Ausdruck des Entsetzens kniet. Ein Knabe beobachtet interessiert die Szene, und die anderen Leute gehen ungerührt ihren Beschäftigungen zur Vorbereitung des Opfers nach.

Daß der Untertitel der Ausstellung „Ein versunkenes Königreich in China“ heißt, hat einen einfachen Grund: Um das Jahr 109 v. Chr. erbat der König im Kampf gegen die anderen beiden Stämme in Yunnan die „Brüderliche Hilfe“ der Chinesen. Die kamen - und blieben.

PETER DITTMAR

Bis 31. März: Berlin, Museum für Ostasiatische Kunst; 14. März bis 24. Mai: Stuttgart, Linden-Museum; 4. Juni bis 16. August: Katalog 22 Mark.



Schutzhülle der Dian mit goldenem Reiter. FOTO: KATALOG

Wiederentdeckung: Carl Hauptmanns „Lange Jule“

Mit Brettern vernagelt

Die Württembergische Landesbibliothek Eslingen macht auf ihrem Premierenplakat einen möglichen Fehler im vornahen gut: Nicht Gerhart Hauptmann ist der geistige Vater der „Lange Jule“. Sein älterer Bruder Carl beansprucht die Autorenschaft eines Stückes, das man seit Jahrzehnten auf unseren Theatern nicht mehr hat sehen können.

Die Landesbibliothek tut gut daran, einem drohenden Irrtum vorzubeugen. Schließlich hat Carl Hauptmann so lange im Schatten seines berühmten Bruders gestanden, daß man sich seiner heute kaum noch erinnert. Dabei ist er es gewesen, der Gerhart die Wege gebot, der ihm zum Künstlertum ermutigt hat. Daß er selbst, der eigentlich von Haus aus Wissenschaftler war, aus einer Art Frustration heraus 1917 zu schreiben begann, hat sich nie so richtig bezahlt gemacht. Keiner seiner Romane, nicht einmal „Einhart der Lächer“, keine seiner unzähligen Novellen, keines seiner Stücke hat seinen Namen so bekannt gemacht, daß er mit seinem Bruder jemals hätte konkurrieren können. Carl Hauptmann war fast zwangsläufig ein Verlierer. Erstausgaben, die ihn der unentwegte Vergleich niemals gelähmt hat.

Natürlich hat sich vieles in seinen Dramen überlebt. Kein Mensch bedient sich heute seiner holzschnittartigen Sprache. Die Bodenständigkeit seiner Gestalten ist nicht für jedermann mehr nachvollziehbar. Aber die Kraft, die der „Lange Jule“ innewohnt, der Wille, der sie am Leben erhält, die Verbortheit, mit der sie gleich einer Menade um ihr vorenthaltenes Erbteil kämpft: all das bleibt auch heute nicht ohne Eindruck auf

den Zuschauer. Das Stück, 1913 geschrieben, hat manchmal die Wucht einer antiken Tragödie.

Warum freilich der greise Großbauer Vinzenz Hallmann (Kurt Wendelin) noch auf dem Totenbett seine unbezogene Tochter Jule verurteilt, warum er sich überhaupt mit dem „Satan“, sprich: mit dem Winkelgelenkten Dreißblatt (Ronald Reder) einläßt und ihm zur Sicherheit gleich seine Hypothek überschreibt, bleibt ebenso im Dunkel wie der Schluß, der nicht erklärt, warum das Vatergut zuletzt in Flammen aufgeht, warum sich die lange Jule am Ende die Pulsadern aufschneidet. Entscheidend ist allein der Kampf, den Carl Hauptmann zeigt, ein Kampf auf Leben und Tod, bei dem Jule sogar sich selbst, d. h. ihren Körper, als Preis aussetzt.

Regisseur Rudolf Seitz läßt sich erst gar nicht auf eine verfälschende Gegenwartigkeit ein. Er gibt dem Stück seine Zeit. Er zwingt es hinein in die Enge einer mit Brettern vernagelten Wohnstube des vorigen Jahrhunderts. Die Ausweglosigkeit wird zum theatralischen Ereignis. Unterstützt von seinem Bühnenbildner Christoph Wagenknecht schafft Seitz eine Welt, die ein Wilhelm Leibl mit unbarmherziger Genauigkeit gemalt haben könnte. Sein Naturalismus hat Größe. Er gibt dem Drama einen eindeutigen Hintergrund, vor dem sich Jules Schicksal fast überlebensgroß abhebt. Iss Schubach verkörpert die harsche Frau mit einer Deutlichkeit, die unter den Verkrustungen ihrer Seele immer wieder auch die Empfindsamkeiten zum Vorschein kommen läßt. Eine Leistung, die keinen Vergleich zu scheuen braucht. HARTMUT REGITZ

KULTURNOTIZEN

Die „Chronik Berlin“, die in diesem Herbst zur 750-Jahr-Feier der Stadt erschien, ist restlos vergriffen. Es können zur Zeit nur Gutscheine für das Buch gekauft werden, das im Februar wieder lieferbar ist.

Deutsche Kleinkunstamateure aus den Bereichen Kabarett, Liedermacher, Musiktheater, Gaukler und Pantomime können sich für die „Dritte St. Ingberter Woche der Kleinkunst“ vom 4. bis 11. September 1987 bewerben.

„Indien in der Schweiz“ ist das Motto eines kulturellen Programms

mit Ausstellungen, Konzerten und Theateraufführungen, das sieben Schweizer Städte von Ende Mai 1987 bis Anfang 1988 veranstalten.

Arturo Toscanini steht im Mittelpunkt eines Films, den der italienische Regisseur Franco Zeffirelli im kommenden Frühjahr dreht.

Hugo Claus, der flämische Dichter hat den niederländischen Literaturpreis für 1986 erhalten.

Die Musik-Tradition in Wien wird in einer bis zum 8. März geöffneten Ausstellung im historischen Museum der Stadt vorgestellt.

JOURNAL

Lebensgroße Statuen in Mexiko entdeckt

AFP, Washington Archäologen haben in Mexiko 22 präkolumbianische Tonstatuen in gut erhaltenem Zustand entdeckt, die möglicherweise Götinnen darstellen (600 bis 900 n. Chr.). Wie die „Washington Post“ berichtete, wurden die lebensgroßen Figuren bereits vor einigen Monaten im Ausgrabungsgebiet von El Zapotal bei Jalapa und Veracruz im Osten Mexikos entdeckt, jedoch erst jetzt in einem Museum in Jalapa der Öffentlichkeit vorgestellt. Die halb-nackten Frauengestalten tragen einen langen Rock, der in der Taille mit zwei Schlangen verknüpft ist. Um Hals und Handgelenke liegen Geschmeide, und am Kopf fallen die kunstvollen Hauben auf.

In Mailand soll ein Caruso-Museum entstehen

dpa, Mailand In Mailand soll 1987 in Erinnerung an den Opernsänger Enrico Caruso (1873-1921) ein Museum entstehen. Wie in der norditalienischen Metropole mitgeteilt wurde, hat die Stadtverwaltung bereits ein Gebäude zur Verfügung gestellt. Zahlreiche Persönlichkeiten des Kulturlebens haben ihre Unterstützung zugesagt. In dem Museum sollen Erinnerungsstücke, Dokumente, Platten und Fotografien des großen neapolitanischen Tenors ausgestellt werden. Es soll gleichzeitig als internationales Zentrum zum Studium der Opernkunst dienen.

Industrie-Designer wollen mehr Förderung

lnw, Düsseldorf Eine aktive Designpolitik hat der Verband Deutscher Industrie-Designer (VDID) in den Technologie- und Wirtschaftsminister der Länder und des Bundes gefordert. Die Fördermaßnahmen im Designbereich seien „an die Bedeutung des Exportlandes Bundesrepublik endlich anpassen“. Es könne nicht mit rechten Dingen zugehen, so VDID-Präsident Prof. Stefan Lengyel (Universität Essen) in Düsseldorf, wenn das deutsche Design im Ausland hohes Ansehen genieße, aber wenig für den Exportfaktor „Design“ getan werde.

Grünes Licht für Frankfurter Museum

dpa, Frankfurt Die Bauarbeiten für das Museum für zeitgenössische Kunst in Frankfurt sollen Anfang des nächsten Jahres beginnen. Das sieht ein Magistratsbeschluss vor, den die Stadtverordneten noch bestätigen müssen. Voraussichtlich in zwei bis zweieinhalb Jahren soll das Haus eröffnet werden. Für den Bau sind 48,5 Millionen Mark veranschlagt. In den vergangenen Jahren hatte es um die Errichtung des Instituts in unmittelbarer Nähe von anderen Museumsneubauten im Frankfurter Citybereich Auseinandersetzungen gegeben.

Lübeck hat den jüngsten Generalmusikdirektor

dpa, Lübeck Zum neuen Generalmusikdirektor der Städtischen Bühnen der Hansestadt Lübeck ist der 28jährige Wolfgang Dörner gewählt worden. Der Wiener, unter anderem 1984 erster Preisträger eines internationalen Dirigentenwettbewerbs in Besancon, ist der jüngste Generalmusikdirektor in der Bundesrepublik. Dörner tritt sein neues Amt am 1. August 1987 an.

Kunst und Kultur der Südsee in Köln

Zwei Sonderausstellungen kündigt das Rautenstrauch-Joest-Museum für Völkerkunde in Köln an: Die Kunst und Kultur der Südsee soll vom 20. Februar 1987 für ein knappes Jahr lang zu sehen sein. Über der Schau „Gold und Macht“ über den Einfluß Spaniens in der Neuen Welt (vom 11. April bis 12. Juli 1987) werden wichtige Kunst- und Goldobjekte aus spanischen Museen und südamerikanischen Sammlungen nach Köln kommen.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Zwei ungleiche Charaktere sind schwer vorzustellen: Der gewissenhafte Assessor am Warschauer Gericht und nachmalige Kriminalrat am Kammergericht zu Berlin, Julius Hitzig, und der „expressiv verwilderte Visionär“ E. T. A. Hoffmann. Dennoch verband die beiden eine lebenslange Freundschaft, die in Hitzigs Biographie des romantischen Dichters ihre Krönung fand. Dabei trifft der Biograph zwischen der Faszination und der Abscheu, welche das Verhältnis zu dem bewunderten Poeten kennzeichneten, einen sachlichen Ton, der mehr zu trockener Bestandsaufnahme denn zu dichterischen Höhenflügen tendiert. Hoffmanns Leben und Nachlass, Insel Taschenbuch, 468 Seiten, 18 Mark.

